

P R O T O K O L L

über die 13. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am
Donnerstag, 11. Dezember 1986, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VICEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrathner
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Erna Probst
Franz Ramoser
Franz Rohrauer
August Schlager
Gertrude Schreiberhuber

Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Straßer
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto Tremel
Alfred Wallner
Christine Wieser
Wolfgang Wieser
Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR.
Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
OSR. Dr. Kurt Wabitsch
SR.Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
Dr. Kurt Schmidl
Techn. Direktor TOAR Ing.
Wolfgang Wein
OAR Helmut Riedler
OAR. Walter Radmoser

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR. Dr. Gerhard
Alphasamer
Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

En-3489/86	Straßenbeleuchtung Dachsbergweg; Elektromateriallieferung.
En-6021/86	Straßenbeleuchtung Aichetgasse; Elektromateriallieferung.
En-7162/86	Straßenbeleuchtung Leharstraße; Baumeisterarbeiten.
Bau3-1756/84	Zufahrt Mülldeponie; Herstellung von Ausweichen in der Hausleitnerstraße; Grundentschädigung.
Bau6-1782/76	Mülldeponie der Stadt Steyr; Abschluß diverser Versicherungen.
VetR-1805/86 Erlaß	Tierkörperverwertungsgebühren für das Jahr 1986.
Ha-6883/86	Heimkehrerverband Österreichs, Bezirksstelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-6905/86	OÖ. Landestierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- | | |
|------------------------------|--|
| 1) ÖAG-7095/86
Stadtwerke | Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn; Verlustersatz 1986 - Akontozahlung. |
| 2) ÖAG-6216/76
Stadtwerke | Erdgasliefervertrag - vertragliche Preisvereinbarung für das Jahr 1987. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- | | |
|---------------|--|
| 3) Ha-6081/86 | Fa. Loidl & Schwarz GesmbH - Eloxal-Werk; Gewerbe-förderung. |
| 4) Ge-7006/86 | Fa. Mabag, Maschinen- und Werkzeugbau GesmbH; Gewerbe-förderung. |

- 5) Bau6-5474/86 Kanalisation Wehrgraben-Süd; Errichtung Nebenkanal Wehrgrabengasse 5, S 3 - S 24; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 6. 2. 1986.
- 6) Bau6-1782/76 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Zentrale Kläranlage; Stark- und Schwachstrominstallation; Schlußrechnung der Fa. Siemens; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 7. 7. 1983.
- 7) Bau6-1782/76 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Schlammmentwässerungsanlage; Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 4. 6. 1985.
- 8) Präs-1065/86 Bezugsregulierung 1987.
- 9) Ha-4400/86 Voranschlag 1987.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf die heutige Sitzung des Gemeinderates eröffnen und feststellen, daß sie ordnungsgemäß den Statuten entsprechend einberufen wurde. Es haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt Herr Gemeinderat Ernst Platzer, Gemeinderat Josef Brandstötter und Gemeinderat Manetsgruber. Die Sitzung ist damit beschlußfähig. Ich bitte die Kollegen Gemeinderat Franz Rohrauer und Frau Gemeinderat Christine Wieser um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Beide haben diese Funktion übernommen.

Wir kommen damit zur Behandlung von verschiedenen Anfragen. Es ist mir vor der letzten GR-Sitzung seitens der GAL eine Anfrage zugegangen, die ich heute beantworten möchte. Die Anfrage an den Bürgermeister lautet wie folgt: Die GAL Steyr stellt die Frage, gibt es einen Standort-, Gefahren und Maßnahmenkatalog all jener Betriebe, die Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden emitieren. Ich darf dazu folgende Beantwortung bekanntgeben:

Zur Anfrage der GAL Steyr anlässlich der letzten Gemeinderatsitzung, ob es einen Standort-, Gefahren- und Maßnahmenkatalog all jener Betriebe gibt, die Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden emitieren, ist mitzuteilen, daß ein derartiger Katalog nicht existiert. Die Stadtverwaltung erachtet allerdings die Erstellung eines derartigen Kataloges auch für nicht notwendig, da seitens des Magistrates in Vollziehung der Vorschriften der Gewerbeordnung und des Wasserrechtsgesetzes sämtliche legistisch zulässigen Maßnahmen zur bestmöglichen Hintanhaltung einer Belastung für die Umwelt bescheidmäßig vorgeschrieben werden. So werden im Zuge der Aufsichtstätigkeit aber auch im Rahmen der Betriebsanlagengenehmigungsverfahren den einzelnen Gewerbebetrieben die höchsten zulässigen Emissionswerte sowie sämtliche Sicherungsmaßnahmen in Bescheidform aufgetragen. Die Gewerbebetriebe werden dabei auch verpflichtet, in Zusammenarbeit mit der Freiwilligen Feuerwehr entsprechende Vorkehrungen zu erstellen, um im Gefahrenfall die Gefährdung von Menschen aber auch der Umwelt und hier insbesondere der Luft- und Trinkwasserqualität auszuschließen.

Die Einhaltung dieser bescheidmäßigen Vorschriften wird seitens des Umweltschutzreferates der Stadt Steyr, welches bei der MA I installiert ist, in periodischen Abständen überprüft, wobei ebenfalls unter Anwendung der Bestimmungen der Gewerbeordnung sowie des Wasserrechtsgesetzes und der daraus erflossenen bescheidmäßigen Vorschriften eine Behebung festgestellter Mängel unverzüglich veranlaßt wird. Die Überprüfung der in der nachstehenden Auflistung angeführten Betriebe erfolgt durch die MA I in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsinspektorat für den 9. Aufsichtsbezirk Linz. Die Werte, die bei entsprechender Abluft vorgeschrieben wurden, werden durch das Arbeitsinspektorat Linz überprüft, weil diesem die Einhaltung des MAK-Wertes obliegt. Irgendwelche größeren Mängel wurden dabei bisher nicht festgestellt.

Im einzelnen ist zu nachstehenden Betrieben folgendes festzustellen:

Zu den Chemischputzern wird bemerkt, daß diese Anlagen als geschlossene Anlagen betrieben werden und daher eine Abluft direkt aus den Maschinen nicht entweichen kann. Die Überprüfung der Großkaufhäuser erfolgt periodisch alle 3 Jahre und ist gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung 1973 vorgeschrieben.

Die Pyrolyseanlage des Landeskrankenhauses Steyr wurde im Jahre 1981 genehmigt und durch die Änderung des Dampfkesselmissionsgesetzes ging die Zuständigkeit an den Landeshauptmann über. Dieser ist daher auch zu einer entsprechenden Überprüfung der Anlage gesetzlich verpflichtet. Dieses Problem wurde kürzlich auch an Herrn Landeshauptmann Ratzenböck herangetragen. Die in Steyr befindlichen Ziegelwerke werden über Ansuchen des Magistrates der Stadt Steyr durch die Landesregierung Messungen unterzogen, gleichzeitig darf hiezu mitgeteilt werden, daß in nächster Zeit gemäß der Bestimmung des § 338 der Gewerbeordnung 1973 eine Überprüfungsverhandlung durchgeführt wird.

Der Kupolofen im Gußwerk I der Steyr-Daimler-Puch AG wurde mit Bescheid aus dem Jahre 1985 genehmigt, da der bis jetzt in Betrieb befindliche Ofen zu Klagen Anlaß gegeben hat. Die neue Anlage ist seit November 1985 im Kaltbetrieb. Die Kupolofen des Gußwerkes II, der manchmal zu Klagen Anlaß gegeben hat, wird bis spätestens Dezember 1987 stillgelegt werden.

In den Härtereianlagen werden großteils nur mehr geschlossene Systeme verwendet, so daß auch hier keine Schadstoffe austreten können. Der Betrieb der in Steyr befindlichen Galvanikanlage wird durch die Landesregierung überprüft, weil die Abwässer in einem Fall direkt dem RHV zugeleitet werden und in den Steyr-Werken über eine durch die Landesregierung genehmigte Entgiftungsanlage abgeleitet werden.

Darüber hinaus wurden mit Schreiben vom 21. 11. 1986 ca. 100 Steyrer Firmen aufgefordert, dem Umweltschutzreferat mitzuteilen, in welcher Form die Entsorgung von flüssigem und festem Öl oder sonstigen Sonderabfällen erfolgt. Damit soll vermieden werden, daß unbefugte Ablagerungen vorgenommen werden können. Ebenso wurden mit Schreiben vom 24. 11. 1986 über 100 Steyrer Firmen auf die neuen Bestimmungen des Altölgesetzes hingewiesen und gleichzeitig aufgefordert, diese Bestimmungen einzuhalten und die entsprechenden Meldungen an den Magistrat der Stadt Steyr zu richten.

Aus der Summe dieser Maßnahmen ist somit eindeutig zu ersehen, daß die Stadt Steyr ihren sämtlichen gesetzlichen Verpflichtungen ordnungsgemäß nachkommt und die Einhaltung der im Interesse des Umweltschutzes erteilten Auflagen auch ständig einer strengen Überprüfung unterzieht.

Ich bitte um Kenntnisnahme dieser Beantwortung. Ich frage Herrn Ramoser, ob er eine Zusatzfrage wünscht?

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER?

Danke ich habe momentan dazu keine Fragen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Damit ist dieser Punkt erledigt.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeister habe ich, da ja die letzte Sitzung des Gemeinderates erst vor sehr kurzer Zeit war, nur eine ganz kurze Mitteilung zu machen.

Es hat mich Herr Gemeinderat Platzer gebeten bzw. hat mir mitgeteilt, daß er mit Jahresende seine Funktion im Gemeinderat aus Gründen seiner Pensionierung zurücklegen möchte. Die entsprechenden Nachfolgebestimmungen und Veranlassungen werden für die nächste Sitzung, die erste im Jahre 1987, getroffen.

Weitere Mitteilungen liegen heute nicht vor.

Außerdem darf ich Sie um die Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates bitten gemäß § 51 Abs. 3 des Stadtstatutes. Die entsprechenden Unterlagen sind, so wie immer, zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Wir kommen somit zu den Verhandlungsgegenständen. Ich ersuche als ersten Berichterstatter Kollegen Steinmaßl um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute zwei Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vortragen. Beim ersten geht es um die Verlustersätze 1986 für die Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

- 1) öAG-7095/86
Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe städtische Bäder und Kunsteisbahn;
Verlustersätze 1986 - Akontozahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke vom 12. 11. 1986 wird als Akontozahlung für die von der Stadt zu leistenden Verlustersätze für den Bad- und Kunsteisbahnbetrieb für das Jahr 1986 ein Betrag von

S 6.000.000,-- (Schilling sechs Millionen)
bei der VA-St. 1/8790/759200.5 für das Rechnungsjahr 1987 freigegeben.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein zweiter Antrag behandelt einen Erdgasliefervertrag, und zwar die vertragliche Preisvereinbarung für das Jahr 1987. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

2) ÖAG-6216/76

Stadtwerke

Erdgasliefervertrag - vertragliche Preisvereinbarung für das Jahr 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 29. 11. 1984 wurde die letzte Preisvereinbarung zwischen der Öö. Ferngas GesmbH Linz und der Stadt Steyr für die Jahre 1985 und 1986 (Änderung des Leistungspreises sowie des Arbeitspreises) genehmigt. Mit GR-Beschluß vom 28. 3. 1985 wurde einer Verbesserung des Lastfaktors des Leistungspreises für die Jahre 1985 und 1986 von bisher S 5.308.300,- auf nunmehr S 5.177.100,- p. a. zugestimmt.

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 11. 11. 1986 wird nunmehr einer Verlängerung der Preisvereinbarung für das Jahr 1987 des zwischen der Stadt Steyr und der Öö. Ferngas GesmbH Linz im Sinne des Punktes 7 des Erdgasliefervertrages 1977 i. d. g. F. genehmigten Preisvereinbarung unter Zugrundelegung der angezogenen Gemeinderatsbeschlüsse zugestimmt.

Auch hier ersuche ich um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Kollege Tremml botte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Zum vorliegenden Erdgasliefervertrag und zur vertraglichen Preisvereinbarung für das Jahr 1987 habe ich bereits bei der Finanz- und Rechtsausschußsitzung Bedenken geäußert, weil die Öö. Ferngas sich festlegte, daß die Preisvereinbarung zwischen der Stadt und der Ferngas mit GR-Beschluß vom Jahre 1984 unverändert auch für 1987 gelte. Andererseits aber wird der vereinbarte Arbeitspreis nur dann zum Tragen kommen, wurde zumindest mir erklärt von Kollegen Wein, das steht ja auch im Amtsbericht, wenn einerseits der Erdgasimportpreis stark ansteigen würde und die im Preisregelungsgesetz verankerte amtliche Preisregelung aufgehoben wird. Die für 1987 zu treffende Preisvereinbarung mit S 305,70/MWh ist um 2,53 % niedriger als der von der

Preisbehörde festgelegte Arbeitspreis von S 313,65/MWh. Die Bedenken, die ich äußerte, kamen dadurch zustande, daß der Erdgaspreis auch durch die Ölkrise und den Dollarverfall gegenüber dem Vorjahr gewaltig ins Rutschen kam. Der Höchststand war im Sommer 1985 mit S 3,11/m³, im Februar bezahlte die ÖMV für das sowjetische Erdgas nur mehr S 2,53/m³. Dieser Preis, wie Sie wissen, sank bis zum Sommer auf unter S 2,- ab. Aufgrund der fallenden Einstandspreise wurde auch in unserer Stadt für die Erdgasabnehmer der Preis, wie Sie wissen, dreimal gesenkt. Die dritte Gaspreissenkung wurde in der letzten GR-Sitzung beschlossen, was letztlich einer Preisreduzierung um rund 15 Prozent in diesem Jahr entspricht. Zum Vergleich wurde aber in der Stadt Linz der Gaspreis um 20 Prozent gesenkt. Es stellt sich daher für mich zumindestens die berechnigte Frage, warum kam es in Steyr nur zu einer 15 %igen Gaspreissenkung? Z. B. bei der SB Linz gibt es für die Verbraucherpreisstaffelung, und zwar von 4,76 bis S 6,19/m³ Erdgas inkl. 20 % USt. Wie Sie wissen, gibt es auch in Steyr Tarifstufen, und zwar für Haushalte zwischen 5,60 und 6,31 Schilling, für die Gewerbegasabnehmer zwischen S 5,42 und S 6,46 und für die Großabnehmer zwischen S 3,71 bis S 5,22/m³ Erdgas. Dieser Vergleich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, zeigt, daß mit Ausnahme der Großabnehmer die Haushalte, das Gewerbe in Steyr höhere Gasgebühren entrichten, als dies in Linz der Fall ist. Außerdem habe ich bereits bei dieser Sitzung verlangt, daß im Zuge der letzten Preisregulierung das derzeitige Verrechnungssystem von Kilowattstunden auf die kundenfreundlichere und transparentere Kubikmeterabrechnung umgestellt wird. Ich bin daher heute der Auffassung, daß mit Beschluß des neuen Gasliefervertrages mit der Öö. Ferngas auch das Verrechnungssystem ab 1. Jänner 1987 umgestellt wird. Ich werde natürlich diesem Erdgasliefervertrag meine Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Lieber Kollege Tremml, ich darf Dich auf einen Irrtum aufmerksam machen. Du hast gesagt, die Erdgaspreise sind in Steyr heuer um 15 Prozent gesenkt worden. Das stimmt nicht, es sind 18,5 Prozent. Außerdem waren nicht drei Preisermäßigungen, sondern vier.

Was die Preissenkungsdifferenz anbelangt zwischen Linz und Steyr, möchte ich sagen, daß zwischen 1981 und 1986 bei uns keine Preiserhöhung war, während in Linz zwischen 1981 und 1985 eine dreimalige Preiserhöhung stattgefunden hat.

Bezüglich der Verrechnungsweise von Megawattstunden auf Kubikmeter möchte ich Dir eines sagen, daß am kommenden Mittwoch bei der Preisbehörde Verhandlungen stattfinden und innerhalb dieser Verhandlungen sicherlich getrachtet wird, die Verrechnung in Zukunft auf Kubikmeter umzustellen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Danke Herr Stadtrat, aber vielleicht kann Kollege Wein erklären, warum es eine Preisdifferenz gibt, wenn Linz immer teurer war. Man kann außerdem schwer vergleichen, da es einmal Kilowattstunden und einmal Kubikmeter sind, vielleicht ist da eine Vereinheitlichung möglich.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte Kollegen Wein um eine Aufklärung.

TECHN. DIREKTOR TOAR Ing. WOLFGANG WEIN:

Wie bekannt, ist in allen drei Unternehmensbereichen für die Gasversorgung,

und zwar in Linz, Wels und Steyr, für die Preisbildung ein Leistungs- und ein Arbeitspreis von Bedeutung.

Der Leistungspreis ist jener Preis, der für die von der Oö. Ferngas je Stunde garantierte und zur Verfügung gestellte Menge gezahlt werden muß. Der Arbeitspreis ist die tatsächlich bezogene Energiemenge, die das Gaswerk Steyr, Linz oder Wels bezieht. Aus dem Verhältnis Leistungspreis zu Arbeitspreis ergibt sich eine Auslastung dieses Leistungspreises. Wir in Steyr haben leider die unglückliche Situation, daß das Verhältnis Sommer-/Wintermenge ungleich schlechter ist als es bei der Stadt Linz und bei der Stadt Wels ist. Weshalb? Das ist leicht zu erklären. Bei uns wird das Erdgas zum überwiegenden Teil zur Deckung des Raumheizbedarfes verwendet, in Linz wird es zum Teil technologisch und zum Teil in der Industrie verwendet. Daher kommt ein Lastfaktor, das ist das Verhältnis angemeldete Leistung zur bezogenen Arbeit. In Linz ist der Lastfaktor 48 %, in Wels 44 % und in Steyr leider 34 %. Daher ist die Preisdifferenz im Abgabepreis des Gaswerkes zwischen Linz und Steyr erklärbar.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diese Aufklärung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.
Ich danke für die Berichte, Kollege Wippersberger ist der Nächste.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen insgesamt 7 Anträge zur Beschlußfassung vorzutragen. Bei den ersten beiden Anträgen geht es um Gewerbeförderungen. Der erste Antrag behandelt eine einmalige Subvention an die Fa. Loidl & Schwarz. Sie soll dazu beitragen, den desolaten Zustand des von den Steyr-Werken angemieteten Gebäudes zu verbessern. Dieser Antrag soll auch dazu beitragen, eine drohende Abwanderung dieser Firma aus Steyr zu verhindern.
Ich darf den Antrag zur Verlesung bringen

3) Ha-6081/86

Fa. Loidl & Schwarz GesmbH - Eloxal-Werk; Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. November 1986 wird der Fa. Loidl & Schwarz GesmbH, Eloxal-Werk, in Steyr, Pyrachstraße 1, zur Durchführung dringend erforderlicher Reparaturarbeiten am Betriebsobjekt im Rahmen der Gewerbeförderung eine einmalige außerordentliche Subvention in der Höhe von S 150.000,-, verbunden mit der Auflage gewährt, daß die Firma drei Jahre lang den derzeitigen Beschäftigungsstand in Steyr halten muß, da ansonsten die Subvention in voller Höhe an die Stadt Steyr zurückzuzahlen ist.

Im Hinblick auf den Verwendungszweck ist von der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre Abstand zu nehmen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 150.000,-- (einhundertfünfzigtausend)

bei der VA-St. 5/782000/776010 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich begrüße die Förderung seitens der Stadt an die genannte Firma deshalb besonders, weil diese Firma offenbar, ohne daß sich die Besitzverhältnisse geändert haben - das war ja immer der Grund der Hinausschiebung notwendiger Instandsetzungsarbeiten an diesen Objekten - nunmehr doch bereit ist, notwendige Sanierungen an Gebäuden vorzunehmen, um zu gewährleisten, daß dieser Betrieb in Steyr weiter fortgeführt wird. Das ist sicherlich ein Grund, daß die Stadtgemeinde Steyr eine entsprechende Förderung dieser Firma gibt. Bedauerlicherweise ist es ja der Stadtgemeinde nicht gelungen, einen anderen Betrieb aus diesem Bereich, nämlich die Firma Riha, dazu zu bewegen, in Steyr zu bleiben. Diese ist ja bekanntlich vor kurzem mit mehr als 100 Mitarbeitern aus Steyr ausgezogen. Was das bedeutet, einen Betrieb zu verlieren mit einem derartigen Beschäftigtenstand, brauche ich nicht näher zu erklären. Ich mache mir nur Gedanken darüber, denn das war nicht die einzige Firma. Ich darf nur erinnern, daß auch die Fa. Storebest aus Steyr weggezogen ist und vor einigen Jahren auch die Firma Agre. Betrachtet man aber die Förderungssumme, nämlich die S 150.000, mit anderen Förderungsmaßnahmen seitens der Stadt, ich denke da beispielsweise an Subventionen, die gegeben werden, dann nimmt sich diese Summe doch eher bescheiden aus. Eines ist aber auch wieder sehr stark zum Ausdruck gekommen, wie notwendig es wäre, daß wir diese Sonderförderungsmaßnahme noch hätten. Wir werden Sie auch in Zukunft noch brauchen, denn dann hätten wir bestimmt einige Betriebe hier in Steyr erhalten können und hätten weiter größere Chancen, Betriebe nach Steyr zu bekommen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Zur Aufklärung darf ich sagen, daß bezüglich des Sonderförderungsabkommens, wie ich heute vernommen habe im Mittagsjournal, die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Bund und Land erreicht wurde. Es wird sehr lange dauern, allerdings wird dieses Sonderförderungsabkommen zwischen Land und Bund erst mit der neuen Bundesregierung beschlossen werden. Wünscht dazu noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Eichhübl, ich muß ehrlich sagen, von bescheiden kann keine Rede sein. In Anbetracht unser angespannten Finanzlage ist das mehr als ein bescheidener Beitrag. Ich darf sagen, die Fa. Loidl & Schwarz beschäftigt derzeit 47 oder 48 Leute. Die Lohnsummensteuer, die wir von dieser Firma im Jahr bekommen, macht etwa knapp S 200.000,- aus. Das heißt, wir geben mit den S 150.000,- ungefähr das zurück, was wir an Lohnsummensteuer durch die Firma Loidl und Schwarz einnehmen. Man muß eben unsere derzeitige Finanzlage betrachten. Noch etwas ist zu bemerken, an und für sich sind Gewerbeförderungen Sachen, die überhaupt nicht in den Kompetenzbereich der Gemeinde.
Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenstimmen?

Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Auch mein zweiter Antrag, das habe ich schon eingangs erwähnt, ist eine Gewerbeförderung. Die Fa. Mabag hat in letzter Zeit eine beträchtliche Ausweitung ihres Betriebes vorgenommen und auch zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen. Die genannte Firma soll nun eine Gewerbeförderung in Form einer einmaligen Subvention im Ausmaß von S 120.000,- erhalten. Ich darf den Antrag zur Verlesung bringen.

4) Ge-7006/86

Fa. Mabag, Maschinen- und Werkzeugbau
GesmbH; Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 25. November 1986 wird der Fa. Mabag, Maschinen- und Werkzeugbau GesmbH, Haager Straße 26 b, 4400 Steyr, zur Asphaltierung des Vorplatzes und Parkplatzes eine einmalige Subvention aus Mitteln der Gewerbeförderung in der Höhe von S 120.000,- gewährt. Im Hinblick auf den Verwendungszweck ist von der Anwendung der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre Abstand zu nehmen.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von
S 120.000,-- (einhundertzwanzigtausend)

bei der VA-St. 5/782000/776010 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu diesem Antrag hat sich Kollege Ramoser gemeldet.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL Steyr begrüßt sehr, daß die Stadt Beträge, Subventionen, für Firmen freigibt, die im Kleingewerbebereich angesiedelt sind. Es wäre doch auch sehr gut, wenn wir in Zukunft noch mehr schauen würden, daß diese Kleinbetriebe, wo eine oder zwei Personen beschäftigt sind, genau so unterstützt werden im Verhältnis zu den Subventionen, die große Firmen wie z. B. die Steyr-Werke bekommen. Man könnte versuchen, in diesem Bereich mehr Geld flüssig zu machen, um diese Kleinbetriebe erhalten zu können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Herr Kollege Ramoser, es trifft im wesentlichen das gleiche zu, was ich vorher bereits zu Kollegen Eichhübl gesagt habe. Das ist eine finanzielle Sache und es wäre vom Gesetz her überhaupt nicht Aufgabe der Stadt, hier einzugreifen und Gewerbeförderungen zu geben.

Wenn Sie sagen Steyr-Werke, so kann ich nur sagen, das ist ein sehr schlechtes Beispiel. Die Steyr-Werke haben voriges Jahr erstmals überhaupt etwas bekommen. Das ist immerhin ein Betrieb, der bis vor wenigen Jahren an die 11.000 Leute beschäftigt hat. Es hat einmal eine Zeit gegeben, - es stimmt ja auch heute noch zum Teil, daß die Stadt mit den Steyr-Werken lebt und stirbt. Die Steyr-Werke sind ein ganz namhafter Betrieb, der seit über 100

Jahren hier ist und ein Großteil unserer Bewohner hat ihren Arbeitsplatz in den Steyr-Werken. Die Steyr-Werke haben, abgesehen von der Summe, die wir für die Lehrwerkstätte beigestellt haben, das war ungefähr 1 Mill. S, bisher überhaupt noch nichts bekommen, nie eine Subvention seitens der Stadt bekommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Wehrgraben-Süd, und zwar die Errichtung des Nebenkanals Wehrgrabengasse 5. Es ist eine Ergänzung zum GR-Beschluß vom 6. 2. 1986. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

5) Bau6-5474/86

Kanalisation Wehrgraben-Süd; Errichtung Nebenkanal Wehrgrabengasse 5, S 3 - S 24; Ergänzung des GR- Beschlusses vom 6. 2. 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 26. November 1986, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 46 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt.

"Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 6. 2. 1986 wurde der Auftrag zur Durchführung von Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung des Hauptsammlers A/3. Teil - Baulos Wehrgraben - an die Arge Negrelli und Beer & Janischofsky zum Preise von S 26,662.998,50 exkl. MWSt. übertragen.

Mit Stadtsenatsbeschluß vom 27. 2. 1986 wurde einer Erweiterung dieser Arge um die Fa. Zwettler und Mayr-Bau GesmbH zugestimmt. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 19. 11. 1986 wird nunmehr der Vergabe der Kanalbauarbeiten zur Errichtung des Nebenkanales Wehrgrabengasse 5, S 3 - S 24, als Anschlußauftrag zum HS A/3. Teil - Baulos Wehrgrabensammler an die Arge Kanal Wehrgraben II zum Preise von S 480.817,05 exkl. MWSt zugestimmt.

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständigen Organes im Rechnungsjahr 1987 vorbehalten."

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der nächste Antrag betrifft den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, Zentrale Kläranlage, und zwar die Stark- und Schwachstrominstallation. Der Antrag lautet:

6) Bau6-1782/76

Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Zentrale Kläranlage; Stark- und Schwachstrominstallation; Schlußrechnung der Fa. Siemens; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 7. 7. 1983.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 7. 7. 1983 wurde der Auftrag der Stark- und Schwachstrominstallierung im Zusammenhang mit der Erstellung der maschinellen und elektrotechnischen Ausrüstung für die Zentrale Kläranlage an die Fa. Siemens AG Österreich, Linz, zum Preise von S 13,823.503,28 exkl. USt übertragen.

Da es infolge der eingetretenen Lohn- und Materialpreiserhöhungen sowie Massenveränderungen zu einer Überschreitung der ursprünglichen Auftragssumme kam, wird nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA III RHV vom 17. 11. 1986 einer Auftragserweiterung um S 3,414.820,74 exkl. USt nachträglich zugestimmt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 3,414.800,-- (drei Millionen vierhundertvierzehntausendachthundert) werden bei der VA-St. 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Auch der nächste Antrag betrifft, wie schon von mir erwähnt, wiederum den Reinhaltverband Steyr und Umgebung, Schlammmentwässerungsanlage, und zwar die Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten. Der Antrag lautet:

7) Bau6-1782/76

Reinhalungsverband Steyr und Umgebung; Schlammmentwässerungsanlage; Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 4. 6. 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR- Beschluß vom 4. 6. 1985 wurde der Auftrag zur Durchführung der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten im Zusammenhang mit der Errichtung der Schlammmentwässerungsanlage der Zentralen Kläranlage an die Fa. Mayr Bau-GesmbH, Steyr, zum Preise von S 19,681.958,- netto übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III RHV vom 17. 11. 1986 wird nunmehr einer Erweiterung dieses Auftrages um einen Betrag von S 4,400.000,- exkl. USt zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 4,400.000,-- (vier Millionen vierhunderttausend)

werden bei der VA-St. 9/-----/279600 als Vorfinanzierung für den RHV Steyr und Umgebung freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Auch hier bitte ich um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim nächsten Antrag handelt es sich um eine Bezugsregulierung und eine Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1987 für unsere Magistratsbediensteten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Herr Kollege Ramoser zur Geschäftsordnung, bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es ist kein Antrag formuliert worden und schriftlich zugegangen, laut § 5 der Geschäftsordnung der Stadt Steyr. Ich stelle den Antrag auf Absetzung dieses Verhandlungspunktes.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich darf darauf hinweisen, daß das eine Fehlinterpretation der Geschäftsordnung ist. Der Antrag wurde schriftlich vorgelegt, er wurde bereits im Stadtsenat behandelt. Es wäre die Möglichkeit gewesen, Einsicht zu nehmen in diesen Antrag gemäß § 34 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Es ist ausdrücklich in der Einladung zum Finanz- und Rechtsausschuß darauf hingewiesen worden. Es wurde der Antrag gestellt von Herrn Ramoser, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Diese Möglichkeit steht ihm zu, eine Diskussion darüber gibt es nicht. Ich schlage vor, den Antrag abzulehnen.

Wir kommen darüber zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß dieser Antrag abgelehnt wird, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ist das laut Geschäftsordnung notwendig?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Abstimmen müssen wir schon darüber.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der Antrag ist abgelehnt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich darf einleitend feststellen, daß diese Bezugsregelung, die mit 1. Jänner 1987 in Kraft treten soll, ihre Grundlage in einem Abkommen zwischen der Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten und der entsprechenden Körperschaft findet. Der heute vorliegende Antrag ist analog des im November zwischen Gewerkschaft und den Körperschaften abgeschlossenen Übereinkommens.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

8) Präs-1065/86

Bezugsregulierung 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Abschnitt I

Artikel 1

a) Den Beamten der Stadt Steyr werden bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften vorgriffsweise monatliche Ergänzungszahlungen in der Höhe der Differenz zwischen den am 1. 12. 1986 geltenden Bezugsansätzen und den in den Anlagen angegebenen Bezugsansätzen gewährt.

Die Ergänzungszahlungen unterliegen der Pensionsbeitrags- und der Kranken-

fürsorgebeitragspflicht sowie der Pensionsautomatik.

b) Auf die Vertragsbediensteten finden die Bestimmungen der lit. a) sinngemäß Anwendung, wobei diese Bezüge nach den Bestimmungen des § 8 der für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr geltenden Vertragsbedienstetenordnung (VBO) festgesetzt werden. Die genauen Entlohnungsansätze sind aus den Gehaltstabellen in der Anlage ersichtlich.

Artikel 2

Die Pflegedienstzulage und die Pflegedienst-Chargenzulage werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1986 um 2,9 v. H. erhöht.

Artikel 3

Die Nebengebühren werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1986 um 2,9 v. H. (= Valorisierungsfaktor des Gehaltes von V/2) erhöht.

Abschnitt 2

Die von den Monatsbezügen und Sonderzahlungen sowie von den Anspruch auf eine Nebengebührenezulage begründenden Nebengebühren zu entrichtenden Pensionsbeiträge werden vorgriffsweise bis zur entsprechenden Novellierung des § 65 des StGBG bzw. des § 3 des öö. Nebengebührenezulagengesetzes um 0,5 v. H. erhöht.

Abschnitt 3

Die Bestimmungen des Abschnittes 1 und 2 treten am 1. 1. 1987 in Kraft. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BEILAGE

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört, er steht zur Diskussion. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Wippersberger hat die Bezugsregelung vorgetragen, das heißt, daß die Bezugsregelung für die Beamten und Bediensteten unseres Hauses eine 2,9 %ige Erhöhung ab 1. 1. 1987 vorsieht. Allerdings war das Verhandlungsziel, wie Sie wissen, der Gewerkschaft, eine deutliche Real-Gehaltserhöhung zu erreichen, was meiner Meinung nach bei der erreichten 2,9 %igen Erhöhung nicht behauptet werden kann. Die Beamten und Bediensteten können auch gut rechnen und 2,9 % brutto sind eben unbefriedigend angesichts einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2 Prozent und angesichts der erhöhten Leistungen, die unsere Bediensteten erbringen. Ich denke dabei z. B. nur an das Pflegepersonal in unserem Zentralaltersheim, das rund um die Uhr einen schweren Dienst zu verrichten hat. Ich denke dabei auch an jene Arbeiter, die im Gaswerk tätig sind und zu jeder Tages- und Nachtzeit einsatzbereit sein müssen im Sinne der Sicherheit unserer Bevölkerung. Das gleiche gilt im besonderen für unsere Buslenker beim zunehmenden Verkehr, daß sie die vielen tausenden Steyrer mit den Bussen sicher durch unsere engen Gassen bringen.

Meine Damen und Herren, ich brauche Ihnen nicht besonders sagen, es gibt dabei auch eine Gruppe, das sind ja Sie, die Mandatäre, die trotz alledem zufrieden sein können. Bei Ihnen steigt ja das Gehalt wesentlich höher an als bei den Beamten und Bediensteten zum Teil. So wird z. B. der Landeshauptmann von Oberösterreich eine monatliche Bezugserhöhung von rund S 5.500,- erhalten. Ich sage das nicht, weil ich böse bin auf den Landeshauptmann, weil er eine große Rede gehalten hat gestern und heute, sondern weil des Gehalt des Landeshauptmannes wiederum die Grundlage ist der Bezugserhöhungen in den Städten

und Gemeinden. Ich stimme natürlich der Bezugsregulierung der Beamten und Bediensteten zu, jedoch nicht der Erhöhung der Bezüge für die Mandatäre, die aufgrund der Bezügeverordnung automatisch mit der Bezugsregulierung der Beamten und Bediensteten erhöht werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Ramoser ist der Nächste!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im letzten Jahr war es noch so, daß auch dieser Antrag schriftlich den Gemeinderäten zugestellt wurde. Ich habe nachgesehen und besitze diesen Antrag. Wenn wir heute einen mündlichen Antrag vorgetragen bekommen, so hat das sicher seinen Grund. Im letzten Jahr konnten wir eindeutig herauslesen, wie Kollege Tremml das ganz richtig gesagt hat, daß die Politikerbezüge genau so mit angehoben werden wie die Bedienstetenbezüge. Ich finde es nicht richtig, daß der Bedienstete im Altersheim, wie das Kollege Tremml so schön gesagt hat, die prozentuelle Erhöhung genau so bekommt wie der Politiker, wie hier die Gemeinderäte. Ich glaube doch eher, daß dieser Arbeiter eine prozentuelle Erhöhung in einem größeren Ausmaß noch bekommen könnte als es hier angeführt wird. 2,9 Prozent ist der Durchschnitt, jedoch die Leistungen, die diese Beamten bringen müssen, finde ich für sehr groß. Ich finde aber die Leistungen, die die Gemeindepolitiker bringen, für sehr niedrig und darum glaube ich nicht, daß hier eine prozentuelle Erhöhung von 2,9 Prozent gerechtfertigt ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Ramoser. Nächster ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Ich kann mich kurz fassen und brauche nur das wiederholen, was ich bereits im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag bereits vor Jahren gesagt habe. Ich stimme selbstverständlich auch heute der Bezugsregulierung für die Bediensteten und Beamten zu, lehne aber die gleichzeitige Anhebung der damit in Verbindung stehenden Politikerbezüge ab. Ich habe gar nichts dagegen, wenn man meint, daß die Politikerbezüge zu niedrig sind, daß man das entsprechend vorträgt und in einem eigenen Antrag behandelt. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber diese Vorgangsweise finde ich nicht für richtig.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Berichterstatter um das Schlußwort.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Eichhübl und sicher auch Kollege Ramoser stimmen der Bezugsregulierung zu.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich werde mich der Stimme enthalten!

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich habe aber angenommen, daß Sie der Bezugsregulierung, die immerhin der Gemeinde etliche Millionen Schilling an Kosten verursachen wird, zustimmen. Was die Politikergehälter anbelangt. Es gibt dafür gesetzliche Bestimmungen und wir fallen überhaupt nicht aus der Reihe. Ich darf nur eines sagen, die

Steyrer Kommunalpolitiker tanzen insofern aus der Reihe, daß wir im Vergleich mit anderen Städten in Österreich, was die Bezüge der Gemeinderäte und der Stadträte anbelangt, wesentlich niedriger liegen. Steyr ist da sicherlich kein gutes Beispiel. Wir sind, was unsere Bezüge anbelangt, was die Bezüge der Gemeinde- und Stadträte bzw. Vizebürgermeister anbelangt, sicherlich weit an unterer Stelle liegend im Vergleich zu anderen Städten in unserer Größenordnung. Das wollte ich noch dazusagen. Ich bitte um Abstimmung

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich habe Ihnen den wichtigsten Antrag überhaupt heute vorzutragen, und zwar im Hinblick auf unsere Arbeit im nächsten Jahr. Der Haushaltsvoranschlag für 1987, der Ihnen zur Beschlussfassung vorliegt, ist die Grundlage für unsere Arbeit im kommenden Jahr. Er ist eine Absichtserklärung über Art und Umfang unserer für 1987 geplanten Aktivitäten, gibt Aufschluß über unsere Finanzlage und über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben, die uns für nächstes Jahr ins Haus stehen. In der letzten Gemeinderatsitzung, als der Nachtragsvoranschlag für 1986 behandelt wurde, mußte ich leider die Feststellung treffen, daß die Einnahmen im heurigen Jahr weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, während auf der Ausgabenseite es, insgesamt gesehen, zu einer nicht unbeträchtlichen Steigerung kommen wird, vor allem hinsichtlich der Pflichtausgaben beim ordentlichen Haushalt. Diese noch vor einem Jahr nicht vorherzusehende unerfreuliche Entwicklung im heurigen Jahr hat dazu geführt, daß wir 1986 erheblich mehr Schulden machen müssen, als im Budget vorgesehen war und daß wir darüber hinaus eine Rücklagenentnahme bis hart an die Grenzen des Möglichen vornehmen mußten. Hauptursache dieser für uns so negativen Entwicklung ist die derzeit äußerst schwierige Wirtschaftslage der Steyr-Werke, unseres bedeutendsten Industriebetriebes der Stadt. Die Steyr-Werke, ein sehr vom Export abhängiger Betrieb, rund 70 % ihrer Produkte gehen bekanntlich jahraus, jahrein in das Ausland, leiden an Auftragsmangel und das hat dazu geführt, daß in diesem Jahr seitens der Firmenleitung bereits mehrmals Kündigungen vorgenommen wurden und der Belegschaftsstand der Steyr-Werke nicht unerheblich reduziert wurde. Da auch, zumindest für die allernächste Zeit, mit einer wesentlichen Besserung nicht zu rechnen ist, zeichnet sich für 1987, ähnlich wie 1986, eine ungünstige Entwicklung ab, die für uns als Stadt zu Einnahmenverlusten insbesondere bei der Gewerbesteuer auf Ertrag und der Lohnsummensteuer führen wird. Zu all dem kommt auch noch, daß wir hinsichtlich der Bundesertragsanteile als Folge der Lohnsteuersenkung mit 1. 1. 1987 ebenfalls kaum mit höheren Einnahmen rechnen können. Alles in allem gesehen, für uns hinsichtlich unserer Gemeindefinanzen ein sehr unerfreuliches Bild. Wir müssen, um nur die wichtigsten anstehenden Aufgaben durchführen zu können, weiter Schulden in größerem Umfang machen, vorgesehen ist für 1987 eine Kreditaufnahme bei Geldinstituten von 30 Mill. S und können dennoch viele berechnete Wünsche zum Budget 1987 nicht erfüllen. Viele berechnete Wünsche müssen auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt werden, wir mußten in fast allen Bereichen größere Abstriche vornehmen und ich appelliere an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, um Ihr Verständnis. Vor einer noch größeren Neuverschuldung als im Budget 1987 vorgeschlagen wird,

muß ich warnen. Der Schuldendienst für 1987 beläuft sich ohnedies bereits auf 57,5 Millionen, davon betragen die Zinsen beinahe 38 Millionen. Der jährliche Schuldendienst engt unseren ohnedies schon sehr eng gewordenen Spielraum im Budget immer mehr und mehr ein. Ich habe vergangenes Jahr in meinen Ausführungen zum Budget 1986 darauf hingewiesen, daß wir hinsichtlich unserer Verschuldung im Mittelfeld vergleichbarer Städte liegen und habe dann etwas ausführlicher über die besonders in den letzten 10 Jahren angestiegene Verschuldung unserer Stadt gesprochen und auch die Ursachen aufgezeigt. Waren es in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre Maßnahmen im Zusammenhang mit der 1.000 Jahr-Feier unserer Stadt, so ist seit Beginn der Achtziger-Jahre vor allem unser Bemühen, der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, hervorgerufen insbesondere durch den Einsatz neuer Technologien, entgegenzuwirken. Gesetzlich wären wir als Gemeinde dazu nicht verpflichtet, das ist absolut richtig. Aber es muß doch in unser aller Interesse sein, so viele Arbeitsplätze wie nur möglich den Menschen in unserer Stadt anbieten zu können. Ich erachte es nach wie vor für unsere wichtigste, den Menschen unserer Stadt dienende Aufgabe, der wir uns nicht verschließen dürfen. Natürlich benötigen wir dazu die volle Unterstützung seitens des Landes und des Bundes und daher auch unser Appell an Land und Bund um entsprechende Hilfestellung. Wir haben heute bereits gehört, daß diese Sonderförderung für die Region Steyr in Kürze wieder fortgesetzt wird. Wir haben bereits mehr als ein Jahr darauf gedrungen. Wie richtig und ungemein wichtig es war, wenn auch unter Einsatz großer finanzieller Mittel, neue Betriebe in unserer Stadt anzusiedeln, beweist ja die derzeitige Situation in den Steyr-Werken, die derzeitige Lage am Arbeitsmarkt in unserer Region gesamt gesehen. In den Steyr-Werken ist die Zahl der Beschäftigten seit Ende der Siebziger-Jahre um rund 3.500 abgesunken. Durch unsere Bemühen konnten aber immerhin mehr als 2000 Arbeitsplätze durch Betriebsansiedlungen und Betriebserweiterungen geschaffen und so das Ärgste für unsere Stadt verhindert werden. Die Zahl der Arbeitslosen wäre jetzt etwa doppelt so hoch, die Arbeitslosenrate würde in unserer Region derzeit bereits zwischen 13 und 14 % liegen. Die Folgen für unsere Stadt und die gesamte Wirtschaft wären katastrophal, wenn es zu diesen Betriebsansiedlungen nicht gekommen wäre.

Neben dem höchst menschlichen, sozialen Gesichtspunkt, so vielen Leuten wie nur möglich einen Arbeitsplatz in unserer Stadt anzubieten, gibt es auch einen fiskalischen Grund dafür. Je mehr Menschen in unserer Stadt Beschäftigung finden und um so höher ihr Einkommen, um so höher sind auch unsere Einnahmen als Gemeinde in Form der Lohnsummensteuer, der übrigens zweitwichtigsten Einnahmequelle der Stadt. Das allein wäre schon Grund genug, in unseren Bemühungen nicht zu erlahmen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe ganz bewußt dieses mir so wichtig scheinende Thema etwas ausführlich am Beginn meiner Betrachtungen zum Haushaltsvoranschlag gestellt, weil immer wieder von gewisser Seite die Gemeinde in diesem Zusammenhang kritisiert wird und es auch heute noch anscheinend Leute gibt, die uns nicht verstehen oder verstehen wollen.

Werte Damen und Herren, nun aber gestatten Sie mir, daß ich etwas konkreter auf das Zahlenwerk des Haushaltsvoranschlages selbst eingehe.

Der oH, der ja bekanntlich wie immer im wesentlichen aus den Pflichtausgaben besteht, ist mit 579,397.000,- ausgeglichen. Er weist gegenüber dem Rechnungsabschluß des Jahres 1985 lediglich eine Steigerung um etwas mehr als 15 Millionen S, das sind rund 3 %, auf. Der aoH mit 79,400.000,- S an Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von S 97,740.000,-, einem Abgang im Ausmaß von S 18,340.000, diesen präliminierten Abgang hoffen wir durch Bedarfszuweisungen des Landes und des Bundes abdecken zu können. Zu den veranschlagten Einnahmen beim aoH im Gesamtausmaß von 79,4 Millionen sei festgestellt, daß eine Zuführung von Mitteln aus dem oH zur Deckung des aoH auch 1987 nicht möglich sein wird und in der von mir eben genannten Summe von 79,4 Mill. eine Darlehensaufnahme in der von mir erwähnten Höhe von 30 Millionen bei Kreditinstituten beinhaltet.

zusätzlich ein Darlehen von 7 Millionen aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds. Unsere Gesamtausgaben oH und aoH zusammen liegen lediglich um etwas mehr als 9 Millionen, das ist nicht einmal 1,5 % höher als im Rechnungsjahr 1985 und nur ganz geringfügig um wenige Zehntel Prozent über dem Nachtragsvoranschlag 1986 der für heuer voraussichtlichen Gesamtausgaben. Schon aus diesen wenigen Zahlen können Sie nicht nur den Ernst der Lage, in der wir uns befinden, sondern auch zugleich den Willen, eine Budgetkonsolidierung herbeizuführen, ersehen. Dennoch wird aber auch die Wirtschaft im kommenden Jahr wieder mit größeren Aufträgen versorgt werden. Insgesamt werden die Stadtwerke, der RHV und die GWG mit eingeschlossen, 444 Mill. S an Aufträgen an die Wirtschaft ergehen, sicherlich ein sehr wertvoller Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Wie schon seit mehreren Jahren liegt auch im kommenden Jahr wieder einer der Schwerpunkte im Bereich des Umweltschutzes, vor allem am Sektor Kanalbau, während die großen Kanalbauten, die durch den RHV ausgeführt werden, zügig fortschreiten, der Investitionsplan sieht für den RHV 1987 Gesamtausgaben von mehr als 57 Mill. S vor, wird auch der Ausbau des städtischen Kanalnetzes rasch vorangetrieben und sind hiefür im Budget 1987 mehr als 24 Millionen vorgesehen. Ein weiterer Schwerpunkt bildet das Kapitel Straßenbau, Wasserbau und Verkehr, welche mit zusammen 27 Millionen im aoH präliminiert wurden. Aber auch am Sektor Hochbau sind beträchtliche Investitionen vorgesehen, ich werde etwas später noch näher darauf eingehen. Und nun zu den Kapiteln selbst.

Der oH, ich habe es schon erwähnt, ist mit Gesamteinnahmen und -ausgaben in der Höhe von S 579,397.000,- als ausgeglichen präliminiert. Rund 416 Millionen sollen auf der Einnahmenseite aus eigenen Steuern, Abgaben und Bundesertragsanteilen hereinkommen. Die größte Post davon, die Abgabenertragsanteile des Bundes, wurden mit 196 Mill. S präliminiert, beinhaltet demnach nur eine kleine Steigerung, da wir infolge der schon von mir eingangs erwähnten, mit 1. 1. 1987 in Kraft tretenden Lohnsteuersenkung, nicht mit größeren Mehreinnahmen aus diesem Titel rechnen werden können. Ähnlich verhält es sich auch bei der zweitwichtigsten Einnahmenpost der Lohnsummensteuer, die mit 75,5 Millionen ebenfalls vorsichtig dotiert werden mußte, da wir infolge der angespannten Wirtschaftslage in unserer Stadt nicht mit Mehreinnahmen rechnen können. Die Gewerbesteuer, unsere nächst größere Einnahmenquelle, mußten wir aufgrund der negativen Erfahrungen im heurigen Jahr, insbesondere aufgrund der derzeit schlechten Wirtschaftslage der Steyr-Werke, gegenüber dem Voranschlag 1986 um 16 Millionen auf 37 Mill. S reduzieren.

Die Einnahmen aus der Kanalbenützungsgebühr konnten infolge der Gebührenregelung mit 1. 7. 1986 auf 31,6 Millionen angehoben werden. Die Getränkesteuer, die ebenfalls gegenüber dem Voranschlag 1986 höher dotiert wurde, ist sehr optimistisch veranschlagt. Die präliminierten Einnahmen in der Höhe von 22,5 Millionen entsprechen zwar den Einnahmen in diesem Jahr, diese Steigerung im heurigen Jahr war aber sicherlich auch witterungsbedingt, der lange und heiße Sommer war vor allem die Ursache. Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B bleiben unverändert und wurden mit 18,5 Millionen dotiert. Eine Steigerung erfahren haben gegenüber dem Voranschlag 1986 die Einnahmen aus der Müllabfuhrgebühr aufgrund der in diesem Jahr beschlossenen Tarifregelung. Sie wurden mit 10,2 Millionen veranschlagt. Etwas mehr als 7,1 Millionen betragen die Einnahmen aus dem mit der OKA seinerzeit abgeschlossenen Vertrag. Alle übrigen Einnahmen, wie z. B. die Gebrauchsabgabe mit 3 Mill., die Lustbarkeitsabgabe mit 1,9 Mill., die Verwaltungsabgabe und die Kanalbenützungsgebühr mit je 1,3 Mill., sowie die Anzeigenabgabe mit 1 Mill. sind Erfahrungswerte und haben gegenüber dem Voranschlag 1986 sich nicht oder nur unwesentlich verändert.

Und nun zur Ausgabenseite beim oH.

Die Anforderungen, welche an die Gemeinde gestellt werden, steigen von Jahr zu Jahr sprunghaft an, Anstellung von zusätzlichem Personal wird dafür laufend notwendig und dies schlägt sich dann natürlich auch bei den Personalkosten nieder. Die Personalkosten für die Bediensteten des Magistrates werden im kommenden Jahr bei nahezu 216 Millionen zu liegen kommen, das sind 37,2 % unserer Gesamteinnahmen beim oH. Rechnet man auch die Ausgaben für die Pensionen noch mit dazu, so kommen wir auf rund 247 Mill. oder in Prozenten ausgedrückt, auf 42,7 % der Gesamteinnahmen. Diese Entwicklung, die Tatsache, daß ein ständig steigender Prozentsatz der Einnahmen für Personalausgaben verwendet werden muß, übrigens eine Entwicklung, die, wie mir auch aus dem Städtebund bekannt, auch in allen anderen Städten ähnlich verläuft, diese Entwicklung führt dazu, daß der Spielraum für eine freie Mittelverfügung im Budget immer mehr eingeengt wird und wir uns aus diesem Grund bei neu zu beschließenden Maßnahmen, bei allen unseren Planungen, besonders auf die Folgekosten hinsichtlich eines vermehrten Personaleinsatzes Bedacht nehmen müssen. Mir ist z. B. der Wunsch nach einem größeren Zubau zu unserem ZAH sehr wohl bekannt und ich weiß auch, daß dieser Wunsch absolut berechtigt ist, weil ständig Dutzende dringend unerledigte Ansuchen um Aufnahme im ZAH vorliegen, aber hier geht es hinsichtlich einer Verzögerung unseres ZAH nicht so sehr um die einmaligen Investitionen, die dafür getätigt werden müßten, sondern vor allem um die Folgekosten, insbesondere eines vermehrten Personaleinsatzes. Der finanzielle Zuschuß im ZAH durch die ständige Erweiterung der Pflegeabteilung ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen, hat sich innerhalb weniger Jahre nahezu verdoppelt. Wir werden im nächsten Jahr mit Umbaumaßnahmen im ZAH gewisse Verbesserungen schaffen, ein Mehr darüber hinaus ist aber vor allem wegen der Folgekosten nicht möglich.

Bei den Ausgaben des oH schlägt sich neben den ständig steigenden Personalkosten aber auch der laufend ansteigende Finanzbedarf für den Schuldendienst, die Schuldenrückzahlung und der Zinsendienst, wofür im kommenden Jahr 57,6 Mill. S notwendig werden, sehr negativ nieder. Für Transferzahlungen an Land und Bund - auch die steigen von Jahr zu Jahr an - werden im kommenden Jahr 81,6 Mill. gebraucht, davon sind 70,5 Mill. an das Land zu entrichten. Darin beinhaltet sind u. a. 22 Millionen als Landesumlage, 20 Millionen als Beitrag zum Krankenanstaltensprengel und 9 Millionen für die Behindertenhilfe. Insgesamt werden wir als Gemeinde etwa dreimal so viel Geld an das Land abführen müssen, als wir an Zuschüssen und Bedarfszuweisungen vom Land zu erwarten haben. Eine überaus schmerzhafteste Tatsache, besonders in Anbetracht unserer derzeitigen Finanzlage und daher auch immer wieder unsere Forderung nach Abschaffung der Landesumlage.

Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand wurde für 1987 mit etwas mehr als 152 Mill. festgesetzt, das ist lediglich um 1,5 % mehr als wir 1985 dafür ausgegeben haben. Den größten Zuschußbedarf, die Zahlung unseres Sozialamtes für Insassen des ZAH, für Fürsorgefälle und Teilzahler inbegriffen, benötigt unser ZAH nämlich 36,5 Mill. aus den Mitteln des oH. Rechnet man die im aoH veranschlagte Summe von 4,5 Millionen für Umbaumaßnahmen im ZAH dazu, bedeutet dies, daß wir 1987 insgesamt 41 Mill. zuschießen werden müssen. Wie immer ist auch der Zuschußbedarf für unsere Schulen mit mehr als 31 Mill. sehr hoch. Ein sehr hoher, ständig steigender Zuschußbedarf ist aber auch für unsere Kindergärten und Horte erforderlich. Er wird im kommenden Jahr mit 19,3 Mill., also bereits nahe der 20 Millionengrenze zu liegen kommen. Allein der Personalaufwand für unsere Kindergärten und Horte kostet uns im nächsten Jahr 19,3 Mill. Der vom Land hierfür zu erwartende Zuschuß zu den Personalkosten beträgt aber lediglich 7 Mill., oder in Prozenten ausgedrückt, 36 % der Kosten für den Personalaufwand.

Für die Straßenreinigung wurde ein Betrag von 11,5 Mill. eingesetzt, für die Straßeninstandhaltung und für Asphaltierungsmaßnahmen insgesamt 8 Mill. Auch hier mußten wir leider den Rotstift ansetzen und den Betrag gegenüber 1986 reduzieren. Für die Instandhaltung der Park- und Gartenanlagen sowie der Kinderspielplätze sind 8,8 Mill. und für die öffentliche Beleuchtung 8,4 Mill. notwendig. An den RHV ist für den Bau der Hauptsammlerkanäle eine Summe von 10 Mill. zuzuweisen. 7,6 Mill. ist als Zuschuß an die Stadtwerke zur Deckung ihres Abganges insbesondere beim Stadtbad und der Kunsteisbahn vorgesehen.

Ein Betrag von mehr als 4,2 Mill. für unser Stadttheater und 3,3 Mill. für die Freiwillige Feuerwehr, um nur die größten Ausgabenposten beim oH zu erwähnen.

Nun aber zum aoH. Er weist Einnahmen im Ausmaß von 79,4 Mill. aus, die sich wie folgt zusammensetzen. 30 Mill. aus Verkäufen von Haus- und Grundbesitz, 30 Mill. Kreditaufnahme bei Geldinstituten, 7 Mill. Kreditaufnahme beim Wasserwirtschaftsfonds, 11 Mill. Aufnahme aus Rücklagen und 1,4 Mill. als Transferzahlung des Bundes am Schulbausektor. Diese Einnahmen in der Höhe von 79,4 Mill. stehen im aoH jedoch Ausgaben im Ausmaß von 97,140.000,- gegenüber. Der sich daraus ergebende Abgang im Ausmaß von 18,3 Mill., ich habe es eingangs schon erwähnt, hoffen wir durch Zuschüsse und Bedarfsszuweisungen seitens des Landes im Laufe des kommenden Jahres abdecken zu können. Sollte dies wider Erwarten nicht möglich sein, so müssen wir Kürzungen auf der Ausgabenseite beim aoH vornehmen oder, wovon dringend abzuraten ist, Schulden in vermehrtem Umfang machen.

Und nun zu den Ausgaben beim aoH.

Auch beim Budget 1987 bestehen die Ausgaben im wesentlichen aus Zwangspunkten, das heißt, es handelt sich hierbei um Restzahlungen aus bereits durchgeführten Maßnahmen, um die Fortsetzung bereits begonnener Vorhaben und die Einhaltung gemachter Vereinbarungen und Zusagen. Naturgemäß ist aufgrund der insgesamt negativen Einnahmenentwicklung und der angespannten Finanz- und Wirtschaftslage es besonders in diesem Bereich zu sehr vielen Zurückstellungen und Kürzungen von erwünschten Vorhaben gekommen.

In der Gruppe 0, Allgemeine Verwaltung, scheint ein Betrag von 1,6 Mill. für die Schaffung einiger zusätzlicher Büroräumlichkeiten im Rathaus auf. Die Schaffung von zusätzlichen Büroräumen im Rathaus ist durch Personalvermehrungen in den letzten Jahren unbedingt notwendig geworden. In einigen Abteilungen, wie z. B. im Bauamt und in der Personalabteilung, sind die räumlichen Verhältnisse derart beengt, daß nunmehr rasch etwas geschehen muß. Aber auch hier wurde der Rotstift kräftig angesetzt und kann für 1987 dafür nur in einem Teilbereich Abhilfe geschaffen werden.

In der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, scheinen für die Freiwillige Feuerwehr notwendige Gesamtinvestitionen im Ausmaß von 2,200.000 S auf. Es beinhaltet die Rate für den Ankauf eines neuen Löschfahrzeuges, die unbedingt notwendige Anschaffung einer neuen Rufanlage sowie Ergänzungen für die Betriebsausstattung.

In der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft wurde die Dotierung für den aufgrund gesetzlicher Bestimmungen notwendig gewordene Zubau zur Otto Glöckel-Schule wieder aus dem Budget herausgenommen, weil dieser Zubau im Leasingverfahren nunmehr zur Durchführung kommen soll. Für die unbedingt notwendig gewordene Erweiterung des Kindergartens Resthof ist ein Betrag von 2,3 Mill. und die Erweiterung des Hortes im Resthof eine Summe von 1 Mill. vorgesehen. Für die Fertigstellung der Hochbauten bei der Leichtathletikanlage auf der Rennbahn wird ein Betrag von 5 Mill. gebraucht. Die

Schaffung zusätzlicher Sport- und Freizeiteinrichtungen im Resthof und im Wehrgraben werden eine Summe von 1,1 Mill. erfordern.

Für die gemeindeeigene Sportanlage des SK Vorwärts, für den vorgenommenen Ausbau der Sportanlage, die Schaffung und Überdachung der Zuschauertribüne ist zugesaggemäß die 2. Rate von 1 Mill. zu entrichten.

Für den Mehrzwecksaal Wehrgraben werden S 400.000,- gebraucht und für den Umbau und die Ausstattung der ehemaligen Frauenberufsschule in der Stelzhamerstraße zu einem Volksbildungszentrum eine Restzahlung in der Höhe von insgesamt S 600.000,-.

In der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ist für die Errichtung und die Betriebsausstattung des neuen Schloßmuseums ein Betrag von 2,5 Mill. veranschlagt und für das Museum Arbeitswelt die vereinbarte weitere Rate von ebenfalls 2,5 Mill. Für die Altstadtenerneuerung und Ortsbildpflege sind insgesamt 7,3 Mill. ausgewiesen, nämlich 3 Mill. für Sanierung des Joseflazaretts, S 400.000,- für Umbauten im Bürgerspital, 2 Mill. für die Fassadenaktion und die Erhaltung der Dachlandschaften und ein Betrag von 1,8 Mill. als Kapitaltransferzahlungen für denkmalpflegerische Maßnahmen an Kirchen.

In der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, scheint der von mir bereits erwähnte Betrag von 4,5 Mill. für Umbaumaßnahmen im ZAH auf und 5 Mill. für die Wohnbauförderung.

In der Gruppe 5 Gesundheit S 300.000,- für die Lärmbekämpfung und in der Gruppe 6, Straßen-, Wasserbau und Verkehr, sind insgesamt 27,1 Mill. veranschlagt. Es würde zu weit führen, all die vorgesehenen Baumaßnahmen hier im einzelnen aufzuzählen, sie sind ja aus dem Ihnen vorliegenden Voranschlag im einzelnen ersichtlich und so kann ich mich in meinen Ausführungen damit beschränken, daß ich nur die allergrößten Vorhaben aufzähle. Es ist dies die Fertigstellung der Steiner Straße, die eine Summe von 3,5 Mill. erforderlich machte. Für die Brückenerhaltung im Wehrgraben 4 Mill, die Fertigstellung des Parkplatzes am rechten Brückenkopf der Schönauerbrücke eine Summe von 1,5 Mill. Die Kammermayr- und Viktor Adler-Straße auf der Ennsleite, diese beiden Straßen sind in einem sehr schlechten Zustand und müssen neu gebaut werden, dafür ist ein Betrag von 2 Mill. notwendig. Für Straßenbauten im Wehrgraben benötigen wir ebenfalls 2 Mill, der Bau der Verbindungsstraße Abschnitt 1 zum Abschnitt 3 in Münichholz einschließlich der Errichtung eines entsprechenden Gehsteiges, wird voraussichtlich 3,5 Mill. beanspruchen und als Gemeindeanteil für den Straßenbau in der Haratzmüllerstraße unter dem Arbeitstitel Bad I ist eine Summe von 1 Mill. veranschlagt. Ein gleich hoher Betrag ist auch für die Fertigstellung des Schloßleitenweges und für die Errichtung von Rad- und Wanderwegen vorgesehen.

In der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, scheint eine Summe von insgesamt 6 Mill. auf. Ich habe eingangs meiner Ausführungen etwas ausführlicher darüber gesprochen und ich meine daher, nicht mehr näher darauf eingehen zu müssen.

In der Gruppe 8, Dienstleistungen, scheinen unsere städtischen Kanalbauten mit 24,350.000,- auf. Die mit Abstand größten Brocken darunter sind die erste Etappe des Kanalbaues in der Resthofstraße mit 7 Mill. und die Neukanalisierung im Gebiet der Sierninger Straße und Stelzhamerstraße mit 6 Mill. Je 3 Mill. sind für den Kanalbau im Wehrgraben und im Schlüsselhof vorgesehen und ein Betrag von 2 Mill. für die Fortsetzung des Kanalbaues Weinzierl und schließlich 1 Mill. für den notwendig gewordenen Kanalbau auf den sogenannten Krenngründen.

In der Gruppe 8 scheint auch wieder eine Summe von einer halben Million für die Sanierung des Schloßparkes auf und schließlich sind insgesamt 2,3 Mill. für den Ankauf von Gebäuden und Grundstücken vorgesehen. Eine sehr, sehr bescheidene Summe, abgesehen von einer Verpflichtung aus einem Kaufvertrag in der Höhe von S 300.000,-, im wesentlichen nicht mehr als eine Aner-

kennungspost.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wie schon bisher ist dem HHV auch der Dienstpostenplan, der Wirtschaftsplan für die Stadtwerke und der GWG und der Voranschlag des RHV beigeschlossen. Auch dazu ein paar Bemerkungen. Der Dienstpostenplan bestätigt die von mir getroffenen Aussagen über die gezwungenermaßen vorgenommene Personalvermehrung, vor allem im Servicebereich, wie z. B. im ZAH, in der Jugendherberge und in den Stadtwerken, wie aus dem Bericht zu entnehmen ist. Mit Stichtag 1. 10. 1986 betrug die Zahl der vollbeschäftigt tätigen Bediensteten 748 Personen, dazu kamen noch 12 nebenberuflich tätige Personen und 102 teilzeitbeschäftigte Bedienstete. In diesem Zusammenhang sei auch die Aktion 8000 erwähnt, wobei wir in Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktverwaltung in den letzten 3 Jahren insgesamt 42 arbeitssuchende jungen Menschen eine Chance gegeben und sie in den Dienst des Magistrates aufgenommen haben.

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke weist im Erfolgsplan für das Jahr 1987 Gesamtaufwendungen in der Höhe von 123,5 Mill. auf. An Investitionen sind insgesamt 32,5 Mill. vorgesehen und zwar 10,2 Mill. für den Ausbau des Wasserleitungsnetzes, 4,9 Mill. für den Ausbau des Gasnetzes, 5 Mill. für die Erneuerung der Veranschungsanlage im Krematorium und 5,4 Mill. für den Ankauf von Omnibussen für den Verkehrsbetrieb, um nur die größten Anschaffungen namentlich zu nennen.

Der RHV sieht, wie schon von mir eingangs angeführt, für 1987 Investitionen im Ausmaß von 57,1 Mill. vor. Der Wirtschaftsplan ist mit 12,2 Mill. an Einnahmen und Ausgaben als ausgeglichen dotiert. Die GWG der Stadt Steyr weist Aufwendungen und Erträge in der Höhe von 139,5 Mill. auf. An Investitionen sind für das kommende Jahr Ausgaben in der Höhe von 43 Mill. veranschlagt. Zur Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung sei vermerkt, daß der Vermögensstand derzeit 394.000,- beträgt und vom Zinsertrag S 9.000,- an Stipendien zur Verteilung gelangen sollen. Ich darf auch die Feststellung treffen, daß gemäß den gesetzlichen Bestimmungen der Voranschlag 1987 ordnungsgemäß eingebracht wurde und zeitgerecht zur Einsichtnahme auflag und es meines Wissens zu keinerlei Einsprüchen oder Einwänden kam.

Abschließend erlaube ich mir, all meinen Mitarbeitern im Rechnungsamt, allen voran Herrn Dr. Schmidl, dem Abteilungsvorstand, für die geleistete Arbeit mit der Erstellung des Voranschlages meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Werte Kolleginnen und Kollegen, zum Schluß meiner Ausführungen darf ich Ihnen nunmehr den Antrag selbst dem Wortlaut nach zur Verlesung bringen.

9) Ha-4400/86

Voranschlag 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1987 wird im ordentlichen Haushalt bei den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je	S 579,397.000,-
im außerordentlichen Haushalt bei den Ausgaben mit	S 97,740.000,--
und bei den Einnahmen mit	S 79,400.000,--
daher mit einem Abgang von	S 18,340.000,--

=====

im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind, festgestellt.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. diese durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis und in gleicher Weise die Ausgaben

des Altersheimes. Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 123,500.000,- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 32,500.000,- der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung, des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung, der GWG der Stadt Steyr und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	172 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Das ist der Wortlaut des Antrages zum Voranschlag 1987. Ich bitte nunmehr unseren Herrn Bürgermeister, die Debatte zum vorgetragenen Voranschlag zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke unserem Finanzreferenten Kollegen Wippersberger für seinen Vortrag und für die Erstellung des Voranschlages. Der Voranschlag 1987 steht nun zur Diskussion. Ich habe bisher fünf Wortmeldungen vorliegen und werde diese entsprechend der Parteienstärke reihen.

Ich bitte nun Kollegen Pimsl als Sprecher der sozialistischen Partei.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Voranschlag für das Jahr 1987 wird von der stagnierenden Einnahmenentwicklung und daher zu Recht von der Notwendigkeit und gebotenen Sparsamkeit in den einzelnen Budgetansätzen geprägt. Eine äußerst schwierige und umfangreiche Aufgabe, die mit dem vorliegenden Haushaltsvoranschlag erfüllt wurde. Es geziemt sich daher sehr wohl, dem Finanzreferenten, Vizebürgermeister Wippersberger, und den Beamten für die umsichtige und verantwortungsbewußte Erstellung zu danken.

Der vorliegende Voranschlag ist nicht die Erfüllung eines Wunschkataloges, sondern Ergebnis realistischer Überlegungen einer bürgernahen Kommunalpolitik. Doch bevor ich zu einzelnen Kapiteln zu sprechen komme, muß man sich die gegenwärtige und auch die voraussichtliche zukünftige Finanzlage der Stadt vor Augen führen, obwohl unser Finanzreferent in seinen Ausführungen sehr klar die einzelnen Begründungen dargelegt hat. Jedoch erscheint es mir zweckmäßig, bei der Einnahmenseite zu beginnen, denn diese können wir überhaupt nicht oder nur unwesentlich beeinflussen.

Betrachtet man die Entwicklung der eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteile, also die Einnahmenquelle der Stadt, so sieht man einen äußerst unregelmäßigen Verlauf. Jahre mit Einnahmenssteigerung von 10 bis 12 Prozent werden abgelöst von Jahren mit Einnahmerrückgängen bzw. Steigerungen von äußerst geringem Ausmaß. Bestimmt werden die Steuereinnahmen durch die Gewerbe- und Lohnsummensteuer. Nach der schrittweisen Abschaffung der Gewerbsteuer auf das Kapital, müssen wir uns nunmehr mit noch größeren Schwankungen abfinden als bisher, die durch die finanzielle Lage der Steyrer Betriebe bedingt sind. Hatten wir bei der Gewerbsteuer bisher Einnahmen zwischen 30 bis 55 Millionen Schilling, also Unterschiede von ca. 50 Prozent, die vor allem durch den Wirtschaftserfolg der Steyr-Daimler-Puch AG verursacht wurde. Sie werden sich für 1986 auf der unteren Ebene mit 37 Millionen einpendeln und auch im Voranschlag für 1987 nicht erhöhen. In Anbetracht der derzeitigen finanziellen und wirtschaftlichen

Lage der Steyr-Daimler-Puch AG, wobei zu erwähnen ist, daß die Steyr-Werke aufgrund ihrer Verluste keine Gewerbesteuern mehr zahlen, so ist diese Zahl mit Vorsicht zu behandeln. Dazu kommt, daß die Steyrer Gewerbetreibenden, durch eine durch die Kündigungen verursachte verringerte Kaufkraft der Bevölkerung, keine Ertragssteigerungen, sondern möglicherweise Einbrüche hinnehmen müssen. Die Beschäftigungssituation hat wieder ihre Auswirkungen auf die Lohnsummensteuer. Das ist ein jährlicher Einnahmenentgang in der Höhe mehrerer Millionen Schilling.

Analysiert man die Lohnsummensteuer, so zeigt sich, daß bisher 50 Prozent der Einnahmen die Steyr-Werke, das sind rund 38 Mill. S, BMW mit 7,1 Millionen S, die GFM mit 4,3 Mill. S und andere Betriebe für die zweite Hälfte aufkommen. Die Steyr-Werke sind demnach nach wie vor der Betrieb in Steyr. Die Stadt lebt vom Bestand dieser Steyr-Werke und nicht nur die Gewerbetreibenden, sondern auch die Stadtverwaltung. Wir müssen daher die finanzielle Abhängigkeit von einem einzigen Betrieb verringern und die Ansiedlung und den Weiterbestand von Klein- und Mittelbetrieben forcieren, wie es in den letzten Jahren ansatzweise bereits geschehen ist. Um diese Gedanken zu verwirklichen, muß vor allem der Bestand der in Steyr ansässigen Betriebe gesichert werden. Es muß generell die Möglichkeit der weiteren Investitionsförderung geschaffen und auch publik gemacht werden, damit ein Anreiz für arbeitsplatzhalternde oder gar arbeitsplatzvermehrnde Investitionen getätigt wird. In welcher Form diese Förderung gegeben werden sollte, bedarf einer besonderen Überlegung, doch muß auf jeden Fall durch Förderungsmöglichkeiten der Anreiz zu Investitionen verstärkt werden. Denn als Gemeinde dürfen wir uns nicht allein als Dienstleistungsbetrieb bezeichnen, sondern müssen auch die Aufgaben eines Vermittlers, eines Managers und eines Arbeitsplatzfinanziers vermehrt übernehmen, um in der Zukunft bestehen zu können.

Die Ausgaben hingegen, meine Damen und Herren, vor allem die Pflichtausgaben für Personal, Pensionen, Verbrauchsgüter, Verwaltungs- und Vertriebsaufwand, steigen im Vergleich mit den Einnahmen wesentlich schneller an. So stiegen die Ausgaben für Aktivpersonal jährlich um 6 bis 7 % und werden im Finanzjahr 1987 ca. 215 Millionen S, das sind 37,2 % des oH, betragen. Rechnet man die Pensionen hinzu, so ergeben sich Ausgaben von rund 247 Millionen oder fast 42 % der Gesamteinnahmen. Wir benötigen also fast die Hälfte der Einnahmen des ordentlichen Haushaltes für Personalaufwendungen.

Betrachtet man die Entwicklung der Personalausgaben, so zeigt sich im Jahr 1985 ein Sprung von 180 Millionen S auf 195 Mill. S. Das sind 8,4 Prozent. Moderne Bürotechnologien müssen in der Verwaltung mehr Eingang finden. In diesem Jahr stiegen vor allem die Personalkosten im Zentralaltersheim und zwar um 4,5 Millionen S und der Gärtnerei um ca. 1 Million S. Bei diesen beiden Betrieben handelt es sich um Dienstleistungsbereiche, die in letzter Zeit immer mehr Mittel beanspruchen. Vor allem die Ausgaben für die Altersversorgung explodierten. Der Zuschußbedarf wird im kommenden Jahr inklusive Investitionen ca. 32 Millionen betragen. Rechnet man die Leistungen des Sozialamtes hinzu, so erreicht der Zuschußbetrag eine Höhe von ca. 40 Millionen S. Die Einnahmen hingegen blieben fast unverändert. Auch die bereits beschlossene Gebührenerhöhung wird im Gesamtdefizit nichts Wesentliches bzw. Nachhaltiges verändern. Momentan bewirkt diese Erhöhung zwar Mehreinnahmen, die jedoch in den Mehrausgaben für den Ausbau und Betrieb der Krankenstation aufgehen. Grundsätzlich kann jedoch zu den steigenden Personalkosten festgestellt werden, daß sie zum größten Teil in der Erweiterung der Dienstleistungsfunktion der Stadt begründet sind. Eine Leistung, zu der sich die sozialistische Fraktion bekennt und auch in der Zukunft aufrecht erhalten wird. Eine Ausweitung auf dem Dienstleistungssektor muß aber unter dem Aspekt der Zweckmäßigkeit und der Finanzierung genauest geprüft werden. Die Anforderungen auf diesem Gebiet werden sicher nicht weniger. Eine zusätzliche Gefahr tritt dabei auf,

daß bei manchen, wenn nicht bei vielen, die Meinung vorherrscht, daß die Stadt ohnedies seine Wünsche erledigen wird, wenn er dazu nicht gewillt oder in der Lage ist.

Die Ausgaben für Gebäuderenovierungen, für Maschinen und Fahrzeuge sowie für Einrichtungsgegenstände müssen aufgrund der angespannten Finanzsituation stark reduziert werden, obwohl alle Vorhaben ihre Rechtfertigung haben und zumeist vom Kontrollamt vorgeschlagen wurden.

Und nun noch einige Worte zu den Ausgaben für die Tilgung von Darlehen und zum Schuldendienst. Die Ausgaben für die Tilgung stiegen bisher jährlich im Durchschnitt um ca. 15 Prozent. Ganz ähnlich ist die Entwicklung beim Schuldendienst, also die Ausgaben für Tilgung und Zinsen. Nur muß hier eine Steigerungsrate von 20 Prozent jährlich festgestellt werden. Im kommenden Jahr sind fast 58 Millionen für den Schuldendienst zu leisten. Eine ganz beachtliche Summe, die sich möglicherweise noch erhöhen könnte, wenn wir mit den für das Finanzjahr 1986 beantragten Darlehensaufnahmen nicht auskommen.

In der Entwicklung des Schuldendienstes, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, sieht man spiegelbildlich die Entwicklung des aoH des Vorjahres. Der Schuldendienst beansprucht also von Jahr zu Jahr immer mehr des ordentlichen Haushaltes. Für die Zukunft gilt noch mehr zu überlegen, ob wir uns außerordentliche Haushalte in der vorgeschlagenen Höhe, die zum Teil durch Darlehen finanziert werden müssen, überhaupt noch leisten können. Meine Fraktion wird sicher nicht denen folgen, die meinen, eine Gemeinde kann grenzenlos Darlehen aufnehmen. Wir müssen daher bei jedem Projekt des außerordentlichen Haushaltes überlegen, ob dessen Realisierung eine Darlehensaufnahme überhaupt wert ist. Der Zwang zum Sparen bedeutet aber, daß geplante Vorhaben für 1987 zurückgestellt werden müssen.

Das Budget ist Richtschnur des finanzpolitischen Handelns. Es sind uns allerdings Grenzen gesetzt, die sich aus der Einnahmenentwicklung der kommenden Jahre ergeben. Eine Verbesserung ist nur durch gezielte Wirtschaftsförderung erzielbar. Dazu ist unbedingt die verkehrsmäßige Einbindung an den öö. Zentralraum vordringlich zu betrachten. Der Bau der Nordspange mit einer weiteren Ennsbrücke hat vorrangig zu erfolgen. Die Eisenbahnverbindungen sind zu verbessern.

Die Maßnahmen für Umwelt und Umweltschutz werden zügig fortgesetzt. Der Erhöhung der Lebensqualität durch saubere Luft und reines Wasser wird nach wie vor größte Aufmerksamkeit zugewendet. Die Entsorgung von Müll wird entsprechend dem beschlossenen Konzept verbessert und ausgebaut. Verkehrsarme Zonen in Wohnbereichen im Einklang mit der Bevölkerung sind weiterhin notwendig. Eine Verkehrsberuhigung in der Innenstadt ist mehr als vordringlich zu betrachten. Die unglückliche Verhüttelung des Stadtplatzes während der Adventzeit hat der heimischen Wirtschaft keine Vorteile gebracht und den Fremdenverkehr und damit wieder der Wirtschaft eher geschadet. Es ist unverständlich, daß die Christkindlstadt Steyr mit seiner wunderschönen Altstadt den renovierten Häusern und Fassaden für den Fremden die Sicht verstellt und damit nur verärgerte Besucher schafft.

Die Errichtung von weiteren Pensionistenwohnhäusern schafft neue Wohnmöglichkeiten für die ältere Generation, das ist allerdings nur eine geringe Entlastung des nach wie vor großen Wohnungsbedarfes.

Im Bereich der Bildung und Freizeitbetätigung werden in der ehemaligen Frauenberufsschule in der Stelzhamerstraße zusätzliche Möglichkeiten und Angebote geschaffen. Ein besonderer Aufgabenbereich stellt sich für die Stadtverwaltung im Wehrgraben. Nach zugegebenerweise heftigen Geburtswehen besteht seitens der sozialistischen Fraktion die einhellige Auffassung, den Wehrgrabenbereich in das städtische Leben mehr als bisher einzubinden.

Mit der Errichtung des Museums Arbeitswelt und der Landesausstellung 1987

ist ein erster Schritt getan. Der nächste muß darin bestehen, daß die vorhandenen Industrieruinen nicht konserviert, wie manche meinen, sondern wieder zusammengefügt zu einem Ganzen, zu neuem Leben erweckt werden. Die Stadt hat mit ihren Leistungen in diesem Bereich beispielgebend gewirkt, planerische Überlegungen zur weiteren Verwendung dürfen nicht vernachlässigt oder gar zur Gänze zurückgestellt werden. Die Stadt hat mit dem Erwerb des Hack-Areals für die Wehrgrabenerhaltung und durch den Bau neuer Verkehrswege und Verbindungen für die städtebauliche Erhaltung viel geleistet. Es liegt jetzt am Bund und am Land, gemeinsam mit der Stadt die nächsten Schritte zu setzen. Mit der Wiederbelebung des Wehrgrabens ergeben sich naturgemäß auch für den Bereich Steyrdorf neue Aspekte und Möglichkeiten.

In dankenswerter Weise gibt es seitens der Bewohner dieses Stadtgebietes Vorschläge, Überlegungen, die ernsthaft zu prüfen und, soweit möglich, auch umgesetzt werden sollten.

Die Schönheit von Steyr, der Reiz seiner alten Gassen, die Pracht seiner Bauten darf nicht nur einen Teil der Bevölkerung berühren, sondern muß alle Bevölkerungsschichten und Kreise mit einbeziehen. Die Einbindung aller Stadtteile ins städtische Leben muß nach wie vor unser Hauptanliegen bleiben. Das gilt für Münichholz ebenso wie für die Ennsleite, den Tabor und den Resthof, um nur einige Beispiele anzuführen. Wir müssen uns daher noch mehr als bisher mit der Bevölkerung unserer Stadt ins Einvernehmen setzen. Nur eine abgestimmte Mitsprache bei der Planung und Umsetzung macht einen sparsamen und effizienten Einsatz der Finanzen für die Zukunft möglich.

Der Voranschlag 1987 trägt diesen Überlegungen Rechnung. Es sind Vorstellungen, die meine Fraktion für die Entwicklung der Stadt Steyr als sinnvoll und notwendig erachtet. Und es ist vor allem vieles enthalten, was wir gemeinsam, alle hier im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, für die Bürger unserer Stadt im zweiten Entwicklungskonzept der Stadt Steyr festgelegt haben.

Die sozialistische Fraktion gibt dem Budget 1987 ihre Zustimmung

Zum bevorstehenden Weihnachtsfest darf ich Dir, Herr Bürgermeister Schwarz, den Herren Vizebürgermeistern Wippersberger und Holub, allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sowie allen Mitarbeitern des Magistrates, ein frohes Fest und geruhsame Tage wünschen. Zum Jahreswechsel entbiete ich Ihnen allen namens meiner Fraktion Gesundheit und ein erfolgreiches Jahr 1987. Möge uns das neue Jahr wie bisher zu gemeinsamer Arbeit zusammenführen, mit Respekt vor dem politisch anders Denkenden und Achtung vor dem Menschen, zum gemeinsamen Wohl unserer Stadt und unserer Bürger.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsi für die Erklärung namens der sozialistischen Fraktion.

Als nächsten Fraktionssprecher darf ich Kollegen Holub ersuchen.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Zuhörerschaft - heute sind es ja nicht ganz so viele wie letztes Mal. Das ist ja an sich etwas enttäuschend, weil es ja die bedeutungsvollste Sitzung im Gemeindeparlament darstellt, nämlich dann, wenn das Kollegialorgan zusammentritt, um sich den finanziellen Rahmen zu geben für alle Vorhaben und Notwendigkeiten, die im nächsten Jahr zu erkennen sind, abzuschätzen sind bzw. beabsichtigt sind. Es geht doch um wesentlich mehr, als daß nur der Bürger das Gefühl haben könnte, hier haben Politiker die Möglichkeit, ihre mehr oder weniger vorhandene Eloquenz unter Beweis zu stellen. Das ist überhaupt nicht die grundsätzliche Notwendigkeit in einer Budgetdebatte, die grundsätzliche Notwendigkeit einer Budgetdebatte ist vielmehr darin zu sehen, daß die Standpunkte jeweils klar abgesteckt werden. Und sowohl Vizebürgermeister Wippersberger als auch Stadtrat Pimsl als die ersten beiden Redner haben sehr deutlich Standpunkte festgelegt, die sich in den allermeisten Zügen vollkommen mit der Meinung der ÖVP decken.

Applaus - GR Ramoser

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für den Beifall, Sie können ruhig weiter üben. Der Beifall, den Sie, Kollege Ramoser, mir jetzt gezollt haben, dieser Beifall sollte eigentlich dem steuerzahlenden Bürger dieser Stadt gewidmet werden. Dieser steuerzahlende Bürger kommt nämlich für alles auf, was wir hier in der Stadt machen. Entweder am Weg der eigenen Steuern und Abgaben und oder auf dem Weg der Bundesertragsanteile und oder auf dem Weg der Gebühren, die wir für die städtischen Dienstleistungen einheben. An eigenen Steuern wird dieser Steyrer Bürger in Summe, oder um es deutsch auszudrücken, die Summe aller Steyrer Bürger 162,3 Millionen S in den Topf der Stadt Steyr beibringen, das sind pro Kopf 4.200 Schilling - nicht ganz. Die wird jeder Steyrer Bürger an eigenen Steuern und Abgaben in den Stadthaushalt beibringen. Die Ertragsanteile - auch die Zahl wurde heute schon mehrmals genannt - betragen 202 Mill. S mit dem wahrscheinlichen Betrag der Unterschiedszahlung. Der Dank an den Bürger ist sehr wohl geziemend und sehr wohl richtig. Es geziemt sich aber auch weiters, Dank zu sagen an die Beamtschaft des Hauses, die sich mit der Erstellung des Voranschlages außerordentlich gewissenhaft auseinandergesetzt hat. Insbesondere beziehe ich im Namen meiner Fraktion den Rechnungsdirektor Dr. Schmidl in diesen Dank ein. Ich glaube, man muß ihm wirklich das Kompliment machen, daß er sich auf eine ungeheuer gewissenhafte Art mit dieser sehr diffizilen Materie auseinandersetzt. Mein Dank gilt aber auch dem Finanzreferenten dieser Stadt insbesondere für die Einladung, Vorschläge in das Budget einzubringen. Vieles waren ja gemeinsame Vorstellungen, daher haben auch viele Vorstellungen Eingang gefunden und ich glaube, ich habe voriges Jahr in der Budgetdebatte schon davon gesprochen, daß es für den Bürger dieser Stadt keine Rolle spielt, ob ein Vorschlag vom Gigl oder vom Gogl gekommen ist. Wesentlich ist, daß etwas weiter geht in der Stadt. Das ist sehr erfreulich, daß uns dieser Gemeinderat in den wichtigsten Zügen durchaus in Einheit befindlich beläßt. Die Einladung wurde ausgesprochen, ein Wermutstropfen bleibt allerdings über, ein Dialog über die Vorschläge hat erst post mortem stattgefunden, weil das Budget schon festgestanden ist, als der Dialog fortgesetzt wurde. Ich weiß schon, daß das heuer in der Gesundheitssituation, die Gott sei Dank sich wieder zum Guten gewendet hat, des Kollegen Wippersberger gelegen ist. Aber so anders waren ja die Usancen in den letzten Jahren auch nicht.

Lassen Sie uns den Hoffnungsschimmer am Horizont sehen, daß ein wieder gesunder Bürgermeister Wippersberger im nächsten Jahr die Möglichkeit zum Dialog geben wird, bevor der Haushaltsvoranschlag feststeht, weil doch das eine oder andere in der Diskussion vielleicht noch detaillierter formuliert werden könnte, sonst müßten wir beim Unterbreiten der Budgetvorschläge schon jeweils eine eigene Budgetrede dazu formulieren. Im Gespräch, so ist die urösterreichische Weisheit, liegt der erste Grundsatz zum Konsens, daher bitte das Gespräch im nächsten Jahr doch zu vertiefen, denn ein aktiver Konsens ist zweifellos zielführender als ein passives Ja-Sagen. Im Wohl unserer Bürger müßte uns das als oberste Maxime dienen.

Über die Probleme, in der sich unsere Stadt befindet, wurde schon sehr viel gesprochen. Ich kann mich daher auf die taxative Aufzählung von einigen Punkten beschränken, um nicht die Zeit über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Daß die Turbulenz in der Steyr-Daimler-Puch AG Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und auf die gesamte Wirtschaftskraft dieser Region haben muß, ist eine unbestrittene Tatsache. Genau so wie es unbestritten ist, daß wir die derzeitige Wirtschaftsentwicklung vorsichtig ausgedrückt als instabil bezeichnen müssen. Das zeigt sich auch deutlich in der Entwicklung und in der Dynamik der Steuereinnahmen und auch der Ertragsanteile. Beide Vorredner haben schon Kommentare dazu gemacht und in weiterer Folge werde auch ich einige Zahlenvergleiche kommentierend dazu bringen. Die Probleme unserer Stadt werden aber auch im wesentlichen geprägt durch die riesigen begonnenen Vorhaben. Ich erinnere an das Kanalprojekt, ich erinnere an die Probleme der Müllbeseitigung, ich erinnere nochmals, wie schon beim Nachtragsvoranschlag, an den riesigen Finanzbedarf, der aus dem Reinhalteverband nicht nur auf die Stadt Steyr, sondern auch auf alle Verbandsgemeinden dazukommt. Der staunende Leser wird im Haushaltsvoranschlag sicherlich den Bedarf 1987 mit 26,5 Millionen definiert haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, daß wir als Stadt Steyr mehr als 80 Prozent im Wege der Mitgliedsbeiträge davon zahlen müssen. Das wird unseren Spielraum ganz erheblich einschränken und das bedroht auch alle Nachbargemeinden in unerhörtem Ausmaß bei der Budgetierung für die laufenden Jahre, genau so wie wir uns natürlich Sorgen machen müssen. Dieser riesige Betrag aber zeigt uns ganz deutlich die Notwendigkeit, daß wir budgettechnisch mit diesen Beträgen transparenter umgehen werden müssen. Ich weiß, daß eine Umstellung im Buchhaltungssystem diese Transparenz gewährleisten wird. Buchhaltungssystem, das erkläre ich dahingehend, das sind diese eigenartigen Voranschlagszahlen, die beginnen mit 9 Schrägstrichen, dann sind die fünf Striche und dann kommt eine Voranschlagspost. Das ist also ein Buch neben dem Buch, in dem sich die Gebarung des Reinhalteverbandes abwickelt. Für uns als kommunale Verantwortungsträger - jeder Mandatäre im Gemeinderat ist Verantwortungsträger und soll seine Funktion auch so verstehen - muß es einfach möglich sein, eine bessere Übersicht über die sich ergebenden Belastungen, Beschwerden und Erfordernisse aus dem Reinhalteverband zu bekommen. Ich glaube, daß es richtig sein wird, eine eigene Kontoführung für den Reinhalteverband nicht nur im Haushaltsbuch der Stadt, sondern tatsächlich auch als kommerzielle Buchhaltung zu planen bzw. in Angriff zu nehmen. Ich weiß, daß das geschehen wird.

Die Stadterneuerung und das Problem Steyrdorf wurde schon von Dir, Kollege Pimsl, genau so wie von Dir, Kollege Wippersberger, angesprochen. Hier liegt die fantasievolle Aufgabe, die dem Gemeinderat dieser Stadt gestellt wird, denn alles, was wir jetzt falsch machen, machen wir für das nächste Jahrhundert falsch. Alles, was wir jetzt richtig machen, wird als Selbstverständlichkeit von unseren Bürgern entgegengenommen werden. Es ist nicht

so, daß ich darüber jammern will, sondern das ist an sich gut und richtig. Dafür werden wir vom Bürger hier hereingewählt und dafür beziehen wir das Salär, das mancherorts bekrittelt wird, auch hier herinnen im Kreis derer, die es mitbeziehen. Natürlich haben beide Vorredner den riesigen Bereich Sozialbudget angezogen und natürlich waren beide sehr zurückhaltend mit der Formulierung, die ich etwas krasser ausdrücken möchte. Der Sozialbereich wird in Zukunft fast nicht mehr zu finanzieren sein, wenn sich die Entwicklung so weiter darstellt. Ausgaben im oH mit 124,8, also rund 125 Millionen, werden bedeckt durch Einnahmen von 48 Millionen. Bei einer stark aufklaffenden Schere, die Prognose ist da sehr pessimistisch. Dazu kommt die Tatsache, daß die Rücklagen der Stadt nahezu vollkommen aufgezehrt sind, daß also im Topf nur mehr der Bodensatz vorhanden ist, der unbedingt notwendig ist. Sonst könnte das Stadtrechnungsamt die laufenden Ausgaben überhaupt nicht mehr bedecken. Bei dieser Betrachtung werden Sie mir sicherlich einstimmig recht geben, daß es ein schwerer Fehler ist, daß wir noch immer kein Investitions- und Finanzierungskonzept haben. Ich weiß schon, die Stadt verfügt über ein einstimmig beschlossenes Entwicklungskonzept für die Stadt und für die Region. Daß das aber nur eine sehr lose Willensäußerung darstellt, und keineswegs Ausdruck ist einer gezielten Planmäßigkeit der Ausgaben bzw. einer Zweckmäßigkeit der Bedürfnishierarchie, so daß eine konzeptive dynamische Finanzverwaltung außerordentlich schwierig ist, wenn wir nicht Prioritäten nicht ganz klar definieren. Ich bitte alle hier im Raum sehr inständig darum mitzuwirken und auch her wieder im Dialog den Konsens zu diesem Prioritätenkatalog zu ermöglichen, denn das wird die Aufgabe der nächsten 10 Jahre sein, mit den vorhandenen Mitteln - Sie erinnern sich vielleicht noch an das Wortspiel, das ich gemacht habe, wenn die Luft dünn ist, muß man sich den Atem einteilen. Dünner geht es schon fast nicht mehr mit der Luft, der Atem ist auch schon fast weg, es wird also sehr notwendig sein, sehr sehr bewußt mit den Ressourcen finanzieller Art umzugehen. Die Schuldenstandsentwicklung, das haben schon Kollege Pimsl und auch Du, Herr Kollege Wippersberger, dargestellt, wobei in dieser Schuldenstandsentwicklung nicht beinhaltet ist die Beschwarnis aus dem ReinhaltEVERBAND. Die wird ja im Budget der Stadt nicht ersichtlich. Es würden uns die Grausbirnen aufsteigen, wenn wir das schon dazuaddieren könnten. Ich tue es jetzt nicht, weil die bloße Anmerkung dieser Tatsache an sich schon schlimm genug ist. 13.000 Schilling hat jeder Steyrer, wenn das Budget so hält, was sehr zu bezweifeln ist, am Ende des nächsten Jahres an Schulden. Und im nächsten Jahr wird jeder Steyrer Bürger S 1,475 Zinsendienst und Kapitaldienst, sprich Schuldendienst, zahlen müssen. Im Jahr 1980 waren es noch 747 Schilling. Im Jahr 1980 war auch die Pro-Kopf-Verschuldung noch S 7.100. Im Vergleich dazu 1987 S 13.000,-, oder in absoluten Zahlen 270 Millionen waren es Ende 1980 an Schuldenstand und Ende 1986 sind es ohne Reinhaltungsverband nicht ganz 490 Mill. Schilling, nicht ganz 510 Millionen Schilling, ich bitte um Entschuldigung. Die 490 Mill. S waren im Nachtragsvoranschlag 1986 herauszurechnen und wenn Sie sich erinnern, habe ich in der Budgetdebatte 1986 bzw. im Dezember 1985 von einer Schuldenprognose mit 488 Mill. S gesprochen, 489,9 sind es geworden. So sehr daneben bin ich bei meiner Betrachtung dann doch nicht gelegen. Zu der Zahl 510,2 Mill. möchte ich auch eine kleine Prognose wagen. Ich bin fest überzeugt, daß wir uns in die Nähe von 530 Millionen Schilling begeben werden und da muß alles gut gehen. Da müssen wir unerhört maßvoll sein bei den Spontanitäten, die sich in unserer Beschlußfassung ergeben können und da müssen wir unerhört erfolgreich sein bei der Dynamik der eigenen Einnahmen.

Zur Erinnerung noch einmal an meine Ausführungen beim Nachtragsvoranschlag. Der Schuldenstand beträgt per Jahresende bereits 93,2 % der bereinigten ordentlichen Einnahmen dieser Stadt Steyr. Bereinigt war also Gesamteinnahmen abzüglich Vergütungen abzüglich Rücklagenauflösung. Beim budgetierten Rücklagen-Nettoabgang von 10 Mill. S ist also noch einmal in Erinnerung zu führen, daß wir uns nicht

darauf verlassen dürfen, daß wir noch irgend etwas im Körbchen hätten. Wenn man die Rücklagenentwicklung nachvollzieht, so wird im Haushaltsvoranschlag 1987 nur mehr ein Bodensatz von 8,6 Mill. S Rücklagen vorhanden sein und ein anderer Ausdruck als der, daß der Speck weg ist, bleibt dazu nicht mehr zu sagen.

Der Querschnitt der Einnahmen der laufenden Gebarung ist heute schon im Detail in manchen Positionen gemacht worden. Ich möchte auch hier den Zeitvergleich, den bereits Kollege Pimsl angeführt hat, nochmals vertiefen und die Entwicklung der Einnahmen vom Jahr 1980 und einigen Zwischenjahren vor Augen führen. Ich teile nämlich eines nicht, nämlich die Ansicht, daß die Bewegung der Einnahmen eine arhythmische ist. Es hat nur einmal eine Extra-Systole gegeben, die war im Jahr 1985 durch die Nachzahlung, die aus dem Jahr 1983 stammt hat, z. B. bei der Gewerbesteuer war dieses Ergebnis. Diese, wie ich das genannt habe, Extra-Systole, das ist ein zusätzlicher Pulsschlag hat 55 Mill. S Gewerbesteuer im Jahr 1985 erbracht und das Defizit, das damit kompensiert worden ist, stammt aus dem Jahr 1983, wo nur 25,3 Millionen Gewerbesteuer angefallen sind. Sonst zeigt uns die Entwicklung, vom Jahr 1980 beginnend mit 32,7 Mill. S über 1984 mit 34,7 Mill., die doch beständige Dynamik auf 37 Mill. im Jahr 1986. Ich habe es nicht so deutlich gesagt im Jahr 1985, wie ich es jetzt sagen muß, weil es sich als wahr herausgestellt hat. Es war überbudgetiert die Erwartung in die Gewerbesteuer für das Jahr 1986. Die Enttäuschung, die wir im Jahr 1986 im Nachtragsvoranschlag erlebt haben, war eigentlich im Budget schon mit eingeplant, nur haben wir alle gehofft, daß sich die Befürchtung, daß keine Mehrzahlungen mehr daherkommen, nicht erfüllt. Das war jedenfalls ein sehr optimistischer Ansatz, wenngleich hier zum Teil scharfe Attacken geritten wurden, daß das Budget zu pessimistisch war. Die eher betrübliche Tatsache ist jetzt nicht das, daß ich mit 1986 mit 37 Millionen die Linie fortgesetzt sehen kann. Die betrübliche Tatsache ist die, daß jetzt ein Knick eintritt. Es ist nicht zu erwarten, daß dieser Aufwärtstrend weiter hält, so daß auch meiner Meinung nach jetzt korrekt budgetiert für das Jahr 1987 mit Einnahmen von 37,0 Millionen aus dem Titel Gewerbesteuer zu rechnen sein wird. Die Einnahmen aus Leistungen, auch eine sehr hohe Einnahmensquelle dieser Stadt, waren dynamisch vom Jahr 1980 mit 73,2 Millionen Schilling zum Haushaltsvoranschlag 1987 mit 107,8 Millionen S. Die eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteile einschließlich Unterschiedsbeträge weisen eine geringere Dynamik auf als die Einnahmen aus Leistungen. Im langjährigen Vergleich waren die Einnahmen aus Leistungen um 47,2 Prozent zunehmend, während die eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteile mit 37,4 Prozent zunehmend waren. Eine Stagnierung tritt hier ein in den Jahren 1985 und 1986, wo 1985 410 Mill. S als Summe angesetzt waren, 1986 aber nur mehr 401 Mill. S. Da klafft dieses Loch aus der Gewerbesteuer. Nur wenn man die Zahlen so vergleicht, klafft es eben doch nicht nur aus der Gewerbesteuer, sondern kommt aus einer Fülle von Einzelpositionen. 1987 mit dem Haushaltsvoranschlag budgetieren wir 415,7 Mill. S, und da wird, das wiederhole ich noch einmal, einiges gut gehen müssen, damit dieses Ziel erreicht werden kann. Die Summe des Haushaltsquerschnitts ist an sich eine sehr interessante Zahl, die spiegelt nicht wieder die Summe des Budgets sondern die Haushaltseinnahmen im Jahr 1980, Haushaltsquerschnitt-Einnahmensumme auf 570 Mill. S 1987 im Budget. Auch hier sehen wir die Diskrepanz oder die Unterschiedlichkeit zu 1986, also ziemlich gleich wie bei den eigenen Steuern und Ertragsanteilen. Sogar etwas mehr, was ja natürlich ist, weil die Leistungseinnahmen, die Transfereinnahmen und die sonstigen Einnahmen überdynamisch sind im Verhältnis zu den Steuereinnahmen. Diese Dynamik ist 41 Prozent. Rechnungsdirektor Schmidl hat ganz sicherlich die Prognose auf der langjährigen Durchschnittszuwachserwartung aufgebaut. Die langjährige Durchschnitts-Zuwachserwartung wird allerdings bei der Kanalbenützungsgebühr

überboten, weil wir von 1986 26,6 Mill. auf jetzt 31,6 Mill. budgetiert haben. Ich weiß, daß der Grund in den Tarifregulierungen begründet ist und daß darum der Zuwachs von 1985 auf 1986 ein geringer war, weil die Tarifregulierung nicht ganzjährig griffig war im Jahr 1986.

Die Lohnsummensteuer wurde rückläufig budgetiert, das wurde auch schon angeführt, weil wir im Jahr 1986 per Nachtragsvoranschlag 76 Mill. ausweisen, jetzt 75,5 Mill. Die triste Situation der Steyr-Werke und die sich daraus ergebenden zu erwartenden Schwächen in der allgemeinen Region rechtfertigen keine andere Darstellung als die im Budget stattgreifende. Passieren tut, so habe ich es beim Nachtragsvoranschlag gesagt, die negative Entwicklung natürlich bei den Ausgaben und nicht bei den Mindereinnahmen. Das wurde heute schon sehr deutlich angeführt. Ich bedanke mich bei beiden Sprechern der sozialistischen Fraktion für die Offenheit. Ich bedanke mich dafür, daß nicht versucht wurde zu beschönigen, sondern daß tatsächlich klargestellt wurde wo die Dynamik hinläuft. Ich brauche also die Leistungen für das Personal ebenso wenig anziehen wie den Verwaltungs- und Betriebsaufwand. Den möchte ich aber doch ein wenig erwähnen, weil die Zahl recht augenscheinlich vor Augen führt, wie sich das entwickelt. 1980 war Verwaltungs- und Betriebsaufwand 104,6 Mill. S, 1987 152,3 Mill. Das ist also eine ganz nette Steigerung dieser Verwaltungs- und Betriebsaufwandskosten. Man muß aber beim Vergleich nicht nur sagen, man verwaltet zu teuer, das wäre eine falsche Darstellung, man müßte ja den allgemeinen Preissteigerungsindex unterlegen, damit man den Vergleich tatsächlich durchführen kann. Hinterlegt man diesen allgemeinen Index, so stellt man aber dennoch eine Verteuerung des Verwaltungs- und Betriebsaufwandes fest. Was auch kein Wunder ist, weil ja die Dienstleistungssparte verbreitert wurde, korrekterweise verbreitert wurde. Nur teile ich absolut die Ansicht des Fraktionssprechers der sozialistischen Partei, daß im Bewußtsein der Stadtverwaltung es allmählich noch deutlicher wird werden müssen, daß wir nicht nur Dienstleistungsbetrieb sind, sondern daß die Stadtverwaltung, jedes einzelne Mitglied der Verwaltung, genau so wie das Kollegialorgan in Gruppe, eine hohe Managementfunktion ausüben muß. Das ist sehr deutlich gesagt worden, und da ist jeder Satz zu unterstreichen.

Was den Querschnitt der Ausgaben betrifft, so budgetieren wir sowohl in der laufenden als auch in der Vermögensgebarung einen kleinen Rückgang, der in einer Meinung nach nicht aufrecht zu erhalten sein wird, weil die einzelnen Voranschlagsgruppen außerordentlich vorsichtig budgetiert sind. Was diesen Rückgang betrifft, möchte ich sagen, aus kosmetischen Gründen ist hier etwas unterbudgetiert worden. Was den Optimismus auf Rückgang der laufenden Ausgaben betrifft, so möchte ich sagen die Rede höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!

Die grundsätzliche Forderung, die zu stellen ist, wenn wir - wie Kollege Wipbersberger das ausdrücklich gesagt hat - den Willen zur Budgetkonsolidierung haben, so ist tatsächlich - auch das wurde vom Fraktionssprecher der sozialistischen Partei schon gesagt - fortwährend zu prüfen jede einzelne Maßnahme auf Sparsamkeit, auf Zweckmäßigkeit und bitte auch auf Notwendigkeit. Zur Sparsamkeit möchte ich nur beispielhaft einen Posten anführen. 2,2 Mill. Abgang budgetieren wir aus der Pressestelle. Kein schlechtes Wort über das Amtsblatt, gut gemacht, aber teuer. Zur Zweckmäßigkeit stellt sich die Frage auch z. B. bei den Mietenaufwänden, die die Stadt zahlt für Kindergärten, Schulen, Horte und Jugendherbergen. Zur Notwendigkeit stellt sich die Frage nach den Maßnahmen Asphaltbahnen im Resthof und Tennisplatz im Wehrgraben.

Zu den Mietenaufwänden möchte ich die Anmerkung machen, daß wir hier meines Erachtens nach einen Fehler im Stadtstatut haben, weil das Bestandsverträge sind, also Verträge über Vermietung und Verpachtung außerhalb der Kompetenz des Kollegialorganes sind und rein der Kompetenz des Magistrates nach §48/3/4 zugewiesen sind. Vergleicht man die Statuten der beiden anderen Städte,

so entdeckt man unschwer beim Lesen einen Redaktionsfehler. Der Gesetzgeber hat nämlich nicht gemeint, daß Pachtverträge, die beispielhaft 1 Mill. S im Monat Pachtzins ergeben könnten, außerhalb jedes Kollegialbeschlusses sind, weil in anderen Städten dieser Paragraph heißt: Bestandsverträge über Wohnräume. Dort ist es auch richtig, daß da kein Kollegialorgan jede eigentliche Mietensfestsetzung beschließen muß. Aber es ist sachlich unrichtig und durch nichts gerechtfertigt, wenn der Magistrat ex officio nach Belieben Pachtzinse festsetzen kann und ein Senf dazu von irgendwoher niemals auf den Teller gelangen kann, weil der Teller gar nicht da ist. Die Reform des Stadtstatutes in dieser Hinsicht scheint jedenfalls außerordentlich dringlich geboten. Nicht etwa, weil ich jetzt vorwerfe, daß der Magistrat verantwortungslos umginge mit der Festsetzung der Pachtzinse, sondern weil ich meine, daß die Damen und Herren des Gemeinderates sehr wohl ein Anrecht darauf haben, hier mitzubestimmen und hier mitzubeschließen.

Zur Sparsamkeit möchte ich mir eine Anregung nicht verkneifen. Ich glaube, daß es sehr zweckmäßig wäre aus disziplinierenden Gründen für jeden einzelnen Mandatar, wenn bei den Vergabebeanträgen angemerkt wäre die Restkreditsumme auf der Voranschlagspost. Das Stadtrechnungsamt muß ohnehin beim Anbringen des Deckungsvermerkes das Buch prüfen und muß die Restkreditsumme ohnehin feststellen, sonst könnte der Deckungsvermerk nicht gebracht werden. Wenn wir den darauf hätten und wir wüßten in welchem Ausmaß - sicherlich ist es zumutbar, daß jeder für sich das fortschreibt, aber es ist dann eine Stadtbuchhaltung in jedem gemeinderätlichen Gehirn notwendig und das würde nicht ganz gut machbar sein. Wenn wir also wissen, was wir schon alles beschlossen haben und welcher von uns im Budget vermutlich einstimmig oder jedenfalls mehrheitlich beschlossene Rahmen uns zur Verfügung steht, dann würden wir wahrscheinlich über die eine oder andere vermeintliche Gefälligkeit an irgendwelchen Organisationen, Gruppierungen oder Stadtteilen sehr sorgfältiger überprüfen. Ich bitte wirklich, diese Anregung mit aufzunehmen. Das wäre ein erster Schritt als Hilfestellung dazu, daß wir uns in der Tat den Atem besser einteilen können und nicht nur davon reden.

Die Sparsamkeit, die wir alle miteinander jetzt fordern, hat aber ihre Grenzen, sie darf nämlich nicht genau dort einsetzen, wo es die Schwächsten trifft. Also auf dem Rücken der Schwächsten und ich unterstelle nicht, daß das jemand will, ich möchte nur deponieren, daß wir der gleichen Meinung sind. Die Sparsamkeit darf nicht auf dem Rücken der Schwächsten stattfinden, also nicht auf den Menschen lasten, die der Zuwendung der Stadt am meisten bedürften. Die Sparsamkeit sollte aber auch dort auftreten, wo die Stadt beispielsweise als Mieter auftritt. Es gibt ja verschiedene städtische Einrichtungen, die angemietet sind von verschiedenen nicht städtischen Einrichtungen. Hier, meine ich, wäre auch eine gewisse Sparsamkeit angebracht. Wer darüber nachdenken möchte, den lade ich herzlich ein, die entsprechenden Anschlagsposten im Haushaltsvoranschlag zu betrachten.

Der größte Ausgabenansatz, das Personalwesen, das wurde auch schon mehrfach erwähnt, auch die Prozentsätze zu den jeweiligen Vergleichsdaten des Haushaltswesens wurden erwähnt. Verglichen zu den eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen - das wurde noch nicht gesagt - sind es nämlich 52 Prozent. Das heißt, mehr als die Hälfte dieser Einnahmenquelle geht in das Personal. Die Schere zwischen eigenen Einnahmen und andererseits die Ausgaben für das Personal klafft weit auseinander, ohne Wahrscheinlichkeit, daß das geringer werden kann. Ich will jetzt damit nicht herausformulieren, daß ich für eine restriktive Bezugspolitik eintrete, im Gegenteil. Wohl erworbene Rechte und Gehaltserhöhungen sollten nicht in Zweifel gestellt werden. Aber wir müssen bei der Betrachtung der Personalkosten auch - da bitte ich schon die Personalkommission um die Gefälligkeit des Mitdenkens - daß Begünstigungen in der Tat

ausschließlich von Leistungen abhängig sein sollten und von gar nichts anderem. Denn wenn die Begünstigung allmählich der Standard wird, dann wird es zur Belobigung von auffälligen Leistungen notwendig werden, Überbegünstigungen zu treffen. Die werden dann allmählich wieder der Standard und dann brauchen wir die "Über-drüber-Begünstigung". In dieser Richtung wäre also das Gehalts- und Bezugsschema sehr wohl sehr ernst zu nehmen, weil sonst die Kontrolle über die Personalausgaben komplett entgleiten könnte. Es würde jetzt wieder eine Vorrückungsrunde stattfinden und wir werden da auch wieder Beträge erkennen können, die doch auch ins Gewicht fallen. Ich bitte die hohe Beamtenschaft um Nachsicht, ich bitte die hohe Beamtenschaft um Interpretation in der Richtung, daß ich kein beamtenfeindlicher Mensch bin, sondern daß ich Bezugsschemata ganz einfach aus meiner Berufserfahrung für sehr verbindlich kennengelernt habe.

Der zweite große Brocken - auch schon erwähnt - der Sozialbereich 124,8 Mill. gegenüber 48 Mill. im oH und davon zweifellos der größte Brocken, auch schon erwähnt, die allgemeine Sozialhilfe und das Altersheim. Die allgemeine Sozialhilfe erfordert Ausgaben von 31,3 Mill., die mit 11,6 Millionen budgetmäßig bedeckt sind. Davon entfallen allein auf die Zahlungen für Fürsorgepfleglinge im ZAH 10 Mill. und auf laufende Barleistungen an Sozialhilfeempfänger 11 Mill. S. Das Altersheim selbst bringt uns die Budgetzahlen, Ausgaben von 58,5 Millionen und Einnahmen von 32,1 Millionen. Das bedeutet also einen budgetierten Abgang von 26,4 Mill. S. Ich teile die Darstellung von Dir, lieber Kollege Wippersberger, daß man dazu die Zuwendung an die Fürsorgepfleglinge addieren muß, daß also eine Effektivbelastung von 36,4 Mill. S sich für das ZAH ergibt. Ich teile nicht ganz die Meinung, daß man die 4,5 Mill. S hier dazuaddieren muß, weil das eine einmalige Aufwendung ist. Im ZAH geht aber die Betrachtung jedenfalls auch auf die laufenden, also im oH budgetierten Kosten und Erträge. Es wird also unumgänglich notwendig sein, im ZAH eine Konzeption zu finden, die die Betreuung der Bedürfnisse unserer alten und verdienten Mitbürger kostengünstiger ermöglichen wird. Es ist nicht nur aus budgettechnischen Gründen unumgänglich, sondern auch aus menschlichen Gründen.

Erlauben Sie mir zum ZAH eine Situationsdarstellung mit Zirka-Zahlen. Der Beschäftigtenstand beträgt zur Zeit - Frau Stadtrat, Du bist so lieb und korrigierst mich, wenn ich das jetzt falsch sage,- ich habe das herausaddiert aus dem Dienstpostenplan - 208 Bedienstete, laut Dienstpostenplan wären es 209. Diese Bediensteten sind aufgeteilt in Verwaltung und zwei Pflegegruppen. Diese beiden Pflegegruppen betreuen ca. 200 Bewohner in der Pflegeabteilung und ca. 150 Bewohner in der allgemeinen Wohnabteilung. Das macht also aus einen Zirka-Belag von 350 Einwohnern im zentralen Altersheim. Diese 350 Einwohner sind, davon sind etwas mehr als 100 Teilzahler. Das widerspiegelt sich dann im Zuschußbedarf, der mit 11 Mill. S budgetiert ist. Eine Kostenoptimierung über den Tarif ist nicht möglich und auch nicht zulässig. Das haben Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion erkannt. Ich bedanke mich nochmals, wie schon in der letzten Sitzung, für das Einlenken zu diesem Thema und möchte wirklich noch einmal, Dir, Herr Bürgermeister, für Deine menschliche Größe, die Du in der Juni-Sitzung, die den ersten Antrag zum Gegenstand gehabt hast, bewiesen hast. Wenn es über den Tarif nicht möglich ist, wird es notwendig sein, die Kostenoptimierung bei den sonstigen Möglichkeiten zu suchen. Es wird also sehr notwendig sein, zielgerichtet vorzugehen und sich in Etappen dem Ziel zu nähern, nämlich folgendermaßen, daß zunächst einmal der Leistungsumfang im ZAH definiert werden muß, zum Zweiten aus diesem definierten Leistungsumfang den dafür erforderlichen Personalstand zu ermitteln und zum Dritten sonstige Möglichkeiten zur Defizitsenkung zu suchen, denn eine Defizitvermeidung ist völlig unreal. Das ist einfach eine kommunale Aufgabenstellung im sozialen Bereich und es ist undenkbar, daß dieses zentrale Altersheim kostendeckend arbeiten kann. Ich weiß, daß Dr.

Nones, der Amtsarzt dieser Stadt, in einer hervorragenden Arbeit mit all seiner ausgezeichneten Qualifikation an dem Thema ZAH gemeinsam mit dem Kontrollamt arbeitet. Ich habe den Optimismus für die Zukunft, daß diese Arbeit auch zu einem fruchtbringenden Ergebnis führen kann, wenn man tatsächlich die Ergebnisse dieser Arbeit einzusehen bereit ist, also die Definition des zu gewährleistenden Leistungsumfanges zunächst einmal ernst nimmt, sorgsam berät und sich auf diese dann festlegt.

Einige Worte zum derzeitigen Leistungsumfang. Natürlich werden die Patienten sorgfältig gewartet, betreut - das beinhaltet das tägliche Waschen. Ein wenig bedauerlich ist, daß mancherorts im ZAH um 3.30 Uhr, bitte liebe Kolleginnen und Kollegen, haltet Euch das vor Augen, Waschbeginn ist. Das beinhaltet die Tatsache, daß die Patienten regelmäßig gebadet werden, im erhobenen Durchschnittsfall ist das alle 14 Tage. Allerdings bei einer Gruppe von Patienten ist der Baderhythmus schlechtestenfalls 4 - 6 Wochen. Es ist also ungeheuer notwendig, den Leistungsumfang exakt zu definieren und auch den dafür notwendigen Personalbedarf zu erheben. Wobei ich meine, daß das einmal baden wöchentlich tatsächlich Mindeststandard sein sollte und daß ein Waschbeginn um 6 Uhr früh jedenfalls ein etwas zumutbarer ist als der um 3.30 Uhr.

Es wird also notwendig sein, eine bessere Dienstenteilung zu treffen. Aufopferungsvolle Arbeit allein wird nicht ausreichen, es wird und muß möglich sein, den Dienst besser und gleichmäßiger zu verteilen. Daß der Tagdienst sicherlich besser in Menge arbeiten kann als der Nachtdienst ist eine Milchmädchenweisheit. Die wird also hoffentlich hier eindringen können. Daß kleinere Arbeitsgruppen überschaubarere Arbeitsergebnisse bringen, weiß man in der Wirtschaft seit langem, man divisioniert, man bildet Gruppen. Nur im ZAH sind es zwei riesige Gruppen. Kleinere Gruppen, die über bestimmte Anzahlen von Betten verantwortlich sein können, werden sicherlich ein besseres Pflageresultat ergeben, wobei ich die Leistung der einzelnen Tätigkeiten nicht herabwürdigen möchte. Ich glaube nur, daß man Hilfestellung leisten muß von der Aufsicht her, daß die gute Leistung effektiver dargeboten wird. Es wird auch notwendig sein, eine ärztliche Aufsicht über das Pflegepersonal einzurichten. Und soviel ich höre, das gibt Grund zur Hoffnung, ist Dr. Nones bereit, diese ärztliche Aufsicht auszuführen. Man sieht also, daß sehr gewissenhaft ohnehin am ZAH gearbeitet wird. Nicht nur aus budgetärer Sicht, sondern auch aus der menschlichen.

Gedanken zur Defizitsenkung im ZAH. Defizit senken kann man entweder über Kostenminderung oder über Einnahmensteigerung. Einnahmensteigerung wäre möglich über eine Erhöhung der Bettenanzahl bei gleichbleibendem Personalstand. Das ist wieder denkbar, wenn es gelingt, die Dienstleistung zu optimieren anhand eines neuen Organisationskonzeptes. Eine Verbesserung der Bettenanzahl ist möglich, wenn wir uns vor Augen halten, daß wir jetzt auch Fehler gemacht haben und Dreibettzimmer neu gebaut haben, wo bei gleichem Platzbedarf entweder zwei Zweibettzimmer oder ein Vierbettzimmer, je nach Pflegeerfordernis, zu installieren wären. Ich glaube, den Appell an Sie alle richten zu können, daß wir bei der zukünftigen Erweiterung des ZAH diesen Grundsatz beachten sollten. Wir werden 4,5 Mill. S. laut außerordentlichem Haushalt dafür aufwenden, daß die neuen Krankenzimmer in der Raumreserve errichtet werden. Das ist der zweite Schritt zur Defizitsenkung, daß man nicht neu baut, sondern vorhandene Raumreserven ausnützt und adaptiert. Der dritte wäre die bessere Bettenausnützung. Ich will jetzt nicht verlangen, daß 2 Pensionisten in einem Bett liegen müssen, wenn Sie nicht wollen. Aber ich meine, daß sich im Bestand des ZAH sich ein gewisser Bodensatz an Leerbetten ergibt durch eine Konstanz im Krankenhausaufenthalt. Und daß man in der Abteilung schwere Pflegefälle sicherlich durch manipulieren an den Betten, also die schwer kranken Patienten nicht am Ort zu belassen, sondern im Raum zu verändern, Raumreserven noch wird finden können und damit die Möglichkeit

sich ergeben könnte, wie es heute schon mehrfach gesagt wurde, diese dringlichen Wartelisten, die ungeheuer groß und ungeheuer bedauerlich sind, kurzfristig zu verkürzen. Das wäre eine zusätzliche Anregung.

Die zweite Seite zur Defizitminderung ist natürlich die Einnahmenseite. Da ist - das wurde auch in einer Pressekonferenz vergangene Woche ausgedrückt - ein Vertrag mit den Krankenkassen anzustreben für eine teilweise Leistungshonorierung. Zur Gänze wird es ja nicht gehen, weil wir ja kein Krankenhaus sind und ich glaube, wir müssen froh sein, wenn wir keines werden, weil die Kosten sonst ungeheuer groß wären. Es wäre auch möglich, Zivildienstler als Helfer im ZAH einzusetzen. Ich glaube nämlich, daß ein Zivildienstler, der im sozialen Bereich lernt, den Menschen zu dienen, wesentlich mehr für sein Leben mitnimmt, als einer, der bei der Post- und Telegrafienverwaltung Pakete schupfen muß. Die Annehmlichkeit dazu wäre dann zweifellos eine billigere Arbeitskraft im ZAH und Zusatznutzen, die jungen Leute lernen sozial denken und sie lernen, was gar nicht mehr so selbstverständlich ist, zu sehen, daß es auch alte Menschen gibt mit all den Schwierigkeiten und Nöten, in denen sich diese befinden. Was sieht denn der junge Mensch? Er dreht seinen Fernseher auf und sieht die strahlende Jungfamilie oder er sieht den Opapa rüstig dank Biovital am Fahrrad und alles mögliche. - Aber das Elend, das sich in den Pflege- und Krankenabteilungen der Altersheime verbirgt, das erfährt er nicht. Das ist ein schwerer Mangel, das täte ihm durchaus gut, und zwar jedem jungen Menschen. Wenn man einmal zu übermütig wird, so empfehle ich dringend den Gang in die Pflegeabteilung, dort lernt man wieder demütig sein und dort lernt man wieder dankbar sein mit dem bißchen Gesundheit, das einem vergönnt ist.

Als dritten Punkt glaube ich, daß auch der Teilzeiteinsatz von Pflegerinnen durchaus erstrebenswert sein wird, weil die größte Arbeitsbelastung in den Vormittagsstunden in einer derartigen Anstalt anfällt, so daß die Leute dann dort arbeiten sollten, wann die Arbeit da ist. Teilzeitbeschäftigte als Pflegerinnen wäre auch eine der Maßnahmen zur Kostensenkung. Die letzte Position, die ich zu diesem Thema anführen möchte, wäre die Forderung nach einer exakten Kostentrennung. Das ZAH ist kostenmäßig belastet von einer ganzen Anzahl von Gemeinkosten, die sich aus anderen Positionen ergeben. Die Beheizung der Seniorenwohnhäuser erfolgt über das Heizwerk des ZAH, die Seniorenwohnhäuser Tabor. Die Aufbereitung der Verpflegung für Essen auf Rädern, für die Magistratsbediensteten und für sonstige Stellen außer dem Haus, erfolgt in der Küche des ZAH. Die Gemeinkosten, die sich daraus ergeben, bleiben allein im Budget des ZAH. Das glaube ich, wäre eine notwendige Korrektur und der erste Schritt in eine kostenbewußte und dynamische Verwaltung des ZAH, die zweifellos nützt.

Ich habe diesem Abschnitt sehr viel Raum gewidmet, weil ich meine, daß wir über bewußte Probleme auch bewußt nachdenken sollten. Ich bin in der Befindlichkeit, daß Sie das nicht als Arroganz von mir auslegen oder als Gescheitseinwollen, sondern nur als Versuch das zu tun, was ich immer angekündigt habe, nämlich aktive Beiträge zu einem Fortgang im kommunalen gemeinsamen Interesse zu liefern.

Zu den Zahlen der Einnahmen des oH ist an sich nichts mehr hinzuzufügen, es sei denn, es wäre tatsächlich auch physisch erschöpfend. Das möchte ich Ihnen allen nicht antun.

Zum aoH hätte ich noch einige Anmerkungen. Wir erleben wieder diese Budgetbumerangs, die vorhanden sind, per Nachtragsvoranschlag verschwinden und per nächstem Haushaltsvoranschlag wieder da sind. Manche bumerangen da jahrelang so dahin, ohne daß jemals etwas geschieht.

Die größten Positionen, die wir bei Durchsicht des aoH finden, da muß man vergleichen den Voranschlag 1986 mit dem Nachtragsvoranschlag und den Voranschlag 1987. Gebäude Wehrgraben, Voranschlag 1986 3 Mill, Nachtragsvor-

anschlag 0, jetzt wieder 3 Millionen. Lärmbekämpfung, Voranschlag 1986 300.000, Nachtragsvoranschlag 54.000,-, jetzt 300.000,-. Aufschließung Tabor 2 Millionen, dann 0, jetzt 800.000,-. Die Dauerposition Kronbergweg, Voranschlag 500.000,-, Nachtragsvoranschlag 0, jetzt 400.000,-. Wiedergekehrt sind auch die Lehar- und Konradstraße, das ist aber verständlich, da habe ich nämlich wirklich die Meinung, daß das im nächsten Jahr tatsächlich realisiert wird. Die Sanierung der Pfarrstiege ist auch eine Erinnerungspostition, die uns mit S 250.000,- jährlich verfolgt und dann auf 0 verschwindet und wieder erscheint. Ich hoffe, daß die Pfarrstiege heuer nicht nur hilft, Einsparungen im aoH am Jahresende zu feiern, sondern tatsächlich auch einmal gemacht wird. Nicht ganz verstehen tu ich den Bumerang bei der Mayrstiege. Die Mayrstiege begleitet uns auch durch das Leben über Jahre mit S 250.000,-, verschwindet im Nachtrag auf 0 und erscheint, o Wunder, nur mehr mit S 50.000,- wieder. Ich weiß nicht, was man mit S 50.000,- bei der Mayrstiege überhaupt machen kann als viermal jährlich waschen. Eine ganze Reihe anderer Positionen hat in ihrer Gewichtigkeit stark abgenommen. Die Kanalisation Grubergründe z. B. war im Voranschlag 1986 mit S 500.000,- drinnen, ist im Nachtragsvoranschlag verschwunden und taucht wieder auf mit nur S 10.000,-. Ich weiß nicht, wieviel Kanal auf den Grubergründen um 10.000 S gebaut werden wird können, es sei denn, man wird damit einige Gullyabdeckungen finanzieren wollen.

Die Gewerbegründe Ennser Straßen-Kanalbauten waren budgetiert für das Jahr 1986 mit 1,3 Millionen, im Nachtragsvoranschlag auf 0 reduziert, und steht jetzt wie der Phönix aus der Asche mit nur mehr 200.000 Schilling auf. Entweder brauchen wir dort weniger Kanäle oder ist die Position im allgemeinen Kanalbauprojekt untergegangen.

Der Straßenbau Mühlbauergründe wäre auch so ein typischer Fall über Budgetdynamik, wenn man es so nennen will. Im Voranschlag 1986 mit S 500.000 budgetiert, per Nachtragsvoranschlag nach Durchführung von Maßnahmen auf 95.000 reduziert, heuer halten wir beim neuen Anschlag S 100.000,-. Meinen Sie nicht auch, daß da eine deutliche Spanne zu erkennen ist, genau so wie z. B. bei der Kanalisation Münchenholz. Wir meinten im vergangenen Jahr, 3 Mill. zu investieren, haben vor einem Monat die Feststellung getroffen, daß es real S 407.000,- waren und jetzt kommt die für mich erstaunlichste Position, der Kanal Münchenholz soll im nächsten Jahr mit S 10.000,- dotiert sein. Hier verstehe ich einiges nicht. Ich bin mir sicher, daß ich Aufklärung am Ohrfeigenweg dafür erfahren werde für Ungezogenheit und Äußerung von unangenehmen Zahlen.

Über die weiteren Details des Haushaltsvoranschlages wird es ja am heutigen Tag noch Gelegenheit geben, zu sprechen. Ich kann als Sprecher meiner Fraktion vorweg nur die Zustimmung zum Haushaltsvoranschlag 1987 ausdrücken. Ich meine, daß wir gemeinsam sehr viel zu tun haben, wenn wir die großen Probleme alle bewältigen wollen. Ich appelliere inständig an die Gemeinsamkeit, ich erinnere noch einmal an meine Eingangsbitte nach einem aktiveren Dialog, der zu einem aktiven Konsens führen kann und nicht zu einem passiven Ja-Sagen, weil ich noch einmal in Erinnerung rufen möchte, daß das Ergebnis aus passivem Ja-Sagen nicht so erfolgsträchtig sein kann wie ein Ergebnis aus einem aktiven Konsens.

Den Bürgern dieser Stadt entbiete ich von diesem Ort aus die Wünsche, daß das Jahr 1986 in wirtschaftlicher Hinsicht nicht noch enttäuschender ausfallen wird als es sich vor uns abzeichnet. Ich wünsche uns allen hier im Raum für das Jahr 1987 inneren Frieden in der Gemeindestube. Ich wünsche Euch allen, liebe Kolleginnen und Kollegen das Wichtigste, das der Mensch haben kann, Gesundheit, ich wünsche das ebenso der hohen Beamtschaft und allen Bediensteten des Hauses und bitte den Herrn Magistratsdirektor, diese Grüße der ÖVP-Fraktion der Beamtschaft zu vermitteln. Ich wünsche Ihnen allen, es sind ja nur mehr 13 Tage hin, von ganzem Herzen gesegnete Weihnachten.



BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag namens der ÖVP-Fraktion.
Kollege Ramoser ist der nächste Sprecher.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich kann den schönen Worten der ÖVP nicht folgen. Ich kann auch diesem Budget die Zustimmung nicht geben und möchte dies ganz kurz begründen. Es hat mich die letzten zwei Tage gekostet. Ich werde zu diesem Budget keine Stellung abgeben, da mir nach § 11 des Gemeindestatutes der Stadt Steyr nicht die Gelegenheit gegeben wurde, mich über alle Angelegenheiten, die im eigenen Wirkungsbereich der Stadt liegen, zu unterrichten. Meine klar formulierte Frage nach dem Pachtvertrag über das Sportheim Münchenholz wurde zuerst von OAR Brechtelsbauer, der die Liegenschaft hier verwaltet, mit dem Satz beendet - das finde ich für eine neue kleine Partei fürchterlich -: Herr Ramoser, wenn Sie so weitermachen, wird Ihnen etwas passieren. Meine Damen und Herren, ich lasse mir nicht drohen, egal von wem. Ich finde das als eine arge Drohung, wenn mir ein Magistratsbeamter hier sagt, da wird Ihnen etwas passieren. Nach dieser Drohung, die ich ernst nahm, ging ich zugleich zum Bürgermeister, der diese Drohung als Spaß, so wie Sie, und als nicht ernst zu nehmend ansah. Auch stellte ich Bürgermeister Schwarz die gleiche Frage nach dem Pachtvertrag, worauf dieser den Magistratsdirektor Dr. Franz Knapp konsultierte. Der Magistratsdirektor bezeichnete schließlich die Frage nach dem Pachtvertrag als eine zivilrechtliche und verweigerte auch die Einsicht in den Vertrag. Diesen Pachtvertrag durfte ich nicht sehen. Ich frage mich warum? Danke.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Redner hat ausgesprochen. Aus Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Meine Herren Vizebürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der zur Beschlußfassung vorliegende Haushaltsvoranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 1987 weist ein Gesamtvolumen von 677 Millionen Schilling aus und ist die Grundlage für die Tätigkeit des Gemeinderates im kommenden Jahr. Gegenüber dem Voranschlag 1986 ist damit nur ein Zuwachs von rund 29 Millionen Schilling zu verzeichnen und zum Vergleich zum Nachtragsvoranschlag 1986 verringert sich sogar das Gesamtvolumen um 3,4 Millionen Schilling. Die Ausgaben für den ordentlichen Haushalt 1987 betragen rund 579,3 Millionen, die im außerordentlichen Haushalt 97,7 Millionen Schilling. Da keine Mittelzuführung vom oH an den aoH erfolgt, müssen zur Finanzierung des aoH Grund- und Gebäudeverkäufe in der Höhe von 30 Millionen getätigt werden. Weiters durch Darlehensaufnahmen von 30 Millionen Schilling und der Entnahme aus Rücklagen in der Höhe von 10 Millionen Schilling. Und die restlichen 18,3 Millionen S zur Deckung des Abganges im aoH werden durch Mehreinnahmen bei den Kapitaltransferzahlungen von Bund und Land erwartet bzw. erfolgen durch weitere Darlehensaufnahmen am teuren Kreditmarkt. Der Voranschlag der Stadt Steyr für 1987 widerspiegelt die triste Finanzlage mit zunehmender weiterer Verschuldung, die bereits in der derzeitigen Pro-Kopf-Verschuldung von über S 12.800,- zum Ausdruck kommt. Zum Vergleich: Ende 1982, vor vier Jahren, betrug die Pro-Kopf-Verschuldung S 8.600,-. Die Einnahmen stagnieren, während vor allem die Pflichtausgaben an das Land Oö. bedrohlich zunehmen und daher appellierte der Finanzreferent Vizebürgermeister Wipbersberger in seiner Budgetrede zur Sparsamkeit. Was er bei der Aufzählung jedoch vergessen hat, ist die Tatsache, daß die Ursache für die zunehmende Aushöhlung der Stadtfinanzen die ungerechte Verteilung der Mittel über das

Bundesfinanzausgleichsgesetz ist, das seine Parteifreunde einschließlich der ÖVP und FPÖ beschlossen haben. Die Leidtragenden sind letztlich die Bürger unserer Stadt, auf welche die Lasten durch Gebühren- und Tarifierhöhung abgewälzt werden. Aufgrund des verlangsamten Wachstums der kapitalistischen Wirtschaft, bei gleichzeitiger Einführung neuer Technologien und verschärfter Rationalisierung in Verbindung mit dem Profitdiktat, hat sich ein grundlegender Wandel ergeben. Von SPÖ und ÖVP-Spitzenpolitikern wird den Arbeitern, Angestellten sowie auch den Pensionisten der Gürtel enger geschnallt. Beim Lohn und Gehalt, bei den Sozialleistungen kommt es zu Kürzungen und die Arbeitsplätze werden drastisch verringert. Und diese Politik, die Beibehaltung der Sozialpartnerschaftspolitik und ihre Auswirkungen, kommt auch im Budget der Stadt Steyr für das Jahr 1987 zum Ausdruck. Ich unterstreiche dies, da ich das bei den Reden der Sprecher von SPÖ und ÖVP ebenfalls so empfunden habe. Das sogenannte Sanierungskonzept - wir als KPÖ sagen dazu die beispiellose Arbeitsplatzvernichtungspolitik der Herren Androsch und Voisard bei Steyr-Daimler-Puch - trifft einen entscheidenden Lebensnerv der Stadt Steyr und greift tief in das Lebensschicksal vieler Menschen ein. Der Aufsichtsrat der Steyr-Daimler-Puch AG hat bekanntlich am 27. Oktober 1986 das neue Strukturkonzept beschlossen, das weit über das seit einem Jahr realisierte Unternehmerkonzept 90 hinausgeht. Demnach wird die einheitliche Konzernstruktur zerschlagen, die Standorte Letten und St. Valentin sollen aufgelassen werden. Die umfangreiche Rationalisierungs- und Schrumpfsplanung wird verschärft fortgeführt. Aufgrund des verlangsamten Wachstums der kapitalistischen Wirtschaft werden die Produktionskapazitäten um ein Drittel zurückgenommen und gleichzeitig soll die Produktivität um etwa 25 Prozent gesteigert werden. Aber diese Orientierung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bedeutet nichts anderes, daß hunderte Steyrer Arbeiter und Angestellte im nächsten Jahr ihren Arbeitsplatz verlieren. Von den rund 15.000 Beschäftigten im Konzern sollen bis Ende 1987 2.500 abgebaut werden, darunter wieder ein Großteil aus der Region Steyr und unserer Stadt. Und Generaldirektor Voisard hat Ihnen ja hier im Sitzungssaal des Gemeinderates kürzlich angekündigt, der Konzern wird auf jeden Fall verkleinert, Unternehmerrbereiche werden ausgegliedert und Kooperationspartner im Ausland werden gesucht.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wenn dieses Konzept realisiert wird, und alles deutet darauf hin, dann verliert jeder vierte Arbeiter und Angestellte im Steyr-Werk seinen Arbeitsplatz. Es ist und bleibt die Tatsache, daß die Steyr-Daimler-Puch AG der mit Abstand größte Steuerträger der Stadt Steyr ist und aufgrund der derzeitigen Wirtschaftslage wird die Gewerbesteuer laut Voranschlag von 53 Millionen um 16 Millionen auf nur mehr 37 Millionen Schilling absinken.

Wie aus den Ziffern und Zahlen des Budgets ersichtlich ist, bedeutet die Zertrümmerung und der Verlust von hunderten Arbeitsplätzen in den Steyr-Werken nicht nur vermehrte Arbeitslosigkeit in der Stadt und in der Region Steyr, sondern zugleich auch eine Verringerung der Steuereinnahmen für die Stadt, und damit verbundene Senkung der Kaufkraft der Bevölkerung. Das wieder trifft den Handel, die Geschäftsleute und die Klein- und Mittelbetriebe der Stadt und der gesamten Region und gefährdet weitere Arbeitsplätze. In der Lage müßten alle Gemeinderatsparteien gemeinsam den Kampf gegen die Schrumpfung und Vernichtung der österreichischen Fahrzeugproduktion im Raum Steyr führen, nur so kann meiner Meinung nach gerettet werden, was noch zu retten ist. Auch die allgemeine Wirtschaftsflaute kommt dadurch zum Ausdruck, daß das Wirtschaftsforschungsinstitut für 1986, also für das laufende Jahr, mit einer Wachstumsrate der Wirtschaft von nur 2 Prozent rechnet. Für 1987 werden ebenfalls 2 Prozent Wirtschaftswachstum prognostiziert bei gleichzeitig steigender Arbeitslosenrate von heuer durchschnittlich 5 auf 5,5 Prozent im Jahre 1987.

Der SPÖ-Sprecher Vizebürgermeister Wippersberger ist für Einsparungen im Haushaltsvoranschlag und der ÖVP-Fraktionssprecher Vizebürgermeister Holub warnte bereits vor weiteren Begehrlichkeiten. Jedoch beide gemeinsam zeigen keinen Sparwillen und weniger Begehrlichkeiten in eigener Sache. Die Bezüge und Pensionen der Mandatäre wachsen weiter an. Im ordentlichen Haushalt in der Gruppe 0 werden dafür bereits 10,2 Millionen Schilling präliminiert. Bei dieser Ausgabenpost könnte man, so meinen wir, wirklich echt einsparen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß die Bezüge der Politiker zu hoch sind und gerade in Zeiten, in denen man das Sparen predigt, müßte man zumindest auf die Erhöhung verzichten.

Die Entwicklung der Stadtfinanzen zeigen die 12 wichtigsten Einnahmeposten des oH gegenüber dem Voranschlag 1986. Demnach kommt es zu einer Einnahmeverringerung um über 4 Millionen Schilling, obwohl die Gemeindeabgaben durch die Grundsteuer B um 800.000,-, die Lohnsummensteuer um 2,5 Millionen, die Getränkesteuer um 3,5 Millionen, die Lustbarkeitsabgabe um 200.000,- S, die Kanalbenützungsgebühr um 3 Millionen und die Müllabfuhrgebühr um 2 Millionen, zusammen um 12 Millionen Schilling mehr erbringen. Der Grund dafür liegt darin, daß sich die Gewerbesteuer um 16 Millionen verringert und dazu kommt, daß die der Stadt zustehenden Abgabenertragsanteile um nur 10 Millionen von 192 auf 202 Millionen erhöht veranschlagt wurden. Hingegen haben die Beiträge der Stadt nach dem Finanzausgleichsgesetz vom 1. 1. 1985 beziehungsweise den Krankenanstaltengesetz als auch für Landesumlage und Krankenanstaltensprengelbeitrag eine insgesamt weitere steigende Tendenz. Dafür müssen bereits 42 Millionen an das Land Oö. abgeführt werden. Und zwar steigt die Landesumlage um 1,6 auf 22 Millionen und der Krankenanstalten-Sprengelbeitrag um 1,5 Millionen auf 20 Millionen Schilling an. So zum Beispiel sind im ordentlichen Haushalt Gruppe 5 Gesundheitsdienst und Maßnahmen für den Umweltschutz rund 25 Millionen Ausgaben vorgesehen, jedoch vier Fünftel davon müssen am Krankenanstaltenbeitrag an das Land Oberösterreich entrichtet werden. Wenn man nur diese zwei Abgaben an das Land Oö. mit 42 Millionen und den Schuldendienst mit bereits 56,6 Millionen zusammenrechnet, werden 98,6 Millionen Schilling oder rund 17 Prozent der Einnahmen im ordentlichen Haushalt dafür ausgegeben. Insgesamt müssen 1987 bereits 70 Millionen an das Land abgeführt werden. Und die Stadt bekommt an Bedarfszuweisung nur rund 23 Millionen vom Land. Dies ist mit ein Grund, daß sich der Schuldenstand der Stadt mit Ende des Finanzjahres 1987 auf 510 Millionen Schilling erhöht. Dazu kommt, daß die Stadt eine immer größer werdende Zahl von Aufgaben im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, im umweltpolitischen und infrastrukturellen Bereich zu bewältigen hat. Jedoch gemessen an den Aufgaben sind die Städte und Gemeinden am schlechtesten mit finanziellen Mitteln ausgerüstet. Den Städten und Gemeinden sind zwar formal weitgehende Autonomie- und Mitbestimmungsrechte eingeräumt, aber wie Sie selbst sehen, wird die tatsächliche politische und finanzielle Autonomie durch die Finanzpolitik des Bundes und des Landes eingeschränkt. Es sind nämlich die sogenannten Richtlinien der Oö. Landesregierung, die sich in erpresserischer Weise in die Tarifpolitik der Gemeinden, so auch der Städte einmischen und ihnen ohne Rücksicht auf deren Autonomie gezielt die Höhe der Gebühren, z. B. für Müllabfuhr, für Wasserbezug und Kanalbenützung vorschreiben. So wird in unserer Stadt durch die Kanalbenützungsgebühr um 3,6 Millionen Schilling mehr eingehoben, sie steigt von 29,6 auf 33,2 Millionen an. Sollte jedoch die Stadt bei der Tarifgestaltung Zurückhaltung üben und die Gebühren nicht steigern, wie dies die ÖVP- und SPÖ-Landesregierung vorschreibt, dann wird mit der Streichung von Bedarfszuweisungen und Förderungsmittel gedroht.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Sie wissen ja selbst, daß jedes

jedes Gerede von Gemeindeautonomie von Ihren Landes- und Bundespolitikern eine ausgesprochen Farce bleibt solange rund 90 Prozent der kommunalen Haushaltspläne aus gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtausgaben bestehen und die Gemeinden nahezu möchte ich sagen keinen Spielraum für selbständige Ausgaben und eigene notwendige Projekte besitzen. Also, der Ruf allein nach mehr Gemeindeautonomie ist nach Auffassung der KPÖ-Fraktion zu wenig. Denn in der Tat könnten die 445 öö. Gemeinden, eingeschlossen die Stadt Steyr, eine größere finanzielle Bewegungsfreiheit erlangen, wenn die SPÖ-Politiker im Landtag mit dem öö. Gemeindereferenten Dr. Grünner an der Spitze, einen wirksamen Kampf gegen die Benachteiligung der Gemeinden durch die Bundes- und Landesregierung führen würden. In einer tristen Finanzlage, wie man sie in vielen öö. Gemeinden vorfindet, könnte man beispielsweise mit der Streichung jener 60 Millionen Schilling im Landesbudget beginnen, die zur Finanzierung der drei Landtagsparteien aus dem Steuertopf dienen. Mehr als 100 Millionen Schilling werden im Jahr 1987 die öö. Landespolitiker kosten. Für die 56 Landtagsabgeordneten werden 63,5 Millionen ausgegeben, für die 9 Mitglieder der Landesregierung 37,6 Millionen Schilling. Das sind zusammen, einschließlich der Politikerpensionen, rund 103 Millionen Schilling oder um 3,6 Millionen Schilling mehr als 1986. Im vergangenen Jahr flossen - vielleicht wissen Sie es selbst - rund 850 Millionen in Österreich in die Parteikassen der SPÖ, der ÖVP und auch der FPÖ. Das sind also jene Spitzenpolitiker der ÖVP, SPÖ und FPÖ, die dem Volk einreden, der Staat habe kein Geld und die Bevölkerung müsse eben Opfer bringen. Also diese Herren predigen Wasser und trinken Wein. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist auch kein Zufall, daß die Region Steyr zum wirtschaftlichen Notstandsgebiet wurde, zumal es gewaltige Versäumnisse durch die politisch und wirtschaftlichen Verantwortlichen kam. Trotz jahre- und jahrzehntelangen Beteuerungen und Versprechungen, liegt z. B. die Verkehrssituation noch immer völlig im argen. Steyr ist abgekoppelt von den zentralen Bahn- und Straßenlinien. Und gerade für die Pendler des Krisenraumes Steyr wäre eine Verbesserung der ÖBB-Verbindung in den wirtschaftlichen Zentralraum von besonderer Bedeutung. Notwendig wäre eine verstärkte Führung von Personen- und Eilzügen nach St. Valentin und zurück und damit verbunden die Berücksichtigung der verstärkten Anhaltung von Schnellzügen der Westbahnstrecke. Es gibt kaum eine oberösterreichische Region, in der so wenig für die verkehrsmäßige Aufschließung getan wurde. Dies ist auch einer der Punkte, an dem das Versagen von Bundes- und Landesregierung offensichtlich wird. Eine solche Politik widerspricht jeder wirtschaftlichen Vernunft, somal sie längerfristig zu Investitionsunlust der bestehenden Betriebe führt und auch offen gegen Betriebsneuansiedlungen gerichtet ist. Und diese negative Entwicklung wird dadurch wesentlich verschärft, daß der bedeutsamste Betrieb der Region, die Steyr-Werke, in die Politik der Rückentwicklung eingebunden ist. Am gravierendsten wirken sich aber die Maßnahmen der Steyr-Werke aus, die Massenkündigungen vorsehen. Dadurch wird das Arbeitslosenheer verstärkt. Es gibt heute bereits über 2100 Arbeitslose in der Stadt und der Umlandregion und was dabei das Traurigste ist, sind davon ein Großteil junger Menschen unter 15 Jahren. Unzählige Familien sind mit der Tragödie der Jugendarbeitslosigkeit konfrontiert, die zu großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen führen. Hier versagt ein System, ein System der freien Marktwirtschaft, das sich so gerne auf die Menschenrechte beruft, aber nicht einmal seinen jungen Bürgern Arbeit geben kann bzw. ihre Arbeitsplätze sichert. Daher verlangt die KPÖ-Fraktion, daß die Bundes- und Landesregierung für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen die Sonderförderungsaktion für die Region Steyr sofort gewährt und zwar wirkungsvoller als bisher, wobei Maßnahmen gesetzt werden müssen, die für die krisengeschüttelte Region Steyr eine echte Hilfe bedeuten,

in erster Linie für die Arbeiter und Angestellten.

Im Haushaltsvoranschlag unserer Stadt sind 6 Millionen für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen vorgesehen.

Für den Bau der Lehrwerkstätte der Steyr-Werke 1 Million und für das BMW-Motorenwerk werden 2,5 Millionen bereitgestellt, die nach meiner Rechtsauffassung erst bei Erfüllung des Vertrages durch das BMW-Motorenwerk - 60 Prozent der Beschäftigten müssen aus der Stadt Steyr stammen - ausbezahlt werden dürfen. Ich habe kürzlich im Zusammenhang mit dem Förderungsabschluß der 3. Ausbauphase des BMW-Motorenwerkes erklärt, daß es heute in der "freien Marktwirtschaft" gängige Praxis ist, daß arbeitsschaffende Investitionen vom Staat, Land und Stadt gefördert und subventioniert werden. Aber im Fall BMW übersteigt diese Förderung mit rund 2,2 Milliarden Schilling oder mehr als ein Fünftel (22 Prozent) der Gesamtinvestitionen eindeutig die Grenzen der Verantwortlichkeit. Außerdem muß dabei auch festgestellt werden, daß die Wirtschaftsförderung nicht ins kommunale Aufgabengebiet fällt, was erfreulicherweise in der Budgetrede unseres Finanzreferenten Wippersberger unterstrichen wurde.

Der Gesamtförderungsbetrag der Stadt Steyr für BMW wird nach dem Endausbau, ungefähr 1990, über 150 Millionen Schilling betragen, das ist immerhin bereits ein Viertel des derzeitigen Schuldenstandes und in letzter Konsequenz muß diese Förderungspolitik die Bevölkerung bezahlen. Gleichzeitig, meine Damen und Herren des Gemeinderates, zeigt der Voranschlag, daß man sich gegenüber den Gewerbetreibenden unserer Stadt äußerst zugeknöpft zeigt und nur S 500.000,- an Gewerbeförderung im aOH sowie im oH S 650.000,- präliminiert. Obwohl, meine Damen und Herren des Gemeinderates - auch das ist heute schon zum Ausdruck gekommen - der Großteil der 37 Millionen Gewerbesteuer von den vielen Gewerbebetrieben unserer Stadt erbracht wird. Z. B. die Steyr-Werke zahlen dazu keinen einzigen Schilling. Das BMW-Motorenwerk hat seit der Errichtung bis heute keine Gewerbesteuer an die Stadt Steyr entrichtet. Ich könnte noch andere ~~Löwen~~Unternehmungen in unserer Stadt aufzeigen. Das heißt anders ausgedrückt, die vielen Gewerbetreibenden der Stadt Steyr zahlen gemeinsam mit der übrigen Bevölkerung die Millionenförderung der Großen.

Viele Umweltprobleme in Steyr hängen eng mit dem Fahrzeugverkehr zusammen. So donnern durch das Wohngebiet Tabor-Resthof nach wie vor Lastwagen und Pkw. Seit 1984 liegt nun ein Verkehrskonzept der KPÖ-Gemeinderatsfraktion zur Verkehrsberuhigung in den Rathausschubladen. Nach einem von mir im Jahre 1985 eingebrachten Vorschlag hat die Stadtverwaltung mit der schrittweisen Errichtung von Lkw-Fahrverboten in diesem Wohngebiet begonnen. Um die Umweltbelastung durch Lärm und Abgase zu mildern, sollen die Verkehrsampeln der Ennser Straße und des innerstädtischen Verkehrsrings seriengeschaltet und das seit langem vorgeschlagene Verkehrskonzept endlich realisiert werden. Durch diese Realisierung erwachsen keine riesigen Kosten, die im kommenden Jahr durch das Budget bezahlt werden könnten. Dazu gehört auch die vordringliche Errichtung einer Verkehrsampel im Kreuzungsbereich Siemensstraße - Ennser Straße sowie die Aufstellung eines Verkehrsspiegels an der Kreuzung Damberggasse - Michael Voglstraße.

Ein weiteres Anliegen der Steyrer Kommunisten ist die Ausdehnung der Fußgängerzone auf den gesamten historischen Stadtkern. Nach der Enge Gasse und Pfarrgasse soll auch der Stadtplatz zur Fußgängerzone erklärt werden. Die städtischen Linienbusse, die Taxis und die Durchfahrtsmöglichkeit der Pkw zu den Parkplätzen am Ennskai und die Neuerrichtung von Pkw-Abstellflächen beim Fußgeherübergang Eisenstraße, könnten trotzdem die leichte Erreichbarkeit des Stadtkernes garantieren. Wichtiges Mittel zur Senkung der Umweltbelastung wäre natürlich auch in unserer Stadt das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel. Leider ist der Einzelfahrschein, von der Mehrheit beschlossen, mit einem

Preis von S 12,- auch für Kurzstrecken, zugegebenermaßen kein besonderer Anreiz. Außerdem soll doch endlich der Wunsch der Bevölkerung der Gründbergsiedlung, Neustraße und Steinfeld erfüllt werden, daß diese Randgebiete der Stadt durch die städtischen Autobusse auch an Sonn- und Feiertagen verstärkt angefahren werden. Die Busse sollen daher halbstündlich, jedoch bereits ab 5.30 bis 23 Uhr von Montag bis Sonntag sowie an Feiertagen eingesetzt werden. Ich bin auch der Meinung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß man das Wort "sozialer Wohnbau" in Steyr nur sehr vorsichtig in den Mund nehmen sollte. Denn gebaut wird nämlich eher unsozial. So zahlt man für die sogenannten Sozialwohnungen der GWG der Stadt Steyr im Resthof bereits bis zu S 5.000,- Monatsmiete und muß zusätzlich noch zwischen S 40.000 und S 80.000,- an Baukostenzuschuß berappen. Bei den Neubauten in der Reithofferstraße und am Bergweg sowie in der Steinfeldstraße kommt dazu noch ein Grundkostenbeitrag in der Höhe von 70.000 bis 170.000 Schilling. Das, meine Damen und Herren, ist auch mit ein Grund, warum derzeit beim Wohnungsamt der Stadt rund 2600 wohnungssuchende Familien vorgemerkt sind. Rund 400 warten auf eine Pensionistenwohnung, 20 Prozent auf eine Neubauwohnung und 80 Prozent auf eine Alt-Neubauwohnung. Also der Großteil der Wohnungssuchenden sucht eine sogenannte Alt-Neubauwohnung mit Monatsmieten zwischen 1000 und 2000 Schilling. Und die sind in unserer Stadt rar, wie dies die Kolleginnen und Kollegen, die mit mir im Wohnungsausschuß tätig sind, wissen. Die Rückkehr zum sozialen Wohnbau, bei dem die Stadtgemeinde die Bau- und Grundkosten trägt, ist deswegen weiterhin eine Grundforderung der KPÖ-Gemeinderatsfraktion im Steyrer Rathaus. In einer schriftlichen Eingabe zur Erstellung des Budgets 1987 habe ich die erhöhte Mittelbereitstellung für die Erweiterung der Leistungen des Seniorenpasses vorgeschlagen. Es soll nach Auffassung der KPÖ-Fraktion der Seniorenpaß der Stadt Steyr allen Pensionisten der Stadt, unabhängig vom Alter, ab 1987 gewährt werden.

Den privaten Häuslbauern soll durch ein zinsenloses Darlehen der Stadtgemeinde unter die Arme gegriffen werden. Dies ist auch eine Forderung von uns, die von den vier anderen Gemeinderatsfraktionen bisher genau so abgelehnt wurde, wie die Forderung, die ich zum wiederholten Male erhebe, daß die Stadtgemeinde Steyr zur bereits erfolgten Enttarnung, der Fassadenreparatur der WAG-Häuser im Stadtteil Münchenholz, Förderungsmittel im Ausmaß von 5 Mill. S bereitstellt.

Ich möchte heute auch feststellen, die Wohnsiedlung Münchenholz wurde, wie Sie alle vernommen haben, schöner. Die Häuser wurden repariert und der Kriegsanstrich nach Jahrzehnten beseitigt, ohne Unterstützung der Stadt Steyr und vor allem ohne Unterstützung der Steyr-Werks-Direktion. Daher bin ich auch der Meinung und fordere, daß aufgrund dieser Situation, daß die Steyr-Werke nicht bereit waren, nur einen einzigen Schilling zur Sanierung dieser Wohnsiedlung zu geben, die Aufhebung des Einweisungsrechtes der Steyr-Werke, das sie immer noch haben. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Kosten für die Sanierung dieses Wohngebietes betragen rund 150 Mill.S. Sie müssen von den Mietern in den nächsten Jahren in Form erhöhter Wohnungsmieten getragen werden. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, kurz bevor ich zu Ihnen gekommen bin in die Sitzung, erhielt ich von der WAG-Direktion Linz die Mitteilung, daß aufgrund der Sanierungsarbeiten an den Einfamilienhäusern in Münchenholz die Mietzinserhöhung S 15,-/m² und Monat ausmachen wird. So sieht diese Wohnbaupolitik und Mietzinspolitik aus. Das heißt, die Bevölkerung wird dort 150 Millionen Schilling in den nächsten Jahren bezahlen müssen. Die Stadt ist auch diesmal nicht bereit gewesen, nur einen kleinen Beitrag zu leisten im Ausmaß von 5 Millionen.

Die KPÖ-Fraktion hat bereits Anfang August 23 Vorschläge und Anregungen zur Budgeterstellung dem Finanzreferenten Kollegen Wippersberger übergeben, die

zum Teil Berücksichtigung fanden und in den Ziffern und Zahlen des Voranschlages für das Jahr 1987 zum Ausdruck kommen. Es werden trotz Sparbudget die Ausgaben für soziale Leistungen, wie für das Altersheim, Kindergarten und Horte, nicht geschmälert, sondern wie die erhöhten Zuschüsse dafür zeigen, ausgeweitet. Ebenso sind für den Wohnbau wieder 5 Millionen Schilling vorgesehen. Wir sind auch für die Mittelbereitstellung für den Ersatzankauf eines Ambulanzwagens für den Einsatz als Notarztwagen mit dem Ziel, daß dieser 1987 mit ausgebildeten Notärzten des Landeskrankenhauses versehen wird und endlich zum Einsatz in der Stadt Steyr und der näheren Umgebung kommt. Das sind nur einige Vorschläge, die ich beispielhaft anführe und die berücksichtigt werden sollten.

Wie schon gesagt, nicht alle Wünsche und Forderungen der KPÖ-Fraktion wurden im Haushaltsvoranschlag 1987 berücksichtigt. Aber es konnte durch die Verhandlung mit dem Finanzreferenten Vizebürgermeister Wippersberger und Stadtrechnungsdirektor Dr. Schmidl immerhin eine Reihe von Verbesserungen für die Bevölkerung erreicht werden. In diesem Sinne werde ich dem Voranschlag für das Jahr 1987 die Zustimmung geben. Von dieser Zustimmung ausgenommen sind die Gruppe 0 Gemeinderat, in der die Bezugserhöhung für die Gemeindemandatare und die ungerechtfertigten Stadtratspensionen beinhaltet sind, sind so wie die Gruppe 9 Kapitel Finanzen, in der die Benachteiligung der Stadt durch das Finanzausgleichsgesetz zum Ausdruck kommt.

Abschließend möchte ich Ihnen, Herr Bürgermeister, den Damen und Herren den Gemeinderates sowie den Beamten und Bediensteten und natürlich auch Ihren Familien frohe Festtage und - was mir besonders am Herzen liegt - ein friedliches Jahr 1987 wünschen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremml für seine Erklärung namens der kommunistischen Fraktion. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, unterbreche ich die Sitzung zum Zwecke einer Pause für 15 Minuten.

Pause von 17.35 - 18 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Ich bitte gleich namens der Freiheitlichen Partei Kollegen Eichhübl zum Rednerpult.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Als Letzter im Reigen der Fraktionssprecher bin ich zwar vor meiner Wortmeldung in den Genuß einer Pause gekommen, sehe ich mich aber mit der Tatsache konfrontiert, daß bereits sehr viel über das vorliegende Budget 1987 gesprochen bzw. mir sehr viel vorweggenommen wurde. Ich werde mir aber trotzdem erlauben, einige Bereiche aus der Sicht der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion etwas näher zu beleuchten. Erlauben Sie mir aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, vorerst einige grundsätzliche Bemerkungen zu diesem vorliegenden Budget 1987.

Wir haben heute über den Voranschlag für ein Jahr zu beraten, der für viele schwierig zu werden droht. Viel hängt natürlich mit unserem größten Betrieb, den Steyr-Werken zusammen. Viele Menschen in Steyr sorgen sich um ihren Arbeitsplatz und sehen besorgt in die Zukunft. Denn schließlich haben im Steyr-Werke und in vielen Zulieferbetrieben hunderte damit zu rechnen, daß sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Viele haben ihn bereits verloren. Das wirkt sich nicht nur auf die Gesamtwirtschaft negativ aus, sondern auch auf der Ein-

nahmenseite der Stadtverwaltung. Wir haben dies bereits in negativer Form beim Rechnungsabschluß 1985 feststellen können und zur Kenntnis nehmen müssen. Der Weltmarkt hat sich verändert und Strukturen, die vor Jahren aktuell waren, sind nun veraltet. Die verantwortlichen Manager der Steyr-Werke haben in gewissen Sparten den Zeitpunkt verpaßt, rechtzeitig neue Wege zu gehen. An Mahnungen von verschiedenen Seiten hat es zwar nicht gefehlt. Auch der gesamte Gemeinderat hat mit zu wenig Vehemenz die Landesverantwortlichen auf die Verlängerung des Sonderförderungsprogrammes gedrängt. Schwierige Zeiten erfordern manchmal von den Verantwortlichen Sofortentscheidungen und Sofortmaßnahmen. Diese sind lange Zeit ausgeblieben. Daher ist auch das Geld für notwendige kommunale Maßnahmen immer weniger geworden. Wir stehen nun vor einem Schuldenberg, der immer größer wird, der bald das Gesamtbudget überschreitet. Versäumnisse der Vergangenheit rächen sich. An deren Folgen haben immer mehr Familien zu leiden. Es darf uns daher nicht wundern, meine Damen und Herren, daß sich viele Mitbürger auf 1987 nicht besonders freuen, sondern diesem sorgenvoll entgegensehen. Tatsächlich haben wir es aber mit örtlich begrenzten, wirtschaftlichen Gewitterwolken zu tun. Generell können wir ja Gott sei Dank wirtschaftliches Schönwetter beobachten. Die wichtigsten Kennzeichen der Wirtschaft sehen so aus, daß sie uns eher zuversichtlich stimmen als ängstigen können. Die Wirtschaft wächst wieder regelmäßig, Österreich-Exporte wuchsen 1985 um 9,5 %. Damit haben wir einen internationalen Spitzenplatz erreicht. Nur in Steyr registriert man bedauerlicherweise Rückläufigkeiten und höher werdende Arbeitslosenzahlen. Sicherlich sind 1986 noch neue Probleme aufgetreten. Dies gilt im besonderen für Exporteure, denen der schwache Dollar und die Kunden in den Ölländern zu schaffen machten. Daß es insgesamt gesehen der Wirtschaft wieder gut geht, bestätigt die öö. Handelskammer. So konnte man in einem Pressedienst der Handelskammer im Mai 1986 folgendes lesen:

4 Prozent Umsatzsteigerung für Österreichs Gewerbe im Jahr 1986. Im September 1986 wurde berichtet, daß sich die Wirtschaft im heurigen Jahr auf hohem Niveau gleichmäßig entwickelt. Die Steyrer Wirtschaft hält leider mit dieser Allgemeinentwicklung nicht Schritt. Am 29. November 1986 schrieben die Kammernachrichten über die österreichische Wirtschaft:

Weiter deutlich bessere Ergebnisse als der Durchschnitt der OECD-Länder. Zugleich gesteht man dort zu, daß die Arbeitslosenrate unter jener der meisten Mitgliedsstaaten liegt. Beeindruckt hat mich dann der Pressedienst der Handelskammer vom 30. Oktober 1986. Der Kammerpräsident tritt dafür ein, die bisherige Wirtschaftspolitik fortzusetzen. Bis dato war er nicht so optimistisch. Dort liest sich Trauner im Original so: "Wenn ich davon ausgehe, daß unserer Wirtschaft nach dem Wahltag, dem 23. November, im Parlament und in der Bundesregierung jener Stellenwert eingeräumt wird wie jetzt, so kann das nur im Interesse der Betriebe liegen. Weder mit jammern noch mit übertriebenem Optimismus löst man Probleme. Ganz im Gegenteil, wir sollten Probleme feststellen und nach den Ursachen fragen. Dann aber sollten wir uns bemühen, die Probleme gemeinsam zu lösen. Dies gilt im besonderen auch für die Sorgen der Beschäftigten in den verstaatlichen Großbetrieben. Man muß sich besonders um jene kümmern, die um ihren Arbeitsplatz bangen müssen oder ihn verloren haben. Sie sind ja am allerwenigsten schuld, daß ihre Betriebe in die roten Zahlen gerutscht sind und sie sich in ihrer Existenz bedroht sehen. Die Probleme der Steyr-Werke sind ja nicht von heute auf morgen entstanden. Sie sind nur auf einmal unübersehbar geworden. Die Verantwortlichen und nicht nur sie, haben schon lange davon gewußt. Nur konnten sie sich nicht dazu aufraffen zu tun, was zu tun gewesen wäre. Wollten sie sich aufraffen, so sahen sie sich bald mit gebundenen Händen wieder. In den Vorstandsbüros haben die Bevorzugten der Großparteien mit den politisch Verantwortlichen zusammengewirkt. Sie

beschränkten sich darauf, die Probleme zu kaschieren statt zu kurieren. Oft glaubten sie sich damit begnügen zu können, mit dem Geld der Steuerzahler einfach die Risse im Gemäuer zuzuschmieren. Vor einem Jahr haben sie dann zu handeln begonnen und wie hat dieses Handeln ausgesehen? Der erste Schritt war der Abbau von Beschäftigten. Viele Zulieferfirmen werden unter diesem Abbau ebenso zu leiden haben wie die gekündigten Steyr-Werke-Arbeitnehmer. Wir brauchen daher dringend das vom Bund seit langem angebotene Sonderförderungsprogramm für die Region Steyr, damit wir neue Betriebe nach Steyr bekommen, alte Betriebe sanieren können, damit die Beschäftigung sichern und neue Einnahmen schaffen. Denken wir nur an die vielen Millionen, die allein als Zuschuß für unser Altersheim notwendig sind. Wir können nicht dauernd den Kreditweg beschreiten, um unseren urbanen Aufgaben gerecht zu werden. Wir haben aber auch an jene Menschen zu denken, die in den Zulieferbetrieben arbeiten und von weiteren Aufträgen aus den Großbetrieben abhängen. Wir haben auch den Jungen zu helfen, die in den Arbeitsprozeß nachrücken wollen. Daher müssen wir uns bemühen, Betriebe anzusiedeln und auszubauen, die gute und sichere Arbeitsplätze bieten können. Gerade die kleinen und mittleren Betriebe haben sich besonders bewährt. In diesen fanden viele Menschen zukunfts-trächtige und meist auch sichere Arbeitsplätze. Daher sind bessere Förderungen notwendig. Bewährt hat sich auch der Staatsvertrag und das ausgelaufene Sonderförderungsprogramm für den Raum Steyr. Im Bezirk Steyr gab es 1986 um 6,8 Prozent mehr unselbständig Erwerbstätige als 1983. Damit wuchs die Zahl der Beschäftigten doppelt so schnell wie im Landesdurchschnitt mit 3 Prozent. Im Raum Steyr trug diese Aktion dazu bei, mehr als 500 Arbeitsplätze zu sichern. Über 1.000 Menschen fanden zusätzlich einen Arbeitsplatz. Hätten wir diese leider zu früh ausgelaufene Sonderförderung nicht gehabt, wäre die Arbeitslosenrate sicherlich noch höher. Wenn man die Wirtschaftsförderung sinnvoll einsetzt, kann man daher durchaus Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Wenn man die Rahmenbedingungen verbessert, kann man die Wirtschaft in den Problemgebieten durchaus beleben. Sonderförderungsaktionen haben daher dort einzusetzen, wo es gilt, Strukturprobleme zu lösen und freigesetzte Arbeitskräfte aufzufangen. Es gilt jenen zu helfen, die ihren Arbeitsplatz in den Steyr-Werken verloren haben. Der Gemeinderat von Steyr ist verpflichtet, ohne Rücksicht auf Versäumnisse der Steyr-Werke-Verantwortlichen, ohne Rücksicht auf parteipolitische Gegebenheiten, flankierende Maßnahmen zu setzen. Auch mit Nachdruck gegenüber den Landesverantwortlichen und dem Wirtschaftsreferenten, weil es sein muß. Die Entscheidungen der Politiker haben dort einzusetzen, wo es gilt, aus volkswirtschaftlichen und regionalpolitischen Gründen einzuspringen und die finanzielle Verantwortung zu übernehmen. Politiker und Manager müssen auf die Probleme, die sich immer wieder neu stellen reagieren und nach richtigen Lösungen suchen. Gerade in der Wirtschaftspolitik haben wir pragmatisch zu denken und zu handeln. Wir haben uns an sachlichen Gegebenheiten zu orientieren und dürfen uns nicht in ideologische Ecken zurückziehen. Dann erst können wir darauf vertrauen, daß sich jeder nach Kräften bemühen wird, Schwung in die Betriebe zu bringen und die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern.

Eine Rahmenbedingung ist die Wiederbelebung des Sonderförderungsprogrammes für den Raum Steyr. Alle hier im Gemeinderat vertretenen Parteien werden aufgefordert, Land und Bund raschest zu motivieren, daß diese Rahmenbedingung für Steyr erreicht wird. Obwohl unsere Sorge vorrangig der wirtschaftlichen Situation und den Arbeitsplätzen gelten muß, daher auch unsere Forderung seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion nach einem langfristigen Wirtschaftsentwicklungskonzept, sollten auch andere Anliegen nicht ganz vergessen werden.

Dringend notwendig wäre - das haben einige meiner Vorredner schon zum Aus-

druck gebracht - eine Umgestaltung des Stadtplatzes unter Zurückhaltung des Individualverkehrs und Einsatz eines Citybusses sowie die Errichtung von Radwegen entsprechend dem Radwegekonzept. Ebenso die Errichtung von weiteren Kinderspielplätzen in allen Stadtteilen, um Ihnen einige wichtige Anliegen unserer Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen.

Und nun, meine Damen und Herren, einige Bemerkungen zu den Zahlen für das Budget 1987.

Der um 3,8 Prozent gestiegene, heute zu beschließende ordentliche Haushalt, wird immer schwerer finanzierbar. Es ist ja nicht leicht, 579,4 Millionen aufzubringen. Bei der Gruppe 9 reichen die zu erwartenden Bundesertragsanteile von 202 Millionen und die um 10 Millionen niedrigere Einnahmenerwartung von 162 Millionen bei den Gemeindeabgaben nicht mehr aus, um den oH zu finanzieren. Es müssen Darlehen von 13,2 Millionen aufgenommen werden. In früheren Jahren hat man Millionen aufgebracht, um Mittel vom oH an den aoH zuzuführen. Heute stehen wir bei einem Null-Ansatz auf diesem Gebiet. Die Einnahmenerwartung bei den Gemeindesteuern ist rückläufig. Der Gewerbesteuerertrag soll um 16 Millionen auf 37 Millionen fallen. Ein gleich hoher Betrag fällt bereits für die Schuldzinsen an, der Schuldendienst macht bereits 57,5 Millionen aus. Das sind um 6,2 Millionen mehr als im Jahr 1986. Allein 37,8 Millionen zahlen wir an Zinsen. Auch die Landesumlage, die wir an das Land bezahlen müssen, hebt die Schulden um 22 Millionen an. Das Land tut sich leicht, es erhält durch Bundesgesetze mehr Geld und bekommt auch von den Gemeinden mehr Geld - zur Freude des Landesfinanzreferenten. Wir haben keine Freude an dieser Vorschreibung, sie gehört angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt zumindest um die Hälfte reduziert und nicht ständig erhöht, wie dies aus den Vorschreibungen des Landes zu bemerken ist.

Aber auch die Stadt, meine Damen und Herren, sollte mehr sparen. Stadtratspensionen, Repräsentationen, Amtsblatt beispielsweise verschlingen Millionen pro Jahr. Die Unterstützung der Personalvertretung für verschiedene Maßnahmen mit insgesamt S 2.027.000,- wurde um 5,2 % ausgeweitet. Und auch die Pressestelle bzw. das Amtsblatt wurde ausgeweitet und sieht Ausgaben von S 3.129.000,- vor, wobei ich die Qualität dieses Blattes gar nicht in Abrede stellen möchte. Aber muß es unbedingt ein teures Kunstpapier sein? Man könnte, so wie in anderen Städten auch - beispielsweise in Dornbirn - das Amtsblatt aus einfachem Papier herstellen, einige Schilling Unkostenbeitrag verlangen sowie der Bevölkerung die Möglichkeit bieten, für Kauf, Verkauf oder andere Gelegenheiten zu inserieren. Das würde sicher zu Kosteneinsparungen führen. Die Repräsentationsausgaben hat ja der Rechnungshof bereits 1984 beanstandet. Mehr als eine halbe Million Schilling sind wieder für Repräsentationen eingesetzt, um nur 87.000 Schilling weniger als 1986. Ob man damit auskommt oder mehr braucht, wie in den vergangenen Jahren, wird sich am Jahresende 1987 zeigen.

Abschließend daher die Frage, wo überhaupt in Bereichen, wo es möglich wäre, eingespart wird? Andererseits war man nicht bereit, eine Anregung in die Tat umzusetzen, die wir seit Jahren vorbringen, nämlich den älteren und kränklichen Mitbürgern die Gehsteigreinigung, mit entsprechender Kostenbeteiligung, abzunehmen. Man bedauert nur jetzt und vor dieser Gemeinderatsitzung die angespannte Finanzlage der Stadt und nimmt mehr Geld auf, wie dies im aoH bewiesen wird. Den Ausgaben von 97,7 Millionen im aoH stehen Einnahmen von 79,4 Millionen gegenüber. Wie schaut die Bedeckung aus? 37 Millionen Darlehensaufnahme, 12 Millionen Rücklagenentnahme, 10 Millionen Gebäudeverkauf, 20 Millionen Liegenschaftsverkäufe. 510 Millionen Insgesamt-Schulden sind mehr als eine Warnung! Mit einem Wort: Steyr kann nichts mehr aus eigener Kraft finanzieren. Der Totalausverkauf von Rücklagen und Eigentum rückt immer näher. Aus diesen Gründen und weil kaum ein echter Sparwille zu erkennen ist sowie keine Möglichkeit besteht, über einzelne Budget-Kapitel getrennt abzustim-

men, sehe ich mich außerstande, namens der freiheitlichen GR-Fraktion diesem Voranschlag 1987 die Zustimmung zu geben.
Abschließend darf ich allen Bürgern unserer Stadt, allen Bediensteten und Beamten des Hauses, den Herren Bürgermeistern sowie Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ein schönes Weihnachtsfest sowie Glück und Gesundheit für das kommende Jahr wünschen, sofern sich keine andere Gelegenheit mehr bieten sollte, dies zu tun. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl für seine Fraktionserklärung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wenn man im Budget 1987 die Wirtschaftsförderung genauer betrachtet, dann bleibt von einer echten Wirtschaftsförderung nicht sehr viel übrig. Im OH sind für Maßnahmen des Fremdenverkehrsverbandes insgesamt 710.000 Schilling ausgewiesen, die sich zum Teil, sprich Werbung, Finanzierung von Messen, indirekt sehr positiv auf unsere Wirtschaft auswirken, hier insbesondere aber auf die Gastronomie. Ein Großteil dieser Förderungssumme oder dieses Förderungsbetrages wird allerdings für die Bezahlung der Verwaltung verwendet. Für die Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie sind im aoH 6 Millionen Schilling vorgesehen. Davon muß man jedoch 2,5 Millionen als laufende Zuschüsse an das BMW-Motorenwerk abziehen. Richtigerweise müßten eigentlich diese 2,5 Millionen im OH ausgewiesen werden, weil sie ja laufende Zahlungen bedeuten. 1 Million ist für die Lehrwerkstätte der Steyr-Werke angesetzt und wie sich jetzt herausstellt, war unsere damalige Ablehnung dieser Förderung einer überregionalen Lehrwerkstätte absolut richtig. Denn soweit ich informiert bin, werden zur Zeit nicht mehr Lehrlinge ausgebildet als damals, wo nur der Eigenbedarf an Lehrlingen von den Steyr-Werken gedeckt wurde. 1 Million Schilling für Gewerbegründe am Tabor und an der Haager Straße präliminiert. Das ist zu begrüßen und zu bejahen, weil sie eine Förderung bzw. einen Beitrag zur Ansiedlung neuer Betriebe bedeuten.

Als effektive Gewerbeförderung verbleiben für Darlehen zur Investitionsförderung 1 Million Schilling und für die Kleingewerbeförderung weitere S 500.000. So daß die echten Beträge für die Gewerbeförderung rund 1,5 Millionen S betragen. Ich glaube, daß dieser Betrag gerade in wirtschaftlich so schwierigen Zeiten wie jetzt, zu gering bemessen ist. Meine Fraktion hat daher auch bei den Budgetwünschen eine Erhöhung der Gewerbeförderung um 2 Millionen gefordert. Für die Bereitstellung neuer Gewerbegründe sollte man sich Gedanken machen und vor allem eine Entscheidung über die weitere Verwendung der Reithoffergründe, ob die Steyr-Werke verkaufen oder nicht, ehest möglich sein. Es ist abzuklären, wenn sie verkaufen sollten, ob diese Gründe für Gewerbebetriebe reserviert bleiben oder ob sie für Wohnzwecke gewidmet werden sollen. Nachdem das Gußwerk II aufgelassen werden soll, würden sich die dortigen Gründe rund um den Sauhof als Gewerbe- und Industriegründe anbieten, sollten die Reithofferwerke eben für Wohnzwecke Verwendung finden.

Weiters bestünde eventuell die Möglichkeit, an der Wolfenstraße von der Fa. Ratzinger rechtzeitig Gründe zu erwerben, bevor andere Interessenten auftreten. Nach wie vor erscheint es mir besonders wichtig, Gewerbehöfe, oder wenn Sie wollen, Betriebsgründungszentren, wo Jungunternehmer durch Bereitstellung von Betriebsgebäuden in der Grundausstattung zu angemessenen Mieten, eventuell für späteren käuflichen Erwerb, eine Möglichkeit bzw. einen Anreiz für Betriebsgründungen finden würden. Unser Modell ist hinlänglich bekannt, man sollte nun ehest dieses Projekt realisieren.

Zur Belebung und Revitalisierung von Steyrdorf bedarf es dringend der Erstellung eines Entwicklungskonzeptes sowie einer Verkehrsplanung, einer Verkehrsberuhigung in diesem Bereich und einer Neuordnung der Frauenstiege. Damit die Verbindung über den Schloßbleitenweg, Museumssteg in das Steyrdorf realisiert werden kann. Ich könnte mir auch vorstellen und möchte von dieser Stelle aus wieder diese Forderung erheben, den Ist-Bestand, speziell im Steyrdorf, im Altstadtgebiet, zu erheben, ähnlich wie in anderen Städten. Z. B. werden in Salzburg von Seiten der Stadtverwaltung die Aufnahmen der erhaltenswerten Althäuser mit einer Plangestaltung und -zeichnung 1 : 50 sowie der Ausschreibungsunterlagen kostenlos den Hausbesitzern zur Verfügung gestellt. Erst wenn sie umbauen und die entsprechenden Förderungen bekommen, müssen sie diese Beträge wieder zurückbezahlen. Ich könnte mir so etwas auch vorstellen für Steyr bzw. Steyrdorf. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß man auch daran ginge, von Studenten, die in den Ferien wesentlich weniger kosten würden, oder von Architekten diese Aufnahmen durchführen zu lassen. Es gibt genug Studenten, das haben wir erlebt in Steyr, die mit einschlägiger Vorbildung dazu in der Lage wären.

Eine weitere Belebung des Bau- und Nebengewerbes könnte man durch verstärkte Althausanierung speziell bei den GWG-Bauten erreichen. Dies wurde schon einmal in einer Pressekonferenz mitgeteilt und vorgestellt, es ist aber bis heute, soviel ich weiß, in dieser Richtung nichts geschehen.

Aufgrund der schwierigen Situation in und um Steyr ist der umgehende Abschluß des Sonderförderungsabkommens zwischen Bund und Land dringendst geboten. Wir haben ja gehört, daß von den Beamten der Vertrag schon paraphiert wurde. Durch die günstigeren Bedingungen und Voraussetzungen gegenüber der alten Sonderförderung sollten neue Investitionsanreize und damit neue Impulse für die heimische Wirtschaft zu erwarten sein. Mit dieser Sonderförderung allein werden jedoch die großen und schwierigen Probleme in den Steyr-Werken nicht gelöst werden können.

Hier möchte ich ein paar Worte zu Kollegen Treml sagen. Ich glaube, lieber Otto, Du betreibst hier etwas Demagogie. Du betreibst eine Politik wie der Vogel Strauß, denn Du weißt ganz genau wie die Situation dort ist und Du forderst nur, es darf niemand entlassen werden, es darf nicht reorganisiert, es darf nicht rationalisiert werden. Ich glaube, das ist zu leicht gemacht. Ich glaube nicht, daß man einem der hier Anwesenden unterstellen kann, daß er ohne Bedauern, ohne Mitgefühl dem zustimmen würde, daß auch nur ein Einziger grundlos gekündigt wird und schon gar nicht die anwesenden Betriebsräte, die Du ja damit indirekt angegriffen hast. Die Situation ist sehr ernst und ich glaube, Du warst auch beim Informationsgemeinderat, bei dem Generaldirektor Voisard die Situation dargelegt hat, anwesend.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ihr seid da sehr zahm gewesen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wir haben da aus der tatsächlichen Situation gesehen, daß es ohne gewisse Rationalisierungsmaßnahmen nicht gehen wird. Es würde niemand von den Gewerkschaftern, auch nicht Präsident Benya, auch nur einer Kündigung zustimmen, wenn sie nicht notwendig wäre. Ich weiß, daß es für jeden Betroffenen äußerst schwierig ist. Es muß unsere Aufgabe sein, neue Wege zu suchen, um denjenigen, die es betrifft, die Möglichkeit einer neuen Beschäftigung zu bieten. Darum sollten wir uns bemühen. Aber grundlos zu sagen, es darf nichts geschehen und damit zu riskieren, daß es in absehbarer Zeit doppelt so viele Entlassungen sind, oder das ganze Werk in Konkurs geht und

damit alle ihre Arbeitsplätze verlieren würden, das ist nicht ehrlich. Damit erweist man weder den Gekündigten noch den restlich verbleibenden 6000 Mitarbeitern einen guten Dienst.

Es muß daher umsomehr das Bemühen der Stadtverwaltung sein, neue Betriebe nach Steyr zu bringen, Betriebsgründungen und Betriebserweiterungen zu fördern und der heimischen Wirtschaft größtmögliche Unterstützung zu gewähren. Auch dann, wenn in erster Linie hierfür Bund und Land zuständig wären.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag des Kollegen Schloßgangl. Der nächste Beitrag kommt von der Kollegin Schreiberhuber.

GEMEINDERAT GERTRUDE SCHREIBERHUBER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Mit der Unterstützung der Tätigkeit des stadtteilbezogenen Bildungs- und Kulturarbeitskreises Steyr-Münichholz hat die Stadt Steyr nicht erst im nunmehr ablaufenden Rechnungsjahr, sondern bereits in den vergangenen Jahren Akzente gesetzt, die eine eindeutig stadtteilbelebende Wirkung nach sich gezogen haben, was mit Sicherheit auch im heute zur Beschlußfassung vorliegenden Budget seinen Niederschlag gefunden hat. Damit wurden die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, die es einem, wie ich überzeugt bin, in allen Stadtteilen Steyrs vorhandenen Potential in der Bevölkerung ermöglichen wird, einerseits die Geschichte der nächsten Umgebung, die zum Teil erlebte Geschichte, aufzuarbeiten, andererseits aber auch in einem überschaubaren Bereich gewisse Strukturen und Bedürfnisse aufzuzeigen, gemeindliche Arbeit in demokratischer Weise zu verwirklichen unter Einbeziehung aller Kreise der Stadtbevölkerung.

Die besondere Würdigung hat sich bisher nicht nur in der finanziellen Förderung solcher Arbeiten niedergeschlagen, sondern auch in der Aufmerksamkeit, die den einzelnen Veranstaltungen und Veröffentlichungen auf breitester Ebene aus allen politischen Lagern entgegengebracht wurde.

Mein Anliegen ist, nicht nur diese Arbeit, wie sie sich derzeit stadtteilbezogen darbietet, weiterhin gefördert zu wissen, sondern auch Initiativen über den Bereich von Münichholz hinaus und über den kulturellen Bereich hinaus entsprechend gewertet zu sehen. Festzustellen ist jedenfalls, daß derartige bildungs- und kulturpolitische Maßnahmen wesentliche Auswirkungen auf den Einzelnen in der Gemeinde, auf die Familien, haben.

So gesehen hat die Stadt Steyr längst vor der Proklamation des Jahres 1987 zum Jahr der Familie auf Landesebene erkannt, daß die Wertschätzung dem einzelnen, der Familie gegenüber, als der kleinsten Zelle in der Gemeinde über den Zustand der gesamten Gesellschaft entscheidet.

Ich möchte daher nicht verabsäumen, Sie aufzurufen, dieses Jahr der Familie zum Anstoß für eine bewußte und verstärkte Hinwendung zur Familie in allen Lebensbereichen zu nehmen. Dies kann sich selbstverständlich auf die Schaffung von Familientarifen auf verschiedensten Gebieten beziehen, soll sich aber nicht auf das Finanzielle beschränken, sondern es geht um die Beachtung des Prinzips Familie als Aufgabe für das gesamte politische Handeln.

Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Kurskorrekturen - ich zitiere aus einem Schreiben des Landeshauptmannes - bedarf allerdings noch näherer Definitionen. Da hat es meiner Meinung nach schon Bedeutung, ob der Vorschlag vom "Gigl" oder vom "Gogl" kommt. Grundsätzlich kann daher die Tatsache, daß die Erkenntnis über die Bedeutung der Familie über die Stadtgrenzen hinaus sich auch auf Landesebene gefestigt hat, begrüßt werden. Zu hoffen bleibt allerdings, daß diese Initiative von Landesseite her sich nicht auf rhetorische Leistungen, auf strategische Maßnahmen und Werbegags beschränkt, die lediglich den Gedanken zu verkaufen suchen, nicht aber das Ansehen und die Anerkennung der Familie und der in ihr erbrachten Leistungen zum Inhalt haben.

Diese Überlegungen als Denkanstöße zum Voranschlag 1987 der Stadt Steyr, einem Zahlenwerk, das selbstverständlich auch Interpretationen auf diesem Gebiet zuläßt und die Verwirklichung neuer Ideen und Aktivitäten ermöglicht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegin Schreiberhuber. Kollege Spöck ist der nächste Debattenredner.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Mit Thema Familie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, möchte auch ich meinen Beitrag zum Budget 1987 übertiteln. Die Familie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für die Menschen, die Gesellschaft und den Staat. Schutz und Förderung der Familie soll daher auch für uns Gemeindevertreter ein unantastbares Prinzip sein. Eines der großen Probleme, insbesondere bei Jungfamilien, ist das Wohnen. Wohnen sollte man sich leisten können. Erschwingliche Wohnungen, die noch dazu familiengerecht sind, brauchen wir. Den Wunsch haben wir alle, daß in Zukunft die Wohnungen familiengerecht sein werden. Durch Reduzierung der Wohnfläche und mehr Einzelräume gehen wir schon diesen Weg. Neubau alleine, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wie wir heute schon aus den Ausführungen gehört haben, ist auf Sicht sicher keine zufriedenstellende Lösung des Wohnungsproblems, sondern wir müssen vor allen Dingen auch öffentliche Mittel in die Sanierung des Althausbestandes setzen. Daneben sollte man aber auch nicht den Bau von Eigentumswohnungen vergessen. Es sollte sich jeder die Wohnung beschaffen können, die ihm zumutbar ist. Preisgünstige Baugrundstücke zur Förderung des Eigenheimbaues sollten zur Verfügung gestellt werden.

Der budgetmäßige Ansatz zur Förderung familiengerechter Wohnungen zu erschwinglichen Preisen ist aber nicht allzu prächtig. 4 Millionen Schilling finden wir dazu im außerordentlichen Haushalt, gleich wie im Voranschlag 1986. Von den im Voranschlag 1986 vorgesehenen Förderungsmitteln blieben nach einer Kürzung im Nachtragsvoranschlag 1986 von 1,7 Millionen tatsächlich nur 2,3 Millionen übrig. Das heißt, die tatsächlichen Förderungsmittel betrugen nur 2,3 Millionen Schilling. Vorgesehen im Voranschlag 1987 sind wieder, wie erwähnt, 4 Millionen Schilling. Die Frage stellt sich natürlich wieder, was bleibt übrig? Hat man 1987 ebenso wie 1986 wieder nur Reserven geschaffen, die dann anderwärtig verwendet werden?

Auch die Wohnungsvergabe, meine Damen und Herren des Gemeinderates -das Parteibuch sollte endlich seine Bedeutung als Fahrkarte für öffentliche Leistungen verlieren - stellt ein großes Problem dar. Um eine möglichst faire Lösung zu finden werden wir sicherlich nicht umhin können, Entscheidungsgrundsätze zur Wohnungsvergabe nach einem durchschaubaren Punktesystem, worin Wartezeit, familiäre Verhältnisse, derzeitige Wohnverhältnisse usw. bewertet werden, zu erarbeiten. Unter diese Gruppe ist natürlich auch der Wunsch nach Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten zu reihen. Jeder Verkehrsteilnehmer müßte erkennen, daß er sich auf einer Wohngebiet-Aufschlußstraße befindet.

Abrundend mit einschließen möchte ich daher zum Wohnen das Ziel der Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten. Leicht erreichbare und sichere Spielmöglichkeiten für unsere Kinder wären die Folge.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, als nächstes Kapitel zum Thema Familie möchte ich ein paar Worte zum öffentlichen Verkehr sagen. Über die Wichtigkeit des Vorranges des Massenverkehrsmittels gegenüber unserer geheiligten Kuh Auto sind wir uns, glaube ich, sicherlich einig. Um aber das Weg vom Auto mehr zu ermöglichen, muß die Attraktivität der Autobusse mehr an Bedeutung gewinnen. Wo aber bleibt die Anziehungskraft des Autobusses, wenn ich mit meiner Frau und mit meinen zwei Kindern vom Tabor in die Stadt fahre? Das eigene Auto, wenn ich die gefahrenen Kilometer mit dem amtlichen Kilometergeld multipliziere, worin ja nicht nur die Benzinkosten, sondern auch die anteilige AFA die Kraftfahrzeugversicherung, die Kfz-Steuer, die Wartungskosten usw. enthalten sind, kommt um ein Vielfaches billiger. Ja sogar, wenn ich mit meiner Familie ein Taxi nehmen würde, wäre der Aufwand weniger. Ich erneuere daher die Forderung der ÖVP-Gemeinderatsfraktion um erhöhten Zuschuß an die städtischen Verkehrsbetriebe zur Abdeckung der Mindereinnahmen infolge der Einführung eines Familientarifes wie beim Bahn- und Postautodienst. Als Ausweis könnte der Fa-

milienausweis der ÖBB dienen. Attraktivität beinhaltet aber nicht nur den Fahrpreis, sondern auch die Linienführung ist von großer Bedeutung. Ich fordere daher nochmals - Kollege Holub hat sich bereits in der letzten GR-Sitzung anlässlich der Vorlage der Bilanzen der Stadtwerke damit befaßt - die Einführung des Begegnungsverkehrs. Es würden sicherlich noch mehr Leute das öffentliche Verkehrsmittel Bus in Anspruch nehmen, wenn man z. B. vom Tabor auf die Ennsleite über den Stadtplatz nicht über eine halbe Stunde und umgekehrt, Wartezeit in der Johannesgasse 13 Minuten, fast 40 Minuten fahren würde. Daneben ist das Überqueren der Johannesgasse, das durch das Umsteigen bei der Fahrt von der Ennsleite auf den Tabor notwendig ist, gerade für Schüler und ältere Menschen - der Zebrastreifen wird ja wenig in Anspruch genommen - sehr gefährlich. Daher nochmals die Bitte an die Herren Direktoren der Verkehrsbetriebe bzw. an den städtischen Referenten, Stadtrat Steinmaßl, den Justamentstandpunkt abzulegen.

Ich glaube auch, daß wir über eine Aufzoning in kürzere und weitere Entfernung nachdenken müssen.

Ein weiteres Problem besteht in der Abfahrtszeit der Schulbusse. So fährt z. B. der Schulbus vom Resthof um 6.50 Uhr für die Schüler der Ganztagschule Ennsleite weg. Ankunft bei der Schule nach einer Fahrt über den Wehrgraben 7.15 Uhr. Von 7.15 Uhr bis 7.30 Uhr müssen dann die Schüler zum Teil im Freien warten.

Verschiedene Zwischenrufe.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

In der Praxis sieht das so aus, wenn sie etwas lauter sind, werden sie schon hinausbefördert. Das stimmt. Wenn der Bus um 15 bis 20 Minuten später fahren würde, könnten die Schüler länger schlafen und müßten nicht wie gesagt im Freien warten.

Hinweisen möchte ich nochmals an meine vor ca. einem Jahr anlässlich eines Busankaufes in einer Gemeinderatsitzung gemachte Anregung der kinderwagen- und rollstuhlgerichten Einstiege bei den städtischen Bussen. Eine Einflußnahme auf den heimischen Autobushersteller wäre notwendig und begrüßenswert.

Mit Freude entnehme ich aus den Zahlen des Voranschlages 1987 die Zurverfügungstellung von 2,3 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt für die Gebäudeerweiterung des Kindergartens im Resthof. Es wird daher, so hoffe ich, in absehbarer Zeit keine Bus-Kindergartenkinder im Resthof mehr geben. Zum derzeitigen Stand der Mutterberatungsstelle im Resthof wäre zu sagen - leere Wohnung mit Estrich und heraushängenden Kabeln. Ich hoffe, daß wirklich bald im Interesse der Mütter im Resthof die zuständigen Referenten beim Land, bei den Landesräten Reichl und Habringer eine positive Entscheidung treffen werden.

Abrundend angelangt beim Stadtteil Resthof möchte ich die im Voranschlag 1987 vorgesehenen Mittel von S 500.000,- für die Errichtung von Asphaltbahnen für Stockschiützen auch in Frage stellen. Es ist natürlich auch für mich selbstverständlich, daß der Sport nicht bloß eine schöne Freizeitgestaltung ist, sondern er fördert die Gemeinschaft, die Gesundheit und den Leistungswillen. Bei der vorgesehenen Errichtung der Asphaltbahnen gebe ich aber zu bedenken, daß die Lärmbelästigung durch das Stockschießen trotz des vorgesehenen Lärmwalles sehr hoch sein wird. Man hört ja auch trotz der weiten Entfernung im Resthof das Aneinanderknallen der Stöcke von den über der Enns gelegenen Asphaltbahnen sehr deutlich.

Ebenso finde ich die im Voranschlag vorgesehenen Mittel von S 600.000,- für die Errichtung von Tennisplätzen im Wehrgraben für hinausgeschmissenes Geld, das man sicher anders besser verwenden könnte. Noch dazu, wenn man bedenkt,

daß diese Tennisplätze von einem großen Teil der Bevölkerung im Wehrgraben gar nicht gewünscht, ja sogar abgelehnt werden.

Die Aufstockung der Mittel im aoH für Rad- und Wanderwege von S 500.000,-- auf S 1 Million ist wiederum sehr begrüßenswert. Es wäre vielleicht überlegenswert, die vorhandenen Radwege in Steyr neben den Verkehrszeichen noch zu kennzeichnen, ähnlich wie beim Rundwanderweg Christkindl.

Wir von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion haben bei den Vorstellungen zum Budget 1987 unter anderem auch die Schaffung eines Rad- und Wanderweges vom Resthof entlang der Hangkrone Lauberleite in das Brunnenschutzgebiet eingebracht.

Mütter mit ihren Kinderwagen haben im Resthof derzeit überhaupt keine Möglichkeit, in dieses Erholungsgebiet zu Fuß zu gelangen, sondern müssen innerhalb der Häuser des Resthofes ihre Runden ziehen. Auch der kinderwagengerechte Abstieg vom Resthof zum Rohrsteg wurde von uns gefordert. Leider wird seitens der Mehrheitsfraktion diesen Vorschlägen kein Gehör geschenkt.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, daher abschließend meine Bitte an Sie, sich vielleicht doch noch meiner Überlegungen zum Wohle der Familien anzunehmen. Gerade im Hinblick darauf - Frau Kollegin Schreiberhuber hat ja hingewiesen - daß das Jahr 1987 in Oberösterreich zum Jahr der Familie erklärt wurde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Spöck für seinen Beitrag. Kollegin Ehrenhuber ist die Nächste Rednerin.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Die steigende Lebenserwartung bringt neue Aufgaben und bedarf neuer Überlegungen hinsichtlich der Altenbetreuung, macht aber auch zusätzliche Budgetmittel notwendig. Wer hätte daran geglaubt, daß sich die Lebenserwartung der Österreicher innerhalb eines Jahrhunderts verdoppelt. Wie eine Statistik zeigt, ist diese erstaunliche Entwicklung eingetreten und während seinerzeit die Lebenserwartung der Männer bei maximal 36, jene der Frauen bei 39 Jahren lag, liegt sie heute bei 70 bzw. 77 Jahren und wird sich im Laufe der Jahre infolge des technischen Fortschrittes, des Wohlstandes, der sozialen Sicherheit und vor allem durch den medizinischen Fortschritt weiter erhöhen. Die Gruppe der Älteren innerhalb der Bevölkerung wird daher immer größer. Derzeit sind in Oberösterreich 16 Prozent der Bevölkerung älter als 60 Jahre. Bei Fortsetzung des Trends der letzten Jahre wird sich laut Statistik der Anteil der über 60jährigen bis zum Jahr 2030 um 67 Prozent erhöhen. Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, bringt auch einen zusätzlichen Bedarf an Heimplätzen besonders aber, wie sich bereits in den letzten Jahren zeigte, ein ständiges Ansteigen des Bedarfes an Pflegebetten.

Der Ausbau der sozialen Hilfen, wie Hauskrankenpflege, Aktion Essen auf Rädern und vor allem der Bau von Pensionistenwohnungen wird daher auch in Zukunft verstärkt fortzusetzen sein. Trägt er doch wesentlich dazu bei, daß vor allem die älteren Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung verbringen können, dennoch aber ist eine anstehende Übersiedlung in ein Alten- oder Pflegeheim zu einem späteren Zeitpunkt nicht ganz zu verhindern. Nur unter den vorerwähnten Umständen war es auch möglich, daß in den letzten Jahren auf Kosten von Plätzen in der allgemeinen Abteilung unseres zentralen Altersheimes die Pflegeabteilung ausgebaut wurde auf derzeit nahezu 200 Betten. Die Bewohner dieser Abteilung bedürfen einer intensiven Pflege und Betreuung durch entsprechendes Fachpersonal, durch Diplomschwester und Diplompfleger rund um die Uhr. Man kann diese Betreuung ohne weiteres mit jener in einem Kranken-

haus gleichsetzen.

Ich darf vielleicht zurückweisen, daß unsere älteren Mitbürger in unserem Altersheim nur gewartet werden. Ich möchte daher auch einmal von dieser Stelle aus den Dank an das Personal unseres Zentralaltersheimes zum Ausdruck bringen für die vorbildlichen Leistungen, die diese zum Wohle unserer älteren Mitbürger erbringen. Sie haben wirklich einen sehr schwierigen Dienst zu versehen. Obwohl der Gesamtstand der Heimbewohner beinahe unerändert ist, brachte der Ausbau der Pflegeabteilung, wie bereits erwähnt, eine Erhöhung des Personals nicht nur am Pflegesektor, sondern auch in der Wäscherei durch den erhöhten Wäscheanfall mit sich. Wir haben derzeit mit Stand 1. November 1986 in der allgemeinen Abteilung 146 Bewohner und 192 Pflegebetten. Der Personalstand beträgt derzeit insgesamt 143 Personen und nicht 208, hier dürfte sich ein Irrtum eingeschlichen haben. Die damit verbundene Kostenexplosion bereitet uns sicherlich große Sorgen. War für heuer noch ein Zuschuß von 29,5 Millionen Schilling erforderlich, ist im Budget für das Jahr 1987 ein solcher von 36,5 Millionen veranschlagt. Dazu ist es aber auch unbedingt notwendig, ständige Verbesserungen vorzunehmen. Für den notwendigen Ausbau und die Sanierung der Pflegeabteilung im sogenannten Verbindungstrakt sind im kommenden Jahr weitere 4,5 Millionen Schilling erforderlich. Derzeit laufen Untersuchungen unter Mitwirkung unseres Amtsarztes Dr. Nones, unter Mitwirkung unseres Bauamtes mit dem Ziel, organisatorische Verbesserungen zu erreichen, aber auch eine bessere Ausnützung der vorhandenen Räumlichkeiten mit einer Verbesserung der Unterbringung und eventuell Erhöhung der Bettenanzahl zu erreichen. Bereits nächste Woche findet ein diesbezügliches Gespräch statt, um hier Lösungen zu finden und bekannte Mängel abstellen zu können. In einem Punkt kann ich Kollegen Holub nicht recht geben, das muß ich aus menschlichen Gründen zurückweisen. Eine Belegung freier Betten während eines Krankenhausaufenthaltes würde mit sich bringen, daß mehrmalige Verlegungen notwendig wären. Ich weiß, daß ein Bettenwechsel auch innerhalb eines Zimmers für unsere älteren Mitbürger sehr große Probleme darstellt. Sie werden ja aus der gewohnten Umgebung, aus der gewohnten Geborgenheit gerissen. Unter Umständen kommt dazu eine neue Betreuerin, eine neue Schwester. Dies würden sicher unsere älteren Mitbürger keinesfalls verstehen, aber auch nicht verkraften können. Die eingangs erwähnte steigende Lebenserwartung, der steigende Bedarf an Pflegebetten und Heimplätzen stellt uns sicherlich vor große Finanzierungsprobleme. Unsere jahrelange Forderung nach Errichtung einer geriatrischen Abteilung im Landeskrankenhaus Steyr wurde seitens des Landes bis heute nicht erfüllt. Sie brächte sicher nicht die Lösung unseres Problems, dennoch aber vorübergehend eine Entspannung in besonders dringenden Fällen.

Jedenfalls muß festgestellt werden, daß sich dadurch das Land Oberösterreich große finanzielle Mittel erspart hat.

Meine Damen und Herren, es ist unser aller Anliegen, es ist aber auch unsere Verpflichtung und unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß unsere älteren Mitbürger, die sicherlich schwere Zeiten miterleben mußten, denen wir unseren heutigen Wohlstand verdanken, ihren Lebensabend ruhig verbringen können, und daß ihnen, wenn notwendig, die entsprechende Hilfe und Pflege zuteil wird. Es ist daher trotz der angespannten Budgetsituation unsere Pflicht, diese Aufgabe zu erfüllen. Es ist notwendig, daß wir uns alle über die Parteigrenzen hinweg bemühen, eine Änderung der Gesetzeslage zu erreichen, um entsprechende Zuschüsse vom Land, aber auch von den Sozialversicherungsträgern zum Betrieb unseres Zentralaltersheimes zu erhalten. Damit wir auch für die Zukunft den weiteren Ausbau und die notwendigen Verbesserungen sicherstellen können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegin Ehrenhuber für ihren Beitrag. Nächster Debattenredner ist Kollege Wallner.

GEMEINDERAT ALFRED WALLNER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Das Sozialprogramm der ÖVP-Gemeinderatsfraktion umfaßt im wesentlichen sechs Punkte. 1. Weiterer Ausbau der Sozialeinrichtungen, wie Verbesserung der Hauskrankenpflege und Haushaltshilfe, Ausweitung und Verbesserung der Aktion Essen auf Rädern. 2. Zusätzliche Pflegeplätze im Zentralaltersheim sowie zusätzliche physische und physiotherapeutische Betreuung der Heimbewohner. 3. klappbare Rampen für Rollstühle und Kinderwagen bei Bussen. 4. Beihilfen zu Notruf- oder Drahtlostelefonen für behinderte oder alleinstehende, bedürftige Senioren. 5. Seniorenpässe auch für Frühpensionisten. 6. Umwidmung der erfahrungsgemäß schlecht ausgenützten Gutscheine in den Seniorenpässen zugunsten der gut frequentierten Dienstleistungen.

Vorerst jedoch einige grundsätzliche Anmerkungen zum Voranschlag 1987. Für das Jahr 1986 waren für die Gruppe 4 Soziales rund 122 Millionen vorgesehen. Heuer werden es bei 125 Millionen sein, daher eine Steigerung von etwa 2,5 Prozent. Verglichen mit anderen Ansatzposten eher unterdotiert. Aus den erwähnten finanziellen Gründen ist das verständlich. Ich möchte mich jedoch bei der heutigen Budgetdebatte auf wesentliche Punkte beschränken.

Essen auf Rädern. Die Richtlinien über die Durchführung des sozialen Dienstes Essen auf Rädern lauten in Absatz 1: Einwohner der Stadt Steyr, die vorwiegend infolge hohen Alters, Krankheit oder körperlicher Gebrechen außerstande sind, sich ein warmes - das betone ich - Mittagessen - ich betone hier wieder das Wort Mittag - selbst zuzubereiten oder ein solches in einem nahegelegenen Gasthaus einzunehmen, oder nicht die Möglichkeit haben, mit Hilfe anderer - z. B. von Verwandten, Nachbarn oder bezahlten Helfern sich ein solches herbeischaffen zu lassen, oder ihnen solches aus finanziellen Gründen nicht zumutbar ist, können im Zuge des städtischen Essenszustelldienstes Essen auf Rädern mit einer warmen Mahlzeit versorgt werden." Wie sieht das nun wirklich aus? Durch die Anschaffung eines größeren Fahrzeuges für diese soziale Einrichtung, begründet mit Personalmangel bzw. Kosten, können wesentlich mehr Essensportionen mitgenommen werden. Das heißt de facto, die ersten Bezieher von Essen auf Rädern erhalten ihr Essen bereits Stunden vor Mittag und müssen, sollte der erste Punkt der Richtlinien zutreffen, zu einer ausgesprochen ungewohnten Zeit bereits ihr Mittagessen einnehmen oder das zu früh eingelangte Essen zur Mittagszeit im kalten Zustand verzehren. Es wäre daher sicherlich im Sinne unserer älteren Mitbürger, kleinere Fahrzeuge einzusetzen, personalmäßig mit Zivildienern oder Jugendlichen ohne Arbeitsplatz aufzustocken und so für eine einwandfreie Essensversorgung nach den vorgesehenen Richtlinien zu sorgen.

Zu unserer Forderung, Seniorenpässe auch für Frühpensionisten auszugeben, möchte ich folgende Feststellung treffen. Sozialleistungen sollen in erster Linie sozial Bedürftigen zugute kommen. Daher kann sich die ÖVP-Fraktion eine Staffelung bei den Seniorenpässen vorstellen. Es sind unter den im Jahre 1986 rund 6.500 ausgestellten Seniorenpässen sicherlich Inhaber darunter, die Pensionen von S 15.000,-- oder mehr beziehen. Denen ist es sicherlich zumutbar, für den Seniorenpaß einen gewissen Beitrag zu leisten. Der Begründung, aus verwaltungstechnischen Gründen sei dies nicht möglich, muß mit dem Hinweis auf die Anschaffung einer kapazitätsstarken EDV-Anlage begegnet werden. Wir alle, die wir im Berufsleben stehen wissen, daß Frühpensionisten nicht die Möglichkeit hatten, ihre Versicherungsmonate beizubringen und so nicht die volle Bemessungsgrundlage und ihre volle Pension erreichen konnten.

Es ist daher nichts weiteres als ein soziales Gebot, unbeschadet des Lebensalters diesen Personenkreis in die Aktion Seniorenpässe einzubeziehen. Es kann davon ausgegangen werden, daß mit den vorgesehenen Mitteln das Auslangen gefunden werden kann, da im Jahre 1985 gegenüber 1984 bei den Freifahrten für Senioren ein Rückgang von 3.173 zu verzeichnen war.

Einen kleinen Punkt möchte ich vielleicht noch anschließen. Laut GR-Beschluß vom 30. Oktober 1986 wurde der Bon-Wert der Gutscheine für kulturelle Veranstaltungen erhöht. Leider kann aufgrund der Fahrplangestaltung der städtischen Verkehrsbetriebe das sicherlich ausreichende Angebot an kulturellen Veranstaltungen oft nicht angenommen werden. So verkehren z. B. auf der Linie 2 Krankenhaus-Mayrpetersiedlung an Sonn- und Feiertagen, wo in der Regel derartige Veranstaltungen stattfinden, ab 15.05 bzw. 15.55 Uhr keine Busse der städtischen Linie. Dies müßte von den Verantwortlichen der Stadtwerke neu überdacht werden. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollege Wallner für seinen Diskussionsbeitrag. Nächster ist Kollege Rohrauer.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es reizt sehr, zu den Äußerungen der Fraktionsobmänner und der anderen Debatantenredner sich zu Wort zu melden. Es gibt sehr viel, wozu man etwas sagen kann.

Ich möchte mich aber kurz halten, damit auch nachfolgende Redner Zeit und Ihre Aufmerksamkeit haben.

Dieser Gemeinderat hat ein Entwicklungskonzept der Stadt Steyr beschlossen, in dem es unter anderem um die Freizeitanlage im Resthof geht. Unter anderem hat auch hier die ÖVP das mitbeschlossen. Deshalb verwundert es mich an und für sich jetzt, daß bei der ersten und billigsten Einrichtung einer Sportart, und zwar die Asphaltbahnen, jetzt deren Notwendigkeit angezweifelt wird. Speziell, wo es im Resthof bereits eine aktive Sportlergarde gibt, die nicht unbedingt immer heimatlos bleiben will. Selbstverständlich haben sich die Sportler dort auch Gedanken gemacht, daß die Lärmentwicklung in diesem Bereich so weit als möglich hintangehalten wird, sei es durch einen Lärmschutzwall, sei es durch Be-
sträucherung. Eines ist sicher, die Lärmentwicklung von der Polizeisportanlage auf der anderen Seite der Enns ist logischerweise durch die Enns viel stärker in der Luft als die Lärmentwicklung unserer Anlage. Jedenfalls brauchen 3.500 Einwohner des Resthofes etwas, wo sie ihre Freizeit verbringen können. Damit soll ein erster Schritt getan werden.

Zu Kollegen Holub habe ich auch noch etwas zu sagen, und zwar über das Personal. Ich darf hier verweisen, daß das Personal - ohne Pensionen - 37,2 Prozent des Budgets ausmachen, das ist ja schon erwähnt worden. Andere Städte haben Anteile von 50 - 60 Prozent. Graz z. B. 52 Prozent. Wenn man heute betrachtet, daß es hier ein Altersheim gibt - diese Verrechnung wäre ja schön, wenn wir dort 200 Bedienstete hätten, dann könnte auch jede Woche gewaschen werden. Du hast nur falsch zusammengezählt, weil am Schluß steht die Gesamtsumme und da hast Du hingesehen.

Dann gibt es einen Wirtschaftshof, dann gibt es Hortnerinnen und Kindergärtnerinnen. Es gibt die Stadtwerke. Wenn man das alles zusammennimmt, so sind das 93 Prozent der Bediensteten dieser Stadt, die im Dienstleistungsbereich für die Bewohner dieser Stadt arbeiten. Nur ein ganz geringer Anteil muß sich mit der Hoheitsverwaltung befassen und erbringt keine Dienstleistung in dem Sinne. Selbstverständlich erbringen auch diese eine Dienstleistung für die Bevölkerung durch ihre Dienste.

Da verstehe ich den Ausdruck der Begünstigungen an Beamte nicht, wo die Stadt Steyr mit ihren Bediensteten sicherlich effektiver arbeitet als andere Städte. Begünstigungen an Beamte oder Bedienstete, die im Altersheim arbeiten, im Wirtschaftshof arbeiten, in den Kindergärten arbeiten, bei den Stadtwerken arbeiten, diese Dinge kann ich nicht verstehen bei diesem Prozentsatz von Personalanteil am Budget.

Zu Kollegen Tremel möchte ich noch sagen, daß natürlich S 5.000,-Wohnungsmiete für eine Wohnung von 120 m² gelten. Die Durchschnittsmieten sind S 3.500,-, S 4.000,- bzw. S 4.300,-. Das ist sicherlich teuer, das ist keine Frage. Aber Gott sei Dank gibt es ja dafür Mietenbeihilfen und Zuschüsse durch die öffentliche Hand.

Zum Abschluß kommend möchte ich zu Kollegen Spöck sagen, Sie haben offensichtlich übersehen, daß der Finanzplan der GWG ebenfalls mit beschlossen wird beim Voranschlag. Hier stehen 43 Millionen für den Wohnungsbau drinnen, die Stadt mit 4 Millionen, das Land Oberösterreich mit 26 Millionen und der Kapitalmarkt mit 11 Millionen, Baukosten mit 2 Millionen. Die GWG selber macht also etwas im Wohnungsbau. Sicherlich nicht in der Altstadterhaltung oder für Eigentumswohnungen und dergleichen. Dazu gibt es ja andere Wohnungsgesellschaften.

Zum Wanderweg an der Krone der Lauberleite darf ich sagen, daß ein Weg dort ist. Und wenn man durch den Resthof geht und entlang der Fa. Sommerhuber ist auch ein solcher Weg, und man kann da mit Kinderwagen sehr wohl in das Brunnenschutzgebiet gelangen. Auch mit dem Rad ist das möglich. Neben der Fa. Sommerhuber führt ein Weg, auf diesem gelangt man auf die Infangstraße und dort kann man schön in das Brunnenschutzgebiet fahren oder gehen, und zwar auf verkehrsarmen Straßen.

Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Man sollte ein bißchen mehr Sorgfalt walten lassen bei den Ermittlungen. Sie haben bei der vorletzten Gemeinderatsitzung etwas gesagt und haben offensichtlich selber initiiert, daß die Neubauten im Resthof schwer zu beheizen sind. Es müßten die meisten Mieter im Resthof S 5.000,- nachzahlen. Das möchte ich berichtigen. Von den 1.200 Mietern bekommen etwa 1.100 Guthaben zurück und 100 haben Nachzahlungen zu tätigen. Eines steht auch fest, wir haben eine der geringsten Heizkosten mit S 8,33/m².

Zur Mutterberatung kann ich sagen - ich habe Gott sei Dank heute beim Land angerufen - möchte ich feststellen, daß diese Mutterberatung vom Referat Reichl sehr wohl befürwortet, an die Finanzabteilung weitergeleitet wurde und dort wurde festgestellt, daß die Kosten dieser Mutterberatung zu hoch wären die jährlichen und das wurde mit einer Ablehnung an diese Abteilung zurückgeschickt. Der Finanzreferent ist der Landeshauptmann und vielleicht kann er seinem Herzen einen kleinen Stoß geben und den Müttern und Kindern im Resthof ein Weihnachtsgeschenk beschere, wenn er den abgelehnten Antrag wiederum aufleben ließe und positiv erledigen könnte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Beitrag. Kollege Wieser ist der Nächste.

GEMEINDERAT WOLFGANG WIESER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem Beitrag zum Budget 1987 werde ich mich mit den Vorstellungen der ÖVP-Fraktion zum Straßenbau und zu den Verkehrsmaßnahmen in unserer Stadt befassen.

Im aoH sind für den Ausbau unserer Gemeindestraßen ca. 27 Millionen Schilling

vorgesehen, wobei in diesen 27 Millionen für den Wehrgraben alleine 7 Millionen vorgesehen sind. Wir finden es erfreulich, daß im aoH eine Reihe von Straßen angeführt ist, die im nächsten Jahr saniert werden sollen. Trotzdem vermissen wir einige Straßenzüge und Wege, die unbedingt saniert werden müßten und deren Verwirklichung von der ÖVP-Fraktion schon Jahre gefordert wurde. So z. B. die Verlegung der Kegelprielstraße im Bereich des Staffelmayrgutes, die im Straßenerhaltungsprogramm endlich enthalten ist. Hoffentlich wird sie auch verwirklicht. Diese Maßnahme dient sicher der allgemeinen Verkehrssicherheit. Das gleiche gilt für die Feldstraße beim Bauernhof Hießmayr. Unsere langjährige Forderung zum Umbau des Ennser Knotens hat bis heute noch keine Früchte getragen. Es liegt in unser aller Interesse, diese Kreuzung zu entschärfen und hier bald eine Lösung zu suchen und zu finden.

Das gleiche Problem haben wir auch bei der Kreuzung nach St. Ulrich. Im Asphaltierungsprogramm fehlt uns der noch nicht asphaltierte Teil der Hasenrathstraße.

Der Lilienhofweg gehört unserer Meinung nach neu asphaltiert, auch wenn Herr Kollege Lang das nicht für notwendig erachten sollte. Der Gehsteigausbau beim Haus Resselstraße 12 ist nun endlich zugesagt. Ärgerlich finden wir nur, daß wir zwei Jahre auf die Realisierung warten mußten.

Eine langjährige ÖVP-Forderung ist die Sanierung der Hangkronenwege Resthof und Dachsberg. Wenn wir uns schon als Christkindlstadt deklarieren, dann hat die Stadt auch die Verpflichtung, den Wanderweg vom Pufferberg über die Englstiege nach Christkindl instandzusetzen, um den Steyrern und den Besuchern unserer Stadt eine Wanderung nach Christkindl noch schmackhafter zu machen.

Vor drei Tagen wurde in Gleink die Bushaltestelle stadtauswärts asphaltiert. Lange hat es gedauert! Nur das Wartehäuschen fehlt noch, sowie auch in der Goldbacherstraße und Posthofstraße. Überdachte Plakatwände sind sicher nicht das, was sich unsere Bewohner unter einem Wartehäuschen vorstellen.

Zum Beleuchtungsprogramm. Die Straßenbeleuchtung in der Fischhubsiedlung bedarf einer dringenden Erneuerung und Verbesserung.

Zur Verbesserung des Verkehrsflusses in Steyr möchte ich eine Anregung bringen. Dazu ein Beispiel. Stellen Sie sich vor, Sie fahren die Seifentruhenumfahrung und wollen rechts abbiegen in die Wolfernstraße. Die Ampel ist rot. Sie wissen eigentlich nicht, warum Sie nicht abbiegen sollten. Die Ampel ist geschätzt 20 Sekunden rot. Das passiert 30 Fahrzeugen am Tag, das macht am Tag 10 Minuten aus, im Jahr 60 Stunden. 60 Stunden, bei denen ca. 100 Liter Benzin sinnlos durch den Auspuff gejagt werden. Deshalb fordere ich, daß wir dort, wo es verkehrstechnisch möglich ist, den Rechtsabbiegern bei geregelten Kreuzungen freie Durchfahrt ermöglichen.

Im Oktober 1987 wird die erste Rennbahn mit Steilkurve in Steyr eröffnet, die vierspurige Haratzmüllerstraße, mit einer Neigung von 5 Prozent. Das ist ein Höhenunterschied von einer Straßenseite zur anderen von fast einem Meter. Mit dem Radar der Polizei werden sicher Höchstwerte gemessen werden. Wenn ich an mein Geschäft denke, muß ich mir die Hände reiben. Die Ampel bei der Grenzgasse entschärft die Situation sicher. Positiv dazu ist der Fußgeherübergang, der dadurch geschaffen wird. Die Bewohner der Fischhubsiedlung werden ihn dankend annehmen. Zur Einbindung der Grenzgasse darf ich sagen, wer in den letzten Tagen das dort beobachtet hat, wird es wissen. Die jetzige Asphaltierung liegt nur 10 cm unter dem endgültigen Niveau. Kein Mensch kann sich nun vorstellen, wie ich zur Grenzgasse komme, eine Hebebühne wäre vielleicht eine Möglichkeit. Die Zufahrt zur Grenzgasse wird ziemlich steigen und wenn man an den Winter denkt und an die vereisten Straßen und man fährt von der Fischhub herunter - dem Auto ist es egal, ob die Ampel rot oder grün zeigt. Man kann nur hoffen, daß dort nichts passiert. Bei den zu erwartenden Verkehrsmaßnahmen entlang der Haratzmüllerstraße, bitte ich Sie besonders an die Betriebe und deren Kunden zu denken. Die ausgebaute Haratzmüllerstraße wird sicher erst

durch die Nordspange voll zur Wirkung kommen. Wir, die ÖVP-Fraktion, dringen auf eine Lösung im Bereich Dietach und damit auf eine baldige Verwirklichung der Nordspange.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollege Wieser für seinen Beitrag. Kollege Stadtrat Pimsl zum zweiten Mal.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! So ernst die Worte der Fraktionssprecher über die notwendigen Sparmaßnahmen geklungen haben, in der weiteren Diskussion ist zumindest bei der ÖVP nicht mehr recht viel zu sehen. Es scheint mir hier doch eher darum zu gehen, eine Lizitationspolitik zu betreiben, in dem man mögliche und durchaus berechnete Maßnahmen, die man sich wünscht, aufzählt, ohne aber dabei zu bedenken, daß wir uns nach den Einnahmen, die die Stadt zu erwarten hat, richten müssen. Wenn wir gemeinsam diesen Weg weiter fortsetzen, indem wir uns gegenseitig weitere Projekte aufzeigen und aufzählen, dann ist der Vorwurf, den Kollege Schloßgangl dem Kollegen Tremel gemacht hat, keine demagogische Art und Weise an den Tag zu legen, sicherlich nicht angebracht, ohne hier den Verteidiger für Kollegen Tremel zu spielen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Aber nur ein Beispiel für Lizitationspolitik, das ist nur leeres Gerede, Kollege!

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Das ist sicher kein leeres Gerede, denn wenn ich anfangs, von Kegelpriel bis zum Lilienfeldweg und wie sie alle heißen, dann ist uns allen, wie wir hier sitzen, bekannt, daß wir nach der Wertigkeit und Notwendigkeit von Verkehrsmaßnahmen sicherlich diese hier vorgeschlagenen und aufgezählten Dinge nicht vordringlich zu behandeln haben. Wenn man heute bereits über die Planung der Haratzmüllerstraße ein endgültiges Urteil fällt, dann frage ich, wer denn mit der Planung beauftragt ist - die Landesbaudirektion. Wir haben gemeinsam, geschätzte Kollegen und auch Du, lieber Kollege Holub, den Ausbau der Haratzmüllerstraße als notwendige Verbindung bezeichnet, um den Verkehr aus der Innenstadt hinauszubringen. Allerdings fehlt uns der wesentlichste Teil, die Nordspange, dazu. Zugegebenerweise ein Anliegen, welches wir gemeinsam vertreten. Wenn wir diese Probleme versachlichen, dann werden wir sicherlich auch zu guten, zu gemeinsamen Lösungen. Ich meine, daß wir immer unsere Verkehrsmaßnahmen nach den neueren Gegebenheiten zu überprüfen haben, denn was vor Jahren noch als gut und ausreichend gegolten hat, kann sich heute ganz anders darstellen. Ich glaube einmal mehr sagen zu dürfen, daß Verkehrsmaßnahmen nie endgültige Regelungen sein müssen und auch nicht dürfen, wenn sich bessere ergeben. Ich bin durchaus bereit, weiterhin Anregungen, Vorschläge mit aufzugreifen, um gemeinsam diese Absicht zu verwirklichen. Die Anregung, die Radwege zu kennzeichnen, habe ich gerne vernommen. Ich darf nur, ohne dazu etwas mehr zu sagen als notwendig ist, berichten, daß ich bereits eine entsprechende Beschilderung in Auftrag gegeben habe und diese Beschilderung im Frühjahr durchgeführt wird. Jetzt scheint sie mir nicht notwendig und daher auch nicht zweckmäßig. Aber diese Anregung ist sicherlich richtig und gut.

Wenn ich nun noch einige Worte zum Individualverkehr und zu den öffentlichen Verkehrsmitteln sagen darf. Meine Damen und Herren, wir sind uns sicherlich darüber einig, daß wir im öffentlichen Verkehr noch einige Ressourcen haben, die uns die Möglichkeit bieten, unsere Straßen und damit die Umwelt etwas weniger zu belasten. Wie wir das Umsteigen auf ein öffentliches Verkehrsmittel

zuwege bringen, das ist sicherlich noch eine Aufgabe, über die wir gemeinsam nachzudenken haben. Ich bin nicht überzeugt, daß es alleine mit einem attraktiven Preis gelingt, und ich bin auch nicht überzeugt und vor allem nicht begeistert, durch Verbote etwas zu erzwingen, was durch andere Möglichkeiten auch machbar erscheint. Das heißt, wir müssen überzeugen, daß es durchaus zumutbar erscheint, einige wenige Schritte zu Fuß zu machen, bevor man - es wurde mit Recht angeführt - das Benzin beim Kreisverkehr am Stadtplatz sinnlos hinauspulvert und damit noch die Umwelt und vor allem den Stadtplatzbesucher und -bewohner noch mehr bealstet. Das gilt genau so für andere Bereiche. Ich bin daher der Auffassung, daß wir die Anregung, etwas zu unternehmen, nicht nur als Ankündigung bezeichnen, sondern tatsächlich gemeinsam an Lösungen arbeiten, die zumindest im ersten Ansatz einige Verbesserungen bringen und aus der Erfahrung der ersten Ansätze weitere Schritte möglich machen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Pimsl für seinen Beitrag. Nächster Redner ist Kollege Hochrather.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte mich in meinem Beitrag zum Voranschlag 1987 einmal nicht zum Thema Verkehr, auch nicht zum Thema Zahlen, Prozente und Summen melden, sondern ich möchte einige Gedanken zum großen und sehr wichtigen Thema Umwelt, Umweltschutz und Umweltvorsorge aus der Sicht der ÖVP vorbringen und in diesem Beitrag aussprechen, was wir als Gemeinde, als Gemeindemandatar, aber auch als Privatperson für unsere Umwelt tun können.

Beim Umweltschutz ist es wie in der Medizin. Es gehören die Ursachen bekämpft und nicht die Symptome. Wie in der Medizin gilt auch beim Umweltschutz die Devise "Vorbeugen ist besser als heilen". Wenn man von Maßnahmen des Umweltschutzes hört, hört man meist von Maßnahmen der Entsorgung von umweltbelastenden Stoffen, also vom technischen Umweltschutz oder vom Wiederverwerten von Stoffen, dem sogenannten Recycling.

Ich will in meinem Beitrag mich jedoch nicht mit dem technischen Umweltschutz befassen, sondern ich möchte aufzeigen, welche vorbeugenden Maßnahmen ergriffen werden können, um Umweltbelastungen überhaupt zu vermeiden. Eine erfolgreiche Umweltvorsorge besteht ohnehin primär im Vermeiden von Schäden. Wenn jemand nur vom Beseitigen der Umweltschäden spricht, dann liefert er den Beweis dafür, daß er das Problem noch nicht begriffen hat.

Ich möchte nur als Beispiel anführen den Lärm. Der Lärm läßt sich nicht beseitigen, auch Giftstoffe lassen sich nicht beseitigen, denn sie lassen sich nur in weniger gefährliche Stoffe umwandeln. Auch kann man Umweltprobleme in der heutigen Zeit nicht nur für einen kleinen Raum betrachten. Es bestehen weltweite Zusammenhänge. Als Beispiel möchte ich nur auf das Reaktorunglück in Tschernobyl und die Chemieunfälle in der Schweiz verweisen. Es bringt nichts, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten, bis man sich international auf irgend etwas einigt und glaubt, die anderen sind die Hauptschuldigen. Es muß alles menschenmögliche unternommen werden, um die Umweltbelastungen so gering wie möglich zu halten. Jeder Einzelne muß den Anfang machen. Wir haben nicht nur das Recht auf eine saubere Umwelt, sondern wir haben auch die Pflicht, diese Umwelt sauber zu halten.

Wodurch entstehen nun diese Umweltprobleme? Umweltprobleme entstehen durch menschliches Fehlverhalten gegenüber der Natur, durch die verfehlte Art, Güter zu konsumieren. Dieses Fehlverhalten hat es möglicherweise schon

immer gegeben, die Folgen waren jedoch lokal begrenzt. Die heutigen Umweltprobleme sind derart schwerwiegend, daß sie zu einer weltweiten Katastrophe führen können, wenn nicht rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen gesetzt werden. Nochmals die Erwähnung von Tschernobyl und den Chemieunfällen in der Schweiz. Ich kann Ihnen mit meinem Beitrag sicher nicht den vollen Ernst der Lage vor Augen führen. Es fehlt mir dazu die nötige Information und die Sachkenntnis. Auch kann das Aufzeigen von Problemen zwar wachrütteln, wichtiger ist es aber, Lösungen anzubieten. Es muß daher nach meiner Meinung ein Umdenken einsetzen. Bisher hat sich der Mensch gefragt, was will ich noch alles? Das neue Denken muß von den Grenzen ausgehen, was könnte ich vielleicht noch tun. Als Lösungen, die wir im Rahmen unserer Gemeindetätigkeit, aber auch als Privatperson durchführen können, möchte ich folgendes erwähnen. Was können wir z. B. gegen Luftverschmutzung tun? Hauptursachen für die Luftverschmutzung sind die Industrie, die Heizung und der Verkehr. Heizung und Verkehr sind Bereiche, wo viel unternommen werden könnte. Hauptgrund für die Luftverschmutzung finde ich ist auch der Energieverbrauch. Hier gilt der Grundsatz, die sauberste und billigste Energie ist die eingesparte Energie. Bei der Heizung sind zwar Einsparungen nur begrenzt möglich, weil durch zu wenig heizen das Wohlbefinden beeinträchtigt werden kann. Es lassen sich auf diesem Sektor sehr wohl Einsparungen erzielen, durch energiebewußte Lage von Gebäuden, wie z. B. Orientierung nach der Sonne, die Beachtung der Besonnung auch im Winter durch die Anordnung der Fenster und dergleichen. Für all diese Punkte kann seitens der Gemeinde Wesentliches mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan beigetragen werden. Einige Sätze möchte ich auch dem Thema Verkehr und Umwelt widmen. Das Auto wird vielfach als Umweltfeind Nr. 1 bezeichnet. Neben technischen Maßnahmen zur Verminderung des Schadstoffausstoßes, wie z. B. Vergaser einstellen, Katalysator, bleifreies Benzin usw. Am Auto selbst ist es jedoch primär wichtig, Maßnahmen zu treffen, daß weniger mit dem Auto gefahren wird. Verkehrspolitik sollte nicht nach einer Konkurrenz Straße Bahn, sondern nach gegenseitiger Ergänzung ausgerichtet sein.

Welche Maßnahmen kann nun hier die Gemeinde treffen, die vor Emissionen schützen bzw. den Autoverkehr eindämmen? Als erstes möchte ich erwähnen, den Aus- und Neubau von Straßen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Jede neue Straße bewirkt zusätzlichen Verkehr. Beim Neubau von Umfahrungsstraßen soll parallel dazu eine Verkehrsberuhigung im Zentrum oder in Wohngebieten erfolgen. In Wohngebieten im besonderen durch die Schaffung von Wohnstraßen, Fußgängerzonen oder fußgängerfreundlichen Zonen. Wohngebiete sollen auch nur dort ausgewiesen werden, wo Infrastruktureinrichtungen wie Kindergärten, Volksschule, Nahversorgung öffentlicher Verkehr usw. im fußläufigen Einzugsbereich liegen.

Als zweites sollte man Alternativen anbieten, wie z. B. die Forcierung des öffentlichen Verkehrs, Radwege schaffen. Das Fahrrad ist ja ideal für geringe Entfernungen.

Weiters möchte ich als Betrachtungspunkt den Lärm erwähnen. Der Lärm wird als die Geißel der Menschheit bezeichnet und verursacht auch die große Gefahr von Dauerschäden. Hier würden sich folgende Lösungen anbieten. Die Trennung der Widmungskategorien, Betriebsbaugebiet und Wohnbaugebiet, im Flächenwidmungsplan; die Vorschreibung von Lärmschutzmaßnahmen bereits am Bauwerk, wie z. B. die Dreifachverglasung. Vorschreibung von Lärmschutzmaßnahmen auch beim Verursacher. Neben der Luftreinhaltung kommt auch der Gewässerreinhaltung besondere Bedeutung zu. Die Sicherung unserer Trinkwasservorräte hat absoluten Vorrang gegenüber allen anderen Nutzungen. Trinkwasservorräte dürfen durch Bauland, Straßen, Deponien und dergleichen nicht beeinträchtigt werden. Für die Stadt Steyr daher besonders wichtig die Prospektierung neuer Brunnenfelder, und zwar von Brunnenfeldern, die nicht in unmittelbarer Umgebung der Deponie liegen.

Wichtig ist auch, daß Bauland dort ausgewiesen wird, wo der Kanalanschluß möglich ist. Auch muß die Selbstreinigung unserer Gewässer erhalten bleiben. Einer guten Landschaftsplanung, wo auch auf eine Baulandeignung eingegangen wird, kommt besondere Bedeutung zu. Der Boden ist unsere Ernährungsgrundlage. Durch eine Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft konnten die Flächenverluste wettgemacht werden. Die Produktionssteigerung war jedoch nur durch erhöhten Einsatz von Energie und chemischen Mitteln möglich. Beides ist jedoch umweltbelastend und auf ferne Zukunft nicht sichergestellt. Bauliche Anlagen wie Gebäude, Straßen, Leitungen und dergleichen, sollen daher landschaftsschonend und landschaftsverbunden errichtet werden. Bedeutsam finde ich auch den Ortsbildschutz. Ortsbildpflege darf nicht nur das formale, sondern muß auch das Funktionale erfassen. Nicht nur die Fassade, sondern auch das Dahinter. Die Möglichkeiten der Gemeinde bei der Ortsbildpflege sind vielfältig, und zwar durch Bauberatung, Bebauungspläne, Gestaltung, Satzung, Fassadenaktionen, Bepflanzung und dergleichen. Auf dem Gebiet der Ortsbildpflege hat die Stadt Steyr in den letzten Jahren bereits Bedeutendes geleistet. Wenn ich nur an die Fassadenaktion, die durch diese Aktion renovierten und zum Teil revitalisierten Häuser im Bereich des Stadtplatzes und Ennskais denke. Während man hier im historischen Stadtbereich die Notwendigkeit der Ortsbildpflege schon sehr früh erkannt hat, wird dem Ortsbildgedanken in den Randbereichen noch nicht dieselbe Bedeutung beigemessen. Dabei kommt auch den Siedlungen am Rande unserer Stadt mit ihren Häusern und Gärten ebensolche Bedeutung bei. Die Hausgärten sollten einen ökologischen Ausgleich zur intensiven Landwirtschaft, Bodenverlust und zu den Umwelteinflüssen bieten. Es sollten daher ökologische Gesichtspunkte bei der Gartengestaltung berücksichtigt werden, denn im eigenen Garten steht man der Natur am nächsten.

Ortsbildpflege stellt demnach auch einen bedeutenden Beitrag zur Umweltpolitik dar.

Nun zu einem weiteren Betrachtungspunkt, der immer mehr Bedeutung gewinnt, was die Erhaltung unserer Umwelt betrifft. Es ist dies der immer größer werdende Anfall an Müll und die Beseitigung dieses Abfallberges. Laut Statistik produzieren die Oberösterreicher jährlich eine Müllpyramide, die auf der Grundfläche des Linzer Hauptplatzes aufgetragen, den Pöstlingberg überragen würde. Dieser Müllpyramide liegt ein Müllanfall pro Kopf von durchschnittlich 215 kg pro Oberösterreicher zugrunde. Der Pro-Kopf-Anfall in Steyr an Müll liegt bedeutend höher, nämlich bei 364 kg pro Kopf, das ist um etwa 27,5 Prozent höher als der gesamtösterreichische Durchschnitt. Diese Abfallmengen nehmen österreichweit um ca. 2 - 3 Prozent zu. Auch die Zusammensetzung dieser Abfälle wird immer kritischer. Ursachen für diese Steigerung sind steigender Verbrauch, aufwendigere Verpackung, kürzere Nutzungsdauer und neue Materialien. Diese ständig wachsende Müllmenge und die immer problematischer werdende Zusammensetzung der Abfälle und ihre oft unsachgemäße Behandlung können sich sehr negativ auf unsere Umwelt auswirken, nämlich durch Verunreinigung von Grund- und Oberflächenwassern, Verunreinigung des Bodens, der Luft, Störung des Landschaftsbildes, Verbreiterung von Ungeziefer, Krankheitserregern, Schäden an der Vegetation und gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden am Menschen. Es muß daher ein modernes Abfall-Wirtschaftskonzept nach folgenden vier Grundsätzen ausgerichtet sein.

1. Abfälle vermeiden durch Änderung der Einkaufsgewohnheiten. Z. B. einkaufen von Waren, bei denen wenig Verpackungsmaterial anfällt.
2. Abfälle vermeiden, z. B. weg von Einwegverpackungen und umsteigen auf Mehrwegverpackungen. Glas ist eine umweltfreundliche Verpackung und kann mehrmals verwendet werden.
3. Abfälle verwerten, z. B. getrennte Behandlung von verwertbaren und nicht verwertbarem Müll und
4. - das sollte erst das Letzte sein - den nicht verwertbaren Abfall erfassen und umweltgerecht beseitigen. Für die Beseitigung des

nicht verwertbaren Mülls spielt eine umweltbewußte Deponieführung eine große Rolle. Durch eine weitgehende Humusierung des aufgeschütteten Mülls sollte die Geruchsbelästigung möglichst eingedämmt werden. Bei gut geführten Deponien sollte auch der unbedeckte Müll nie eine größere Fläche als 250 Quadratmeter aufweisen. Ebenfalls ist für den Schutz des Grundwassers zu sorgen. Mit der Errichtung der neuen Mülldeponie in Hausleiten wurden von der Stadt Steyr all diese Erfordernisse erfüllt. Beim Betrieb der alten Deponie war ja laut einiger Analysen zeitweise die erforderliche Trinkwasserqualität nicht mehr gewährleistet, was schließlich zur Sperre der alten Deponie geführt hat.

An dieser Stelle möchte ich nochmals auf die bereits angeführte Forderung, nämlich die Prospektierung zusätzlicher Brunnenfelder erinnern, damit die Trinkwasserversorgung für unsere Stadt gewährleistet ist. Leider habe ich im Voranschlag 1987 für die Erschließung neuer Brunnenfelder keinen Betrag vorgefunden. Die Stadt Steyr hat auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung und Altstoffsammlung bereits Bedeutsames geleistet. Es wurde im Sommer dieses Jahres ein neues Systementsorgungskonzept für Alt- und Problemstoffe vorgestellt, das weitgehend auf die Situation in unserer Stadt ausgerichtet ist. Auch die regelmäßig durchgeführten Problemstoffsammlungen haben sich bestens bewährt und sind ein bedeutender Beitrag zum aktiven Umweltschutz. Es muß uns daher als Gemeinde ein besonderes Anliegen sein, die Bürger unserer Stadt durch gezielte Information zu mehr Sorgfalt zum Umgang mit dem Abfall zu motivieren. Zu dieser Motivation der Bürger zu mehr Umweltschutz durch getrennte Müllbehandlung zählt für mich auch die Gestaltung der Müllsammelstellen. Einige solcher Sammelstellen in unserer Stadt machen durch verbeulte und verrostete Abfallsammelbehälter keinen sehr einladenden Eindruck. Als Alternative für diese desolaten Behälter bieten sich die von einer Firma in einer Nachbargemeinde vertriebenen neuen Sammelbehälter an. Diese Behälter, die von dieser Firma, die sich schon seit Jahren mit dem Sammeln von Altstoffen beschäftigt, selbst entwickelt wurden, bieten neben längerer Lebensdauer auch noch eine weitere Anzahl von Vorteilen. Für mich der bedeutendste Vorteil ist jedoch, daß man diese Container unter Anbringung der entsprechenden Tafel neben der Verwendung als Glassammelbehälter auch als Sammelbehälter für Aludosen, Blechdosen, Papier, Kunststoff und Alttextilien verwenden kann. Es kann daher bei der Verwendung dieser völlig gleichartig gestalteten Container für verschiedene Altstoffe jeweils eine saubere und formschöne Sammelstation für sämtliche Altstoffe errichtet werden.

Ich möchte daher an die Stadt appellieren, bei Ersatzbeschaffungen oder Neuananschaffungen auf diese Container zurückzugreifen, zumal diese Container von Steyrer Firmen hergestellt werden und damit auch Arbeitsplätze in unserer Stadt gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Abschließend möchte ich nochmals erwähnen, daß es an uns liegen wird, durch entsprechende Information die Bürger zu mehr Sorgfalt bei der Abfallbeseitigung zu motivieren. Der Erfolg von Maßnahmen zur Vermeidung und Abfallbeseitigung hängt wesentlich vom Informations- und Motivationsstand der Bürger ab. Zur Erreichung eines entsprechenden Problembewußtseins und einer überdurchschnittlichen Mitmachbereitschaft ist jedoch relativ hochwertige Information der Bürger notwendig. Bemühen wir uns, dem Bürger diese Information zu geben und wir alle werden von einer Reduktion des Müllanfalles profitieren und damit einen wesentlichen Beitrag zur besseren Erhaltung unserer Umwelt leisten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Hochrath für seine Ausführungen. Ich möchte mich auch an der Debatte beteiligen und ersuche Kollegen Holub um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte erstens um Ruhe und zweitens um den Beitrag des Herrn Bürgermeisters.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, diese Budgetdebatte dauert schon einige Zeit und ich darf auf den zuletzt vorgebrachten Beitrag kurz eingehen.

Es ist sicher nicht meine Aufgabe und ich werde das auch nicht tun, daß ich auf jeden einzelnen Diskussionsbeitrag eingehe, aber einige grundsätzliche Stellungnahmen sind mir wohl gestattet. Auf die einzelnen Beiträge wird Kollege Wippersberger in seinem Schlußwort sicher eingehen. Grundsätzlich darf ich zu Kollegen Hochrathner sagen, daß es kein Zufall ist, daß wir ein Umweltschutzreferat eingerichtet haben und daß Kollege Pimpl der zuständige Referent ist. In diesem Referat ist auch vereint das Verkehrsreferat. Es ist sicherlich damit eine gewisse Absicht verbunden gewesen, weil wir wissen, daß der Verkehr zweifellos ein Erreger ist. Ich möchte aber eine kleine Richtstellung vornehmen. Es wurde angeführt von Kollegen Hochrathner, daß der Müllanfall in Steyr höher ist als der Müllanfall im oö. Durchschnitt. Hier darf ich die Berichtigung vorbringen, daß dies auf alle Städte zutrifft. Ich kann jetzt nicht konkret die Zahlen von Linz und Wels sagen, es ist aber selbstverständlich, daß gerade in den dichtbesiedelten Gebieten der Müllanfall ein höherer ist, aus Gründen, die ich in diesem Kreis nicht erläutern brauche. Die Verwendung von Fernwärme usw. spielt hier eine große Rolle. Ich glaube auch, daß es notwendig ist, daß wir einen Umdenkprozeß einleiten. Dieser Umdenkprozeß ist durch erhöhte Information der Bevölkerung notwendig. Ich glaube, daß hier das Umweltschutzreferat auf dem richtigen Weg ist, daß hier die notwendigen Schritte gesetzt werden und daß wir grundsätzlich, das darf ich noch einmal wiederholen, keine Auffassungsunterschiede parteilich gesehen hier haben. Wir werden alles tun, um die entsprechenden Informationen an die Bevölkerung zu bringen. Wir werden das Amtsblatt im verstärkten Maß dazu verwenden, unsere Informationsmöglichkeit damit auszubauen. Soweit kurz zu dieser Stellungnahme.

Grundsätzlich zum Budget 1987 darf ich sagen, daß dieses Budget 1987 sicherlich niemanden in hellen Jubel ausbrechen läßt, weil es unter denkbar schwierigen Voraussetzungen zu erstellen war und erstellt wurde. Dieses Budget ist der Realität angepaßt worden und nimmt auf alle Agenden, die unsere Stadt und die Menschen, die hier wohnen, betreffen, Bezug. Es wurde aus den bereits angeführten Gründen - ich glaube, ich brauche mich nicht wiederholen, das ist aus vielen Beiträgen hervorgegangen - vorwiegend aus der besonders ungünstigen wirtschaftlichen Situation sehr vorsichtig erstellt und budgetiert. Ich möchte aber doch auf einige Punkte kurz eingehen. Daß die Situation so kritisch ist derzeit, liegt natürlich in erster Linie an der wirtschaftlichen Entwicklung unseres größten Betriebes. Wir hätten aber, das glaube ich, eine gewisse Milderung erfahren können, wenn das Land Oberösterreich - das sage ich sehr deutlich, - bereit gewesen wäre, unseren Vorschlag auf Verlängerung des Sonderförderungsprogramms bereits bei der ersten Vorsprache bzw. bei der ersten Einreichung aufgegriffen hätte. Es war nämlich während des ganzen Jahres die Arbeitslosenziffer in Steyr und in der Region Steyr höher als im Landes- und im Bundesdurchschnitt. Ich muß Kollegen Eichhübl widersprechen, wir haben alles unternommen im Jänner, das weißt Du selbst, da hat der Gemeinderat einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der die Verlängerung oder eine

andere Form der Sonderförderung verlangt wurde. Das wurde vom Land abgelehnt und alle unsere Vorstellungen und Vorsprachen blieben ohne Reaktion, ohne positive Reaktion, bis die Situation in den Steyr- Werken so kritisch wurde, daß es einfach nicht mehr anders ging. Ich bin sehr froh darüber, daß man endlich jetzt die Möglichkeit findet, diese Sonderförderung wieder einzuführen. Wäre diese Sonderförderung sofort verlängert worden, glaube ich, wäre der eine oder der andere Betrieb motiviert gewesen, schon bei uns zumindest in Verhandlungen wegen eines Standortwechsels oder eines Standortes in unserem Bereich einzutreten. Ich darf darauf hinweisen, daß ich gestern Gespräche mit einem Unternehmen aus Deutschland geführt habe. In diesem ersten Gespräch, hier geht es ja um eine Produktionsstätte für Spezialgeräte, in diesem ersten Sondierungsgespräch kam auch seitens der Gesprächspartner der deutschen Unternehmer zum Ausdruck, daß sie wissen möchten, wie schaut jetzt die Möglichkeit aus. Ich konnte ihnen leider diesbezüglich keine bindenden Auskünfte geben. Wir werden uns natürlich seitens der Stadt in diesem Zusammenhang auch nicht verschließen, unseren Beitrag zu leisten.

Im Gegensatz zu Kollegen Holub möchte ich hier keine Prognosen stellen. Es wäre aber erfreulich, wenn seitens des Landes die schwierige Situation in der Gemeinde - das betrifft ja nicht nur unsere Gemeinde, sondern es trifft die Gemeinden im allgemeinen - dazu führt, die Hilfestellungen seitens des Landes in vermehrtem Maß zu geben. Ich denke hier an eine Reduzierung oder überhaupt an eine Abschaffung der Landesumlage. Ich denke auch im Hinblick auf unsere schwierige Lage im ZAH an eine Reduzierung oder Einschränkung des Krankenanstaltenbeitrages. Auch hier wäre uns sehr geholfen, wenn wir die Möglichkeiten hätten, größere Zuschüsse zu bekommen.

Wir zahlen laut Kollegen Wippersberger mehr als 70 Mill. S an das Land und erhalten in etwa 22 - 24 Mill. S. Dieses Mißverhältnis sollte sich, glaube ich, ändern. Kollege Holub hat in einigen Vorschlägen einige Sparvorschläge unterbreitet, die durchaus, meines Erachtens nach, prüfenswert sind. Aber mir fehlt der Vollständigkeit wegen dieser Vorschlag, die Ergänzung, daß man auch an das Land herantreten sollte, in erhöhtem Maß herantreten sollte. Hier ersuche ich um die Unterstützung aller Fraktionen, daß dem Land in entsprechend drastischer Weise unsere finanzielle Situation geschildert wird, damit man Möglichkeiten zumindest landesweit sucht. Ich glaube, daß dieser Wunsch zumindest zur Vollständigkeit dazugehört hätte.

Zum aktiven Beitrag zum Zentralaltersheim, den habe ich sehr gut verstanden, darf ich sagen, daß es zu den Grundsätzen der sozialistischen Politik gehört, sich um Randschichten der Gesellschaft besonders zu kümmern. Darauf brauchen wir nicht extra aufmerksam gemacht werden. Es gäbe die sozialistische Bewegung nicht, wenn nicht diese Umstände eingetreten wären, daß es in der Gesellschaft bestimmte Randschichten gibt, die nicht allgemein mithalten können. Die älteren Mitbürger, die Insassen in unserem Zentralaltersheim, gehören zu diesen Randschichten. Ich darf versichern, daß wir auch seitens der sozialistischen Fraktion selbstverständlich alles tun werden, um Verbesserungen so weit wie möglich bzw. denkbar, vorzunehmen.

Zur Förderungspolitik darf ich anführen, ich möchte mich da wiederholen, ich habe das Kollegen Tremml schon sehr oft gesagt, aber ich glaube, in der Wiederholung liegt eine gewisse Konsequenz, wenn wir den Betrieb der BMW-Motorenwerke in Steyr nicht hätten in dieser Form, wäre die wirtschaftliche Lage der Stadt und die wirtschaftliche Lage, die Arbeitsmarktlage im allgemeinen, eine katastrophale. Es wären immerhin jetzt 1.600 Arbeitsplätze, die nicht vorhanden wären. Keiner kann mir alternativ Lösungen hier sagen. Ich glaube daher, daß die Gelder, die wir hier vorsehen, zurecht vorgesehen sind in unserem Budget. Wir werden natürlich vor der Auszahlung entsprechende Prüfungen vornehmen und Gespräche führen.

Ich glaube auch, daß wir als Stadt auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung

mit rund 6 Mill. bzw. 8,5 Mill. mit den Aufschließungskosten, die von uns gezahlt werden, sehr tief in die Tasche greifen. Das ist immerhin der Beitrag eines Jahres, den wir hier leisten. Ich glaube auch, daß es notwendig ist, daß wir die Steyr-Werke bei der Errichtung der Lehrwerkstätte weiterhin unterstützen. Mir ist nicht bekannt, daß die Steyr-Werke weniger Lehrlinge als uns ursprünglich zugesagt wurde, in der neuen Lehrwerkstätte ausbilden. Wir werden uns genauestens erkundigen und ich kann mir vorstellen, daß wir auch über die Höhe der Subvention sprechen, wenn das tatsächlich der Fall ist. Eine Zusage seitens des Werkes, 50 Lehrlinge pro Jahr anstatt nur 46, auszubilden, liegt vor. Das möchte ich zur momentanen Situation sagen. Es sind mehr wie 50 Lehrlinge und wir haben uns als Limit gesetzt, 50 Lehrlinge jährlich mehr, das sind immerhin 50 Lehrplätze für junge Menschen in unserem Bereich, die zur Verfügung stehen, die wir sonst nicht hätten. Ich bitte also hier um die Unterstützung aller Fraktionen. Abschließend möchte ich darauf hinweisen, daß ich hoffe, wenn wir uns gemeinsam bemühen, die wirtschaftlich schwierige Situation, in der wir sind, zu meistern, daß dieses gemeinsame Bemühen letztlich auch Früchte tragen wird. Ich rufe alle Fraktionen zur aktiven Mithilfe auf.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich danke für den Beitrag und gebe den Vorsitz zurück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nächster Diskussionsredner ist Kollege Steinmaßl.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte nicht ins Protokoll als Sitzungsverlängerer kommen, aber ich bin von einigen Debattenrednern als Referent der Stadtwerke mehr oder minder direkt angesprochen worden und dazu möchte ich Stellung nehmen.

Zu Kollegen Treml und zu Kollegen Wallner, der auf der gleichen Linie geschwommen ist, möchte ich bezüglich der Linienführung von städtischen Bussen an Sonn- und Feiertagen in halb- bzw. stündlichem Takt in die Gründbergsiedlung bis zur Umkehrschleife sagen, daß mir zu diesem Problem vom zuständigen Gemeinderat, Kollegen Sturmberger, der die besten Kontakte zur dortigen Bevölkerung seit Jahren pflegt, gesagt wurde, daß er nicht wüßte, daß in dieser Hinsicht bisher derartige Wünsche dieser Bevölkerung geäußert wurden. Ich verlasse mich da auf Kollegen Sturmberger, der dort beheimatet ist. An Donnerstagen bei Theaterveranstaltungen fährt bei Bedarf - der ist immer gegeben - sowieso ein Bus um 1/2 elf oder sogar später in diesen Stadtteil, und zwar nach Ende der Veranstaltung.

Zum Kurzstreckentarif wäre folgendes zu sagen. Ein 20-Fahrtenschein, der nicht personenbezogen ist, und darüber hinaus so lange Gültigkeit besitzt, bis eine Tarifänderung erfolgt, kostet S 150,-. Das heißt, daß man z. B. vom Stadtplatz bis ins Münchenholz um praktisch S 7,50 fahren kann, man also nicht, so wie von Dir erwähnt, S 12,- berappen muß. Ich glaube, daß dieser Tarif ein wirklich kundenfreundlicher ist.

Ich glaube Kollege Wieser hat angefragt bezüglich der Unterstände in Gleink und in der Goldbacherstraße. Ich kann dazu nur eines erwähnen, daß im Jänner beide Unterstände fertiggestellt bzw. errichtet werden.

Kollege Spöck hat einerseits zur Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten aufgerufen, andererseits will er aber auch in engen Straßen und speziell in dicht verbauten Gebieten einen Gegenverkehr. Desweiteren fordert er schon wiederholt, daß die Busse einstiegsgerecht gebaut werden sollten, bezüglich der Benützung mit Kinderwagen bzw. mit Rollstühlen. Dazu möchte ich sagen, daß uns in den Stadtwerken bisher keine Firma bekannt ist, die diese Busse fertigt. Es gibt

in Wien sogenannte Bus-Taxis, die diese Einrichtung haben, die jedoch bei uns in Steyr derzeit sicherlich nicht einführbar sind. Das wäre ja mit immensen Kosten verbunden.

Es hängen so manche Wünsche zum Großteil von der finanziellen Seite ab. Aber ich kann Ihnen versichern, von den Verkehrsbetrieben werden so wie bisher schon alle Anregungen einer genauen Prüfung auf ihre Realisierbarkeit unterziehen. Um die hier aufgeworfenen Probleme einer vernünftigen Lösung zuzuführen, würde ich meinerseits vorschlagen, einen Arbeitskreis aus den Reihen aller Fraktionen zu bilden, um den zum Teil sicher berechtigten Wünschen der Bevölkerung unserer Stadt gerecht werden zu können.
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Steinmaßl. Der nächste Debattenredner ist Kollege Sablik.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie ich heute unserem Kollegen Vizebürgermeister Holub zugehört habe, hätte ich fast applaudiert, so beeindruckt war ich von seiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Dann schickt er seine jungen Löwen vor, die dann all das in Frage stellen, was er vorher gesagt hat.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das hast Du aber dann nicht richtig verstanden.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich habe es richtig verstanden, Deine Leute haben es nicht richtig verstanden, wenn sie in den Ausschüssen, wo sie ausreichend und kollegial informiert werden, alles das hören, was sie hier wiederum fragen. Also kann es nur ein Spiel sein. Ein Spiel, das demokratische Spielregeln hat, können wir auch spielen und daher möchte ich dazu einige Beantwortungen geben.

Zu Gemeinderat Kollegen Wallner. Ich möchte vorausschicken, daß alle diese Maßnahmen, die Kollege Wallner geändert haben will. Der Seniorenrat der Stadt Steyr, ist ein nicht unmaßgebliches Gremium, das zu Rate gezogen worden ist, zum Teil in gemeinsamen Sitzungen, ist mit diesen Maßnahmen, die wir praktizieren, einverstanden. Diese Maßnahmen dienen nämlich dem Wohle der älteren Generation. Zur Hauskrankenpflege. Diese krankt einfach daran, daß zu wenig Anmeldungen sind. Wir beschäftigten eine Ganztagskraft, wir beschäftigten eine teilzeitbeschäftigte Diplomschwester, die nicht ausgelastet waren. Sie brauchen nur schauen, wie oft oben beim Altenheim das rote Fahrzeug im Hof herumsteht, weil es nicht gebraucht wird, weil zu wenig Bedarf besteht. Mehr braucht man dazu nicht zu sagen. Diese Schwestern stehen dann nicht herum, sondern helfen mit, unsere Kranken im Altenheim zu pflegen.

Zu Essen auf Rädern. Er hat die Bestimmung über die Gewährung für "Essen auf Rädern" angeführt, das warme Essen, und sagt, es seien zu große Fahrzeuge. Ich möchte vorausschicken, daß wir mit dem Personal des Roten Kreuzes einverstanden sind und wünschen uns keine anderen. Erstens sind dies erfahrene Leute, die mit alten, gebrechlichen, kranken Leuten gut umgehen können, zweitens sind es Personen, die das Vertrauen dieser Leute genießen und drittens machen die nicht nur eine seelenlose Zustellung, indem einfach das Styroporpaket hingeschmissen wird, sondern es passiert immer wieder, daß sie zur einzigen Kontaktperson des Essensbeziehers zur Umwelt werden, daß sie den Leuten Geld aufgeben, daß sie eine Glühbirne auswechseln, daß sie Medikamente besorgen und viele andere Handreichungen machen, die dieser Mensch dringend benötigt. Unter anderem wird dadurch auch der Zustand der Person, die er selbst gar nicht überprüfen kann, indirekt registriert. Es kann natürlich vorkommen, daß dann durch

den Anruf des Roten Kreuzes bei uns am Sozialamt von Amts wegen die Einweisung dieser Person in das Krankenhaus oder wo immer hin herbeigeführt werden kann. Alle diese Dinge möchte ich nicht missen und alle diese Dinge funktionieren. Ich danke hier dem Roten Kreuz für die Zurverfügungstellung dieser Personen. Von diesem Personenkreis ist der Wunsch nach einem größeren Fahrzeug gekommen, weil sie behauptet haben, die eingesetzten kleinen Fahrzeuge sind bei Schnee bzw. bei den vielen Bergen in Steyr mit dem schweren Container hinten drinnen schwer fahrbar und bringen sie in Situationen, denen sie sich nicht gewachsen fühlen. Alle Anregungen wurden gesammelt, ausgewertet und es wurde nun ein Fiat Ducato gekauft. In diesen kann man seitlich vom Gehsteig aus den Container erreichen und man kann zusätzliche Essensportionen hinten bei den Flügeltüren hineintun. Was noch interessant ist. Wir haben derzeit 150 bis 170 Personen, die das Essen auf Rädern beziehen. Es ist wahr, wenn ich hier sage, daß uns beim Amt und auch mir persönlich, wo ich doch auch einen Sprechtag habe, wo Leute kommen, keine Beschwerde über kaltes Essen vorliegt. Ich habe im Wohlfahrtsausschuß, wo Du dabei warst, das Protokoll zur Verfügung gestellt von der Lebensmittelpolizei, wo das Essen bei der Portionierung gemessen wurde und woraus hervorgeht, daß das Essen warm zugestellt wird. Es kann natürlich passieren, daß um 1/ 10 Uhr der erste sein Essen bekommt. Es hört sich jetzt hart an, aber niemand ist verpflichtet, das Essen um diese Zeit einzunehmen. Es hält sich noch 90 Minuten warm, das ist bewiesen. Wenn Sie mir sagen können, wo wir kaltes Essen hingebraucht haben, dann werden wir uns bemühen, daß wir durch einen anderen Organisationsplan das hintanhalten können. Aber nur so herumreden ist zu wenig.

Zum Seniorenpaß möchte ich auch einiges sagen. 6.500 Seniorenpässe werden in etwa ausgegeben. Kollege Wallner stellt sich vor, bei S 15.000 Einkommen eine Grenze zu ziehen, dafür die Frühpensionisten zu beteiligen. Wir haben in der letzten Gemeinderatsitzung darüber gesprochen, wir haben gebeten, bringt uns Konzepte, wie Ihr Euch das vorstellt, denn es gibt keinen Plan, der keine unsoziale Komponente beinhaltet. Darüber müssen wir uns klar sein.

Zum Fahrplan hat mein Kollege schon gesprochen. Donnerstag ist ja Theatertag. Die anderen Veranstaltungen sind Samstag und Sonntag. Die Veranstaltungen werden abends von den alten Leuten nicht angenommen. Ich bin Vorsitzender des Pensionistenverbandes der Ortsorganisation Steyr-Stadt und kann Ihnen aus Kontakt mit unseren Mitgliedern sagen, alte Leute gehen abends nicht auf die Straße, obwohl wir in Steyr die sicherste Stadt von Oberösterreich sind. Sie haben abends das Bedürfnis, gemütlich zu Hause zu sitzen. Nachmittagsveranstaltungen jedoch werden öfter angenommen.

Zu Deinem Vorschlag einen Austausch untereinander zu ermöglichen, von weniger benützten Abschnitten. Z. B. die Kulturabschnitte, die nicht einmal zu 30 % verbraucht werden, gegen eventuell Fahrscheine auszutauschen, also ein interner Austausch. Dazu kann ich nur die Richtlinien des Gemeinderates vor Augen führen, die Deine Fraktion mitbeschlossen hat. Der Seniorenpaß hat in etwa einen Grenzwert von S 900,--. Es war gedacht, das ist der Inhalt des Ganzen, die ältere Generation anzuregen, am Gemeinschaftsleben in der Stadt, am sozialen Leben teilnehmen zu lassen, indem ihnen sozusagen ein Zuckerl gegeben wird, daß er nicht den vollen Eintritt bezahlt. Sei das im Theater, sei es woanders, wo immer diese Abschnitte verbraucht werden. Wenn wir den Weg gehen, daß wir jedem die Austauschbarkeit gewährleisten, dann können wir ja jedem gleich die S 900,- anweisen, das wäre dann der richtige Weg. Wenn wir dann noch Deine Vorschläge für andere Gewährungen dazugeben, so hätten wir im Nu nach groben Schätzungen 9.000 Seniorenpässe zu je S 900,-, das wären dann S 5,5 Millionen Schilling. Das ist meine Ansicht, ich kann nicht sagen, meine Fraktion lehnt das ab, denn ich habe mich jetzt ja mit niemandem besprechen können. Aber meiner Ansicht nach ist das kein praktikabler Weg, administrierbar auch nicht und

zu teuer auch. Es wird dazu sicherlich nicht kommen. Wir haben uns bemüht, den Leuten durch die Erhöhung des Bonwertes von S 30,- auf S 50,- für kulturelle Veranstaltungen einen größeren Anreiz zu geben. Wir werden sehen, wie sich das im nächsten Jahr auswirkt. Die Dezentralisierung der Ausgabe des Seniorenpasses ist überall gut angekommen. Ich habe veranlaßt, daß im Jänner die Leute von Gleink in den Resthof gehen können, so daß für die Resthofleute und für die Leute aus Gleink der Seniorenpaß im Resthof ausgegeben wird. Es ist zwar eine junge Siedlung, aber nach groben Schätzungen sind bereits 130 bis 150 Pensionisten im Resthof wohnhaft.

Jetzt komme ich zu Gemeinderat Wieser. Daß 7 Millionen in den Wehrgraben fließen, begrüßen wir natürlich. Du begrüßt es ja auch durch Kopfnicken. Ich würde viel mehr brauchen zum Straßenbau dort unten, denn es hat sich gezeigt, daß die Wehrgrabenstraßen sehr teuer und aufwendig zu bauen sind. Kaum haben wir 100 m² gepflastert, kommt ein Schwerfahrzeug, fährt darüber und ruiniert alles und alle sprechen von einer mangelnden Koordinierung, von falscher Terminplanung und was in den Köpfen der Architekten vorgeht. Behindert werden wir aber durch die mangelhaften Pläne und die mangelhafte Einhaltung der Zeitpläne der Architekten. Das traue ich mir hier zu sagen.

Zu den fehlenden Straßen. Kollege Wieser sieht in der Kegelprielstraße ein Versäumnis des Gemeinderates oder unserer Fraktion. Ich kann nur sagen, wir haben voriges Jahr im Einvernehmen festgelegt, daß die Kegelprielstraße zurückgestellt wird. Und zwar deshalb, weil dort eine sehr kleine Frequenz ist, weil dort ein Schleichweg entstehen würde, der zur ausgebauten Sierninger Straße als Abkürzung benützt werden würde. Wir haben gefunden, daß dieses Geld innerstädtisch besser verbaut werden kann. Bei der Feldstraße bin ich einverstanden, Bauernhaus Wiesmayr, so weit es möglich ist.

Bei der Asphaltierung der Hasenrathstraße ist es dasselbe. Wenn wir die ausbauen und asphaltieren, kostet das unverhältnismäßig viel und wo führt diese Straße hin? Sie führt zum Pumpenhaus im Wolfernerwald. Dies würde wiederum eine Abkürzung bedeuten. Diejenigen, die das wissen, fahren durch und die Beschwerden der Anrainer wären sicher. Es kann jedem zugemutet werden, daß er die ausgebaute Ennsner Straße benützt und die neu ausgebaute Wolfernerstraße.

Beim Lilienhofweg, den haben wir geopfert, das ist klar. Wofür haben wir ihn geopfert? Gegen die Pyrachstraße, die Stifterstraße und wir werden sie in Zukunft opfern gegen den Ausbau der Stelzhamerstraße. Dort wohnen mehr Leute, dort ist eine höhere Frequenz gegenüber dem Lilienhofweg. Das ist ein schöner romantischer Weg, aber ich sehe, so oft ich dort gehe oder fahre, dort nur Spaziergänger, die sicherlich zufrieden sind mit der jetzigen Gestaltung. Es würde unverhältnismäßig viel kosten, weil wir dann auch die Beleuchtung verkabeln und verlegen müßten. Es wäre in unserem Sinn, die Lilienhofstraße auszubauen, aber ich kann heute nicht vorgreifen, was wir in nächster Zeit über das zusammengestrichene Straßenbauprogramm beschließen. Sie wissen, das wurde von 5 auf 4 Millionen reduziert. Irgend etwas muß da auf der Strecke bleiben und ich bin der Meinung, daß wir Straßen dort bauen sollten, wo Menschen wohnen, die etwas davon haben, und nicht irgendwo querfeldein ein Straßerl herrichten.

Zum Problem Stiegen. Die Engelsstiege z. B., da hat Kollege Wallner Kollegen Wieser vorgeschickt. Kollege Wallner hat mir heute mittags in Christkindl bereits erzählt, daß diese Engelsstiege - das ist das winzige Stiegerl beim Postamt Christkindl, die ist 60 cm breit, das ins Nichts führt. Nach Aussagen alter Unterhimmeler gingen früher, als dort die Arbeiter der Werndl'schen Nägel- und Waffenfabrik gewohnt haben, deren Kinder da hinauf in die Schule. Es war für die oben Wohnenden eine direkte Verbindung zu den Werkobjekten, die es nicht mehr gibt. Geht einmal dort hinunter und schaut Euch an, wo sie hinführt, nämlich nirgendshin. Der Wanderweg geht auch nicht dort. Ich möchte Kollegen Wieser bitten und auch Kollegen Wallner, nehmt Euch bei der Hand und geht von Unterhimmel herauf am Pufferweg. Das ist der Original-Wanderweg und schaut Euch

die seit 8 Tagen fertiggestellte Stiege an, die wir dort aus alten Pflastersteinen unter Vermeidung hoher Kosten mit einem schönen Geländer für die Fußgänger gebaut haben, die von Unterhimmel heraufkommen. So viel Verständnis kann ich erwarten als Straßenbaureferent, daß wir nicht die Engelsstiege, weil sie so romantisch ist, herrichten. Es wäre zur Zeit gar nicht möglich, dort zu gehen, weil Kollege Wallner hat von der Post aus dort eine Eisenstiege gemacht, die er während der Postamtszeit dort einhängt.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Sonst könnte er nicht in das Postamt.

GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Das ist eine andere Sache, aber das kann doch nicht auf Gemeindegeldern gehen, wo doch die Post dort Millionen einnimmt und nicht einmal bereit wäre, das für die Stadt Steyr zu tun.

Zum Wartehäuschen Goldbacherstraße. Dort bin ich zuhause. Vor 4 Wochen hat eine Werbeagentur dort ein Wartehäuschen aufgestellt. Derzeit ist Dein Chef drinnen, der Jörg Haider und lacht herunter. Aber die Leute stehen dort mit dem Rücken zum Jörg und freuen sich, daß das Wartehäuschen fertig ist.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:
Wozu der Jörg alles gut ist!

STADTRAT ERICH SABLIK:

Das Wartehäuschen ist gut. Aber ich hätte den Jörg nicht gerne im Rücken, Steger hat es erfahren, wie gefährlich das ist, den Jörg im Rücken zu haben. Nun zur Haratzmüllerstraße. Da hat unser Verkehrsreferent bereits gesagt, daß die Planung von der Landesbaubehörde gemacht wurde. Ich kann Euch sagen,

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
In Abstimmung mit der Stadt!

STADTRAT ERICH SABLIK:

Nicht in Abstimmung mit der Stadt, denn wir waren dagegen, so etwas Unökonomisches zu machen, wie die Abflachung ab Kreisverkehr bis zum Automarkt Wieser, wo er seine Gebrauchtwagen stehen hat. Das bedeutet, daß wir auf der Spur, wo wir jetzt fahren, sämtliche Versorgungsleitungen in irgend einer Weise umlegen bzw. tieferlegen müssen. Aber nicht auf Kosten der Landesbaubehörde, das schaue ich mir nämlich an. Was ist geschehen? Um 20 - 30 cm wurde dort abgeflacht. Wir waren alle dagegen. Aber es gibt eben Machtinstrumente und das ist in dieser Frage das Land. Die sagen, was versteht denn Ihr, das wird so gemacht oder gar nicht. In Vöcklabruck warten sie auf dieses Geld, und da kniet man sich halt nieder und sagt bitte baut das in Steyr. Das ist meine persönliche Meinung zur Haratzmüllerstraße. Ab Deinem Automarkt hinunter finde ich es gerecht, aber vorne hätten Sie sich diese Millionenbeträge ersparen können. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Sablik. Als zunächst letzter Debattenredner hat sich Kollege Klausberger gemeldet.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als letzter Debattenredner soll man sich kurz halten und keineswegs sämtliche Aspekte, die das Thema Schule, Bildung etc. bieten würde, behandeln. Aber eine Wortmeldung, die das Thema Schule betrifft, möchte nicht im Raum stehen lassen. Als Lehrer wundere ich mich etwas, Herr Kollege Spöck, über Ihre Aussage zum Thema der pendelnden Fahrschüler aus dem Resthof zur Ganztagschule Ennsleite. Kollege Rohrauer hat schon darauf hingewiesen auf verschiedene Punkte, die Sie, Herr Kollege Spöck, geäußert haben, daß es besser wäre manchmal, sich vorher zu informieren. Wenn Kollege Spöck hier den Eindruck erweckt - der Seitenblick auf die Tränendrüsen der Öffentlichkeit ist mir nicht entgangen - so hätte er doch Gelegenheit gehabt, sich hier im Raum beim zuständigen Direktor der Hauptschule, Walter Moser, genau zu erkundigen zu diesem Punkt. Er hätte die Auskunft erhalten, daß um 7.15 Uhr morgens kein einziger frierender Schüler dort steht, sondern daß jeder Schüler in die Schule hineingelassen wird. Ich darf zum Grundsätzlichen kommen, Herr Kollege Spöck. Es ist schon gesagt worden, daß hier ein wenig nach Löwenmanier gearbeitet wird. Mein Vorredner hat das ja bereits gesagt. Ich glaube, man soll nicht wie eine Stecknadel im Heuhaufen immer die negativen Seiten der Schulpolitik suchen, wo so viele positive Ansätze nicht nur in diesem Budget, sondern seit Jahren in den Budgets der Stadt Steyr zu finden sind. Ich glaube nicht, daß man hier immer wieder nur das Negative hervorkehren soll. Es ist wirklich allerhand an Positivem geschehen. Ich bin selbst vor rund 20 Jahren in das Steyrer Gymnasium gegangen und wenn ich diese 20 Jahre, die seither vergangen sind, Revue passieren lasse, so hat sich auf dem Sektor der Schulpolitik so viel getan. Ich will das als letzter Debattenredner überhaupt nicht in irgend einer Weise abhandeln, aber die Gemeinde Steyr, die verantwortungsvollen Politiker aller Fraktionen haben hier allerhand geleistet. Wenn Sie schauen, wieviel an Zugangsmöglichkeiten zu höherer Bildung hier in Steyr bestehen und wie das in früheren Zeiten einmal nicht der Fall war. Ich würde sagen, wenn wir über Schulfragen reden, dann reden wir über die grundsätzlichen Fragen und über Seitenaspekte der Schulfragen informieren wir uns bitte im voraus. Informieren wir uns im voraus über die kleinen Details, die am Rande passieren, am Tage einer Budgetdebatte. Wenn an diesem Tag die Pädagogen ein wenig in das rechte Licht gerückt werden, so ist das kein Eigenlob, ich möchte aber doch von dieser Stelle aus sagen, daß unsere Pädagogen in Steyr verantwortungsbewußte Arbeit leisten. Keiner sperrt einen frierenden Schüler vor die Haustüre hinaus um 7.15 Uhr. Ich würde, da ich letzter Debattenredner bin vor dem Weihnachtswünschen, sagen, es war auch von Löwen die Rede, äußern wir uns hier nicht durch lautes Brüllen zu kleinen Bergen

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Die waren doch wirklich zahm!

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

sondern schreiben wir einen Brief an den Weihnachtsmann, der hat einige Stofftiere präsent, die er einigen Herren der ÖVP-Fraktion unter den Weihnachtsbaum stellen möge.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Klausberger. Es hat sich niemand mehr zu Wort gemeldet. Wir kommen noch nicht zu den Weihnachtswünschen, sondern zum Schlußwort des Finanzreferenten.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit verspreche ich Ihnen, daß ich mich sehr kurz halten werde. Ein Teil der Beiträge der Debattenredner wurde in der Zwischenzeit bereits durch Gegenbeiträge erledigt.

Aber trotzdem möchte ich eingangs doch ein paar grundsätzliche Feststellungen machen. Ich habe am 17. Juli d. J. schriftlich alle Fraktionsführer angeschrieben und sie gebeten, ihre Wünsche und Anliegen zum Budget 1987 vorzutragen. Der Termin wurde gesetzt mit Anfang Oktober, also wirklich zeitgerecht. Die Wünsche sind eingelangt mit Ausnahme der GAL, von Kollegen Ramoser habe ich nichts erhalten. Ich darf insgesamt zu den Wünschen sagen, daß die Wünsche den finanziellen Möglichkeiten bei weitem vorseilen. Ich habe mir alle Wünsche zum Budget 1987, auch jene Wünsche, die von unserer Fraktion vorgetragen wurden, ziffernmäßig grob durchgerechnet und mußte dabei die Feststellung treffen, daß für die Erfüllung aller dieser Wünsche und Anliegen ein zusätzlicher Finanzbedarf von 270 Millionen Schilling notwendig wäre. Das heißt, wir müssen im aoh nicht 30 Millionen Schilling an Kreditaufnahmen einsetzen, sondern einen Betrag von 300 Millionen Schilling! Allgemein zum Gemeindebudget sei bemerkt, daß die Einnahmen der Gemeinden, besonders der größeren Gemeinden, mit den ständig steigenden Aufgaben und damit verbundenen Ausgaben schon lange nicht mehr Schritt halten können, daß sich also die Schere immer mehr zu Ungunsten vor allen Dingen der Städte öffnet. Da gebe ich Kollegen Tremel vollkommen recht. Es wäre daher hoch an der Zeit, in Form eines neuen Finanzausgleichsgesetzes die Gemeinden zu entlasten, damit sie den ihr übertragenen Aufgaben auch in der Zukunft tatsächlich in vollem Umfang gerecht werden können. Man spricht so viel von Gemeindeautonomie, aber die kann ja nur gemacht werden, wenn die Gemeinden die entsprechenden finanziellen Mittel dafür erhalten.

Kollege Holub, Du hast mich gebeten, noch bevor der Voranschlag gedruckt wird, daß wir eine Aussprache haben. Ich habe das heuer wirklich machen wollen, wurde aber - das ist ja bekannt - am 2. Oktober in das Spital eingeliefert. Das war der Grund, warum es nicht dazu kam. Ich kann versichern, daß wir im kommenden Jahr sicher ein Gespräch bereits vor der Drucklegung machen werden. Wenn Du sagst, der Reinhaltverband ist eine große Belastung nicht nur für die Stadt Steyr, sondern auch für die Umlandgemeinden, so kann ich Dir nur 100 %ig recht geben. Wir haben vor wenigen Tagen eine Vorstandssitzung des Reinhaltverbandes, eine Mitgliederversammlung zugleich, abgehalten und bei dieser Veranstaltung ist einhellig die Meinung vertreten worden, daß sich die Gemeinden sehr schwer tun werden, die Mittel, die hierfür notwendig sind, in den nächsten Jahren aufzubringen. Wir haben beschlossen nach längerer Diskussion, daß jede Gemeinde von sich aus in Kürze, und zwar noch in diesem Monat, an das Land ein Schreiben richtet mit der Bitte, uns doch dabei stärker zu unterstützen. Wenn Du sagst, die Ausgaben im Sozialbereich sind zu stark angestiegen, gleichzeitig aber werden Forderungen von Deiner Fraktion auf diesem Gebiet noch wesentlich weiter getrieben. Da gebe ich Dir recht, daß natürlich die Finanzierung dieser Sache auch, so wie die ganze Finanzierung des Gemeindebudgets, immer schwieriger wird. Du hast von maßvoll gesprochen, maßvolle Wünsche sollen an das Budget herangetragen werden. Ich muß aber feststellen, von den maßvollen Wünschen war bei Deinen Fraktionskollegen nicht gerade die Rede. Ich habe schon erwähnt, wenn ich diese Wünsche alle erfüllen wollte, würde ich zig Millionen - auch die Wünsche nur von Eurer Fraktion - zusätzlich an Krediten aufnehmen.

Du hast gesagt, der Verwaltungs- und Betriebsaufwand ist von 1980 bis 1985 sehr stark angestiegen. Ich habe eingangs bei der Budgetrede kurz erklärt, daß eigentlich nur 1,5 Prozent Erhöhung ist gegenüber 1985. Das starke Anstei-

gen, das Du gesagt hast, von 1980 bis 1986 ist zu einem erheblichen Teil nicht nur durch Personalvermehrung begründet, und dadurch auch durch erhöhten Betriebsaufwand, sondern es haben sich in diesen Jahren doch einige Sachen geändert. Es sind verschiedene Energiekosten, z. B. Stromkosten, Wasser usw. wesentlich hinaufgegangen, es hat eine Erhöhung der Mehrwertsteuer stattgefunden. Auch das spielt hier eine große Rolle.

Personalkosten und Entlohnung unserer Bediensteten. Da muß ich mich schon dagegen verwehren. Ich darf sagen, daß wir die Verhandlungen mit der Personalvertretung dieses Hauses sehr ernsthaft führen, daß wir keine Geschenke austeilen, daß die Personalvertretung mit meiner Haltung sehr oft nicht recht einverstanden ist. Ich bin halt der Finanzreferent und wir können keine Geschenke ausgeben. Ich glaube, daß die Entlohnung hier im Magistrat sicher kein Austeilen von Geschenken ist.

Kollege Holub, außerordentlicher Haushalt. du hast erwähnt, das ist eigenartig, im Budget 1986 war für diese und jene Sachen ein größerer Betrag vorgesehen. Wir haben vor wenigen Wochen den Nachtragsvoranschlag behandelt, da ist wieder nichts drinnen und jetzt im Budget 1987 ist wieder ein Ansatz. Ich habe beim Nachtragsvoranschlag erklärt, daß wir in Anbetracht der finanziellen Entwicklung - das haben wir das ganze Jahr bereits gesehen, jedes Monat haben wir ja Zwischenberichte - sehen müssen, daß die Einnahmen zurückbleiben und wir haben bei einer ganzen Reihe Sachen gebremst und versucht, die Sache hinauszuschieben auf das Jahr 1987. Bei einigen Dingen, das sage ich auch ganz offen, traten technische Probleme auf. Ich denke z. B. an das Josefslazarett, das hat halt etwas länger gedauert, bis wir die Pläne fertig gehabt haben und dadurch ist es auch bis heute noch nicht dazu gekommen, daß wir diese Sache in Angriff nehmen konnten.

Kollege Trembl, ich kann Dir in vielen Punkten recht geben, Du warst zum Teil auch sehr polemisch. Recht geben tue ich Dir natürlich bei der Landesumlage, das habe ich schon eingangs erwähnt und unser Bürgermeister hat das gleiche gesagt. Wir geben an das Land einen sehr hohen Betrag, immerhin sind es mehr als 70 Mill. S, und wir werden, wenn es hoch kommt, vielleicht 23 - 24 Millionen bekommen. Du hast recht, 90 Prozent der gesamten Pflichtausgaben müssen wir tätigen, darüber bräuchten wir uns nicht unterhalten. Der Spielraum ist wirklich derart eng geworden, daß man sagen muß, auf Sicht gesehen, wenn diese Entwicklung weiter anhält, wozu kommen wir zusammen, wir müssen das, was wir von Gesetzes wegen machen müssen, sowieso tätigen. Ich kann nur hoffen, daß diese Entwicklung wieder besser wird.

Die Parteienfinanzierung hast Du angeführt. Ich muß sagen, die Demokratie lebt von den politischen Parteien und ohne diese politischen Parteien gibt es keine Demokratie.

Zu Kollegen Eichhübl möchte ich sagen, ich muß mich verwundern, aber das ist eben die neue Linie mit Dr. Haider an der Spitze, daß Du dem Budget diesmal keine Zustimmung gibst. Ich will gar nicht besonders auf Deine Beiträge eingehen. Repräsentationskosten, das ist auch ein Thema, was Du immer wieder behandelst. Wir haben in den letzten Jahren bereits die Repräsentationskosten wesentlich gesenkt, sie werden in diesem Jahr wiederum gesenkt und annähernd jene Höhe erreichen, die im Budget vorgesehen ist. Ich bedaure es, daß Du dem Budget keine Zustimmung gibst. Vielleicht darf ich einen Punkt anführen, Du schreibst als Deine Forderung in Deinem Schreiben vom 30. 9. 1986, wir sollen weitere Grundankäufe für die Neuansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben durchführen. Ich erinnere mit großem Schreck an die letzten Grundankäufe, die wir in der Ennser Straße gemacht haben, das hat uns 50 Millionen Schilling gekostet. Die Grundstücke wurden zu einem Bruchteil der Kosten größtenteils bisher weitergegeben. Es sind noch einige Reste vorhanden, aber ein Großteil ist, wie gesagt, sehr billig verkauft worden, es sind dabei billigere Preise

erzielt worden, als wir bezahlen mußten, von den Zinsen ganz abgesehen. Die müssen wir ja zum Teil noch bezahlen, das ist richtig. Die Sonderförderung ist von einigen Rednern angesprochen worden, darüber brauche ich mich nicht verbreitern. Die ist ja angeblich im Laufen. Kollege Schloßgangl hat erwähnt, die Wirtschaftsförderung ist zu gering. Ich glaube, der Herr Bürgermeister hat das schon erwähnt, man muß da auch dazuzählen, daß wir immer wieder gewisse Aufschließungsmaßnahmen übernehmen, oder daß wir z. B. bei Anschlußleistungen großzügig verfahren. Das muß man ja auch in Betracht ziehen. Wenn man das in Betracht zieht, dann kommt man auf einen Betrag von etwa 8,5 Millionen Schilling. Das war etwa die Summe im letzten Jahr. Wenn man bedenkt, daß es eine freiwillige Leistung der Stadt ist, so ist es in Anbetracht unserer Finanzlage sehr viel. Aber wir wollen auf diesem Gebiet auch weitermachen, nur eine weitere Erhöhung ist derzeit ausgeschlossen. Reithoffergründe und die Grundstücke der Steyr-Werke, Wälzlagerwerk und überhaupt die Sache mit den Gewerbehöfen. Dazu muß ich sagen, da müßten wir entsprechende Grundstücke haben und habt Ihr Euch Gedanken darüber gemacht, was das Kosten verursacht? Ich glaube, das ist derzeit überhaupt nicht zu realisieren.

Grundankauf Ratzingergründe. Das stimmt, die Frau Ratzinger hat 24.000 m² Grund, die sie eventuell verkaufen würde, das sind die ehemaligen Ziegelgründe. Da wird es uns auch so gehen, wenn wir sie wirklich kaufen, daß wir sie dann um den halben Preis weitergeben. Das muß man auch in Betracht ziehen. Wenn man von Gewerbeförderung spricht, muß man auch sagen, daß wir in den letzten Jahren mit dem billiger Weitergeben sehr viel Gewerbeförderung gemacht haben.

Revitalisierung Steyrdorf-Wehrgraben. Wir sind dabei, es ist ja sehr viel geschehen und es wird weiterhin sehr viel auf diesem Gebiet getan.

Kollege Spöck, Familienpolitik. Mit einem Teil Deiner Ausführungen kann ich mich sicherlich anfreunden, mit allem nicht, Du hast gesprochen von den 5 Millionen, die vorgesehen waren voriges Jahr im Budget für den Wohnbau. Die Schuld liegt darin, daß diese nicht verbraucht wurden, daß zwar die Bauten errichtet wurden, daß aber die Verrechnung erst in das nächste Jahr hineingeht. Da ist eine gewisse Verschiebung drinnen. Das möchte ich aufklärend sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will Sie nicht mehr länger aufhalten. Es ist heute schon sehr viel gesprochen und debattiert worden. Ich danke für die Beiträge und möchte unseren Bürgermeister bitten, die Abstimmung über den Haushaltsvoranschlag 1987 zur Durchführung zu bringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Wippersberger für sein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung über den Voranschlag 1987. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Voranschlag die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist gegen den Voranschlag? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (FPÖ, GAL) beschlossen. Damit sind die Verhandlungsgegenstände heute erledigt.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Ich frage die sozialistische Fraktion? Keine Wortmeldung. ÖVP? Keine Wortmeldung. GAL? Keine Wortmeldung. KPÖ? Keine Wortmeldung, FPÖ? Keine Wortmeldung.

Meine Damen und Herren, diese letzte Sitzung im Jahr dauert aus bekannten Gründen immer etwas länger. Ich darf aber doch, einer Tradition folgend, Ihnen bekanntgeben, daß Sie Beschlüsse des Stadtsenates im Gesamtausmaß von 187.800 Schilling zur Kenntnis genommen haben und daß die Verhandlungsgegenstände eine Summe von 8.684.800 Schilling beinhalten haben, das sind insgesamt 8.872.600 Schilling.

Meine Damen und Herren, anläßlich der letzten Sitzung darf ich meine persönlichen Wünsche auch im Namen des Präsidiums aussprechen und Ihnen allen anläßlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage alles Gute wünschen. Ich wünsche

Ihnen allen ein angenehmes und frohes Weihnachtsfest im Kreise der Familie und wünsche gleichzeitig für 1987 jedem Einzelnen von Ihnen persönliches Wohlergehen, persönlichen beruflichen Erfolg und alles Gute, viel Gesundheit im Jahr 1987.

Meine Damen und Herren, traditionell darf ich nunmehr alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates zu einem Abendessen in das Casino einladen. Dazu darf ich sagen, daß diesmal in Anbetracht der schwierigen Budgetsituation die Fraktionen einen Beitrag für jedes einzelne Mitglied des Gemeinderates leisten. Darüber hinaus haben wir uns präsidial darüber geeinigt, daß keine Weihnachtspräsente an die Mitglieder des Gemeinderates zur Verteilung kommen. Ich darf natürlich zu diesem Beisammensein sehr herzlich die Presse einladen. Heute haben wir da auch ein gewisses Jubiläum zu feiern, Kollege Moser berichtet heute zum 25. Mal bei einer Budgetsitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr. Herzlichen Glückwunsch.

Applaus

Ebenfalls lade ich zum Abendessen die Beamtenschaft ein und würde mich freuen, diese ebenfalls begrüßen zu können. Die Sitzung ist damit geschlossen.

Ende der Sitzung: 20.40 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE RPOTOKOLLPRÜFER:

Franz Rohrauer e. h.

Christine Wieser e. h.